H 8040 F
Nummer 45
März/April 97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Damals KZ-Häftling
- heute Sozialhilfeempfänger?

Damals SS-Mann
- heute Sonderrentenempfänger

Anti-Antifa-Kampagne gegen sozialdemokratischen Journalisten

„Akzeptierende Jugendarbeit" mit Nazi-Skins

Italien: Prozesse gegen SS-Mörder

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

In den letzten Tagen häufen sich Meldungen, die schlaglichtartig den Zustand der Bundesrepublik verdeutlichen: Da wird ein Punk in Magdeburg ermordet von einem mutmaßlich Rechtsorientierten. Ein linker Buchladenbetreiber in Berlin wird ebenfalls von einem mutmaßlich Rechten angeschossen, das Landeskriminalamt Sachsen bestätigt, daß „rechtsextreme Gewalttaten" zunehmen. Die Medien jedoch halten sich in der Berichterstattung vornehm zurück. Es sei denn, daß es im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Aktion zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Dann wird über „blutige Wochenenden" und „schlimme rechts-links-Schlachten" berichtet. Angeknüpft werden soll dabei an das Märchen, daß die Weimarer Republik an den Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Kommunisten zugrunde gegangen wäre. Daß diejenigen, die ein demokratiegefährdendes Gedankengut pflegen und verbreiten in der „Mitte der Gesellschaft" wohlgelitten sind, zeigen u.a. Meldungen, daß Mitglieder der als verbrecherische Organisation eingestuften SS und NS-Kriegsverbrecher unbehelligt „Kriegsopferrenten" beziehen und ein unbeschwertes Leben führen können, während ihre ehemaligen Opfer oft unzureichend oder wegen politischer Mißliebigkeit überhaupt nicht versorgt werden. Dazu gehören auch Meldungen, daß die Stadt Fürth die Mittel für Besuche ehemals jüdischer Verfolgter mit den Stimmen von CSU und Republikanern gestrichen hat, daß Funktionäre der CDU/CSU (in Übereinstimmung mit Faschisten) gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in München und Bremen Sturm laufen, daß Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU zur Wahrung der Eigentumsrechte der „Vertriebenen" (die ja schon von der Bundesregierung entschädigt wurden) gegen das deutsch-tschechische Abkommen stimmen und daß ein CSU-Bürgermeister die finanzielle Beteiligung an einem Mahnmal-Projekt u.a. mit der Begründung ablehnt, daß in den KZ ja auch „Verbrecher" gewesen seien.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang des Monats Mai. Redaktionsschluß ist am 15. April 1997.

DER RECHTE RAND Register

Von den Ausgaben DER RECHTE RAND Nr. 1 bis Nr. 43 ist ein Register erstellt worden. Es ist als Papierausdruck oder als MS-Word-Datei auf Diskette für 10,- DM über die Redaktionsadresse: **DER RECHTE RAND - Postfach 1324 - 30013 Hannover** erhältlich. Das Register umfaßt alle Personen, Organisationen, Gruppen, Zeitschriften und Verlage, die in diesen Ausgaben genannt wurden. Weiterhin sind über diese Adresse auch alte Ausgaben unserer Zeitschrift erhältlich. **Die Ausgaben Nr. 1, 15, 20, 25, 27, 28 und 38 allerdings nur als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM.** Ebenfalls nur noch als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema „Anti-Antifa" (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM. Die als Druckschrift vorliegenden Ausgaben
Nr. 2 - 16 (Mai 1989 - März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM
Nr. 17 - 31 (Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis: 2,50 DM
ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis: 3,- DM
sind nach wie vor erhältlich. Portokosten: Bis zu 10 Exemplaren DM 2,50

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen

Der Landesjugendring Niedersachsen, die DGB-Jugend und weitere Jugendverbände laden vom 8. - 13. März 1997 ein zum 3. Internationalen Jugendworkcamp auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Im Außengelände sollen die steinernen Reste des KZ- und Kriegsgefangenenlagers weiter freigelegt werden. Ebenso sind die Arbeit im Archiv sowie Gespräche mit ehemaligen Häftlingen und Verfolgten geplant. Neben Jugendlichen aus Deutschland werden Teilnehmende aus Weißrußland, Polen, der Slowakei, den Niederlanden und aus Israel erwartet. Anmeldung und weitere Informationen: DGB-Jugend Niedersachsen; c/o Charlie Braun, Tel.: 0511-1260161, Fax: 0511-1260157

IGfM-Nachtrag

In der letzten Ausgabe von DER RECHTE RAND (Nr. 44, Jan./Feb. 1997) wurde unter der Überschrift „'Geschichtsaufarbeitung' durch Kalte Krieger" beschrieben, wie rechte Kreise die Geschichte des „Kalten Krieges" in ihrem Sinne darzustellen versuchen. In dem Artikel wurde auch noch einmal über den Fall von drei Frauen aus Ostfriesland berichtet, von denen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) aufgrund eines Leserinnenbriefes eine Unterlassungserklärung verlangt. Die IGfM sieht sich als „Opfer" einer „Desinformationskampagne" des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit.

Der Stand des Artikels war, daß der Anwalt der IGfM mit Datum 1. Oktober 1996 die Einreichung der Klage angekündigt und bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels das Gericht den Eingang einer Klage nicht bekannt gab. Inzwischen haben die Leserinnenbriefautorinnen vom Landgericht Aurich eine Klageschrift erhalten.

Die Klage wurde Mitte Dezember eingereicht, also 2½ Monate nach der Androhung durch den Anwalt der IGfM. Hierbei kann es sich um eine Reaktion darauf handeln, daß Anfang Dezember ein weiterer Leserinnenbrief der Frauen in der „Emder Zeitung" veröffentlicht wurde. Die „Emder Zeitung" korrigierte damit ihren vorschnellen Fehler, die Argumentation der IGfM übernommen zu haben. Der IGfM mag es in diesem Falle auch darum gehen, wiederholte Kritik dadurch zu beenden, daß Klage eingereicht wird. Geht es doch in Emden um die Verbindungen zum „Round Table" und damit um eine Verbindung zu potenten regionalen Wirtschaftskreisen.

Aufgrund eines bedauerlichen Computerfehlers hat sich eine unrichtige Darstellung „eingeschlichen". So wurden dem Anwalt der IGfM durch ein Schreiben der Leserinnenbriefautorinnen nicht mehrere Experten benannt, sondern als Gutachter der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eemboom sowie verschiedene Zeugen.

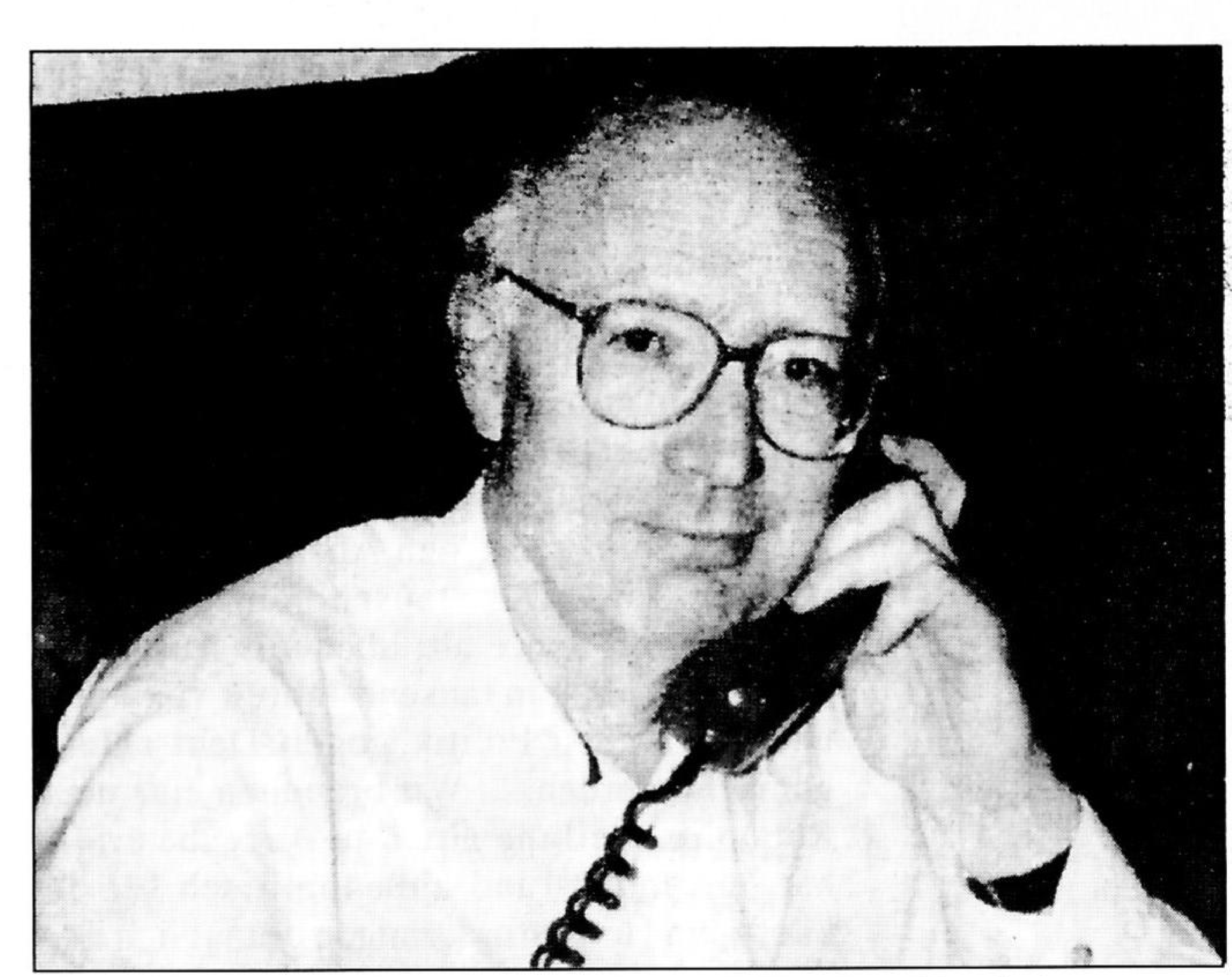
Christian Christians

Susanne Conrad & Werner Frey

Anti-Antifa-Kampagne gegen sozialdemokratischen Journalisten

Das ARD-Politmagazin REPORT berichtete in seiner Sendung am 28.Oktober über eine massive Hetzkampagne von Rechts gegen den Journalisten und SPD-Rechtsextremismusexperten Anton Maegerle. Über die Kampagne informierten auch die taz und „Der Spiegel" ihre LeserInnen.

Maegerle, langjähriger Mitarbeiter des Fachinformationsdienstes „blick nach rechts", steht seit Spätsommer 1996 im Visier von ultrarechten bis rechtsextremen Blättern wie „Frieden 2000. Nachrichten für die Deutschland-Bewegung" (**Alfred Mechtersheimer**), „Junge Freiheit", „Criticon", „Ostpreußenblatt", „Deutschlandbrief" (**Manfred Brunner/Bruno Bandulet**), „Zeit-Fragen" (VPM), „Transparenz der Medien" (Bürger fragen Journalisten), „Unsere Sendung" (Aktion Funk und Fernsehen), „Nachrichten des Studentenbundes Schlesien", „Deutsche Stimme" (NPD) und „DESG-inform". Regelmäßig agitiert das neonazistische Thule-Mailboxnetz (u.a. **Helmut Goj** und **Jürgen Jost**) gegen Maegerle. Zur Verbreitung der Hetze im Internet sorgt der „Konservative Gesprächskreis Hannover" von **Hajo Baumbach**, einem Ex-„Republikaner". Auch der „profilierte Extremismusforscher" („Junge Freiheit") **Eckhard Jesse**, der die „Neue Rechte" für eine Erfindung der „68er" (Tagesspiegel v. 02.11.1996) hält, polemisierte in der Illustrierten „Focus" gegen Maegerle.



Hans-Helmuth Knütter: „Koordinator" für die öffentliche Aufklärung über den Linksextremismus

„Publizistische Aktivitäten gegen Links": Hans-Hellmuth Knütter

„Publizistische Aktivitäten gegen Links" standen bei der Tagung eines „Arbeitskreises Linksextremismus" in den Räumen der Bonner Burschenschaft Germania am 2.Juli 1996 auf dem Programm. Schriftlich geladen waren u.a. revanchistische Vertriebenenfunktionäre der Nachwuchsgeneration wie **Bernhard Knapstein** („Junge Landsmannschaft Ostpreußen"), Autoren verfassungsfeindlicher Publikationen wie **Jochen Lober** („Staatsbriefe") und **Arnd Klein-Zirbes** („Junge Freiheit") oder gealterte Recken, die heute nicht mehr zu ihrer Vergangenheit stehen möchten, wie **Bernd Kallina**, einst Pressereferent im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN).

Drahtzieher des Arbeitskreises ist **Hans-Helmuth Knütter**, der sich heute im Verbund mit Alfred Mechtersheimer rühmt, Maegerle „geoutet" zu haben.

Ersterer war bis zu seiner Emeretierung am 1. August als ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Bonner Universität als stellvertretender Institutsdirektor beschäftigt.

Knütter, der 1950 als „politischer Flüchtling" die DDR verließ (nach einem Interview in der JF 12/96), ist im Grauzonengeflecht zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus aktiv. Wir finden ihn als Unterzeichner der neurechten Appelle und Aufrufe „Berliner Appell" und „8.Mai", als Referent bei der von rechtsaußen agierenden Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis" (VPM), bei der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) des Revisionisten **Alfred Schickel**, beim „Studienzentrum Weikersheim", bei der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (Landesgruppe Nordrhein-Westfalen), beim BdV-Bundeskongreß „Junge Generation", als Interviewpartner von „Europa Vorn" und der „Jungen Freiheit" (z.B. JF 6/94, S.3: „Wenn man an einem Antifaschisten kratzt, kommt ein Sozialist marxistischer Prägung hervor."), Autor in der „Jungen Freiheit" (z.B. JF 16/95, S.11: „Der antitotalitäre Grundkonsens, auf dem die westliche Nachkriegsentwicklung beruhte, ist im Laufe des letzten Jahrzehnts zunehmend von einem einseitigen Antifaschismus gefährdet. Diese Gefahr zu bannen ist lebenswichtig."), in der revanchistischen Kampfpostille „Ostpreußenblatt", sowie Buchautor des bei rechtsextremen Kreisen („Aula", „Eckartbote", „Deutsche National-Zeitung", „Scharnhorst-Buchkameradschaft", „Fakten") hochgelobten Machwerkes „Die Faschismus-Keule - das letzte Aufgebot der deutschen Linken" (Ullstein).

Knütters letzter großer Auftritt vor stramm nationalem Publikum fand am 3.Oktober 1996 auf dem Kyffhäuser in Thüringen statt. Dort trafen sich zum zweiten Mal seit 1995 Parteien und Organisationen, die politisch zwischen den Unionsparteien und traditionellen rechtsextremen Parteien wie der NPD, DVU und REPs angesiedelt sind, um ihre Vernetzung voranzutreiben.

Bemerkenswert ist, daß Knütter, bis 1990 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der „Bundeszentrale für politische Bildung", auch in der Wochenzeitung „Das Parlament" und in der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit", die beide der Aufsicht des Bundesministeriums des Innern (BMI) unterliegen, sich über Jahre hinweg zum Bereich „Antifaschismus" äußern durfte; so z.B. in seinem Beitrag „Die Linke und der Rechtsextremismus" im BMI-Themenheft „Verfassungsschutz-Rechtsentwicklung-Bekämpfung des Extremismus" (Bonn 1992, S.77ff). In diesem Beitrag gelangt Knütter zur Erkenntnis, daß die Bedeutung des Rechtsextremismus „nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen" scheint, „die sich aber des rechtsextremen Schreckbildes oft nur bis zur Ablenkung bedienen." „Vorläufiges Fazit" laut Knütter: der Rechtsextremismus ist „machtlos".

Wesentlich gefährlicher ist laut Knütter dagegen der „Antifaschismus": „Der Antifaschismus hat sich als ein Instrument der Kommunisten und ihres Umfeldes erwiesen, die Bundesrepublik politisch und moralisch zu entlegitimieren." („CDU/CSU und Antifaschismus. Eine Partei in Verlegenheit"; in: „Criticon" Nr.107 , S.135ff)

Allerorten wittert Knütter „Antifaschismus" - so auch in einem seiner zahlreichen Beiträge in der „Jungen Freiheit" („Der 8.Mai - ein sperriger Gedenktag", JF 16/95): „Seit den Gedenk- und Triumphfeiern anläßlich des 40.Jahrestages der Landung der alliierten Streitkräfte in der Bretagne prasselte ein ununterbrochener Strom antifaschistischer Bewältigungspropaganda auf die Bürger der Bundesrepublik ein." Besonders wird von Knütter beklagt, daß den Unionsparteien durch „antifaschistische Angriffe" eine „tiefergehende Diskussion über die sozio-ökonomischen und strukturellen Wurzeln des Nationalsozialismus und seine Bewältigung" aufgezwungen wurde, „die sie so nicht führen wollte und konnte." („Criticon", a.a.O.).

Sich selbst bezeichnet Knütter als dem „Kreis" des Extremismusforscherduos Jesse (ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Mut") und **Uwe Backes** (Unterzeichner einer „Solidaritätserklärung" mit dem neurechten Strategen **Rainer Zitelmann**) zugehörig (Interview mit „Europa Vorn", 13/1991, S.14ff).

Seine ultrarechte politische Auffassung stellte Knütter in dem „Europa vorn"-Interview offen zur Schau: so bezeichnete er die militärische Befreiung vom Nationalsozialismus als „Niederlage". Während er bei den „Grünen" „mindestens partiell der Vorwurf des Extremismus gerechtfertigt" sieht, gehören die „Republikaner" nach seiner Auffassung nicht in den „Bereich des Extremismus".

Folgenlos blieb für Knütter bis zu seiner

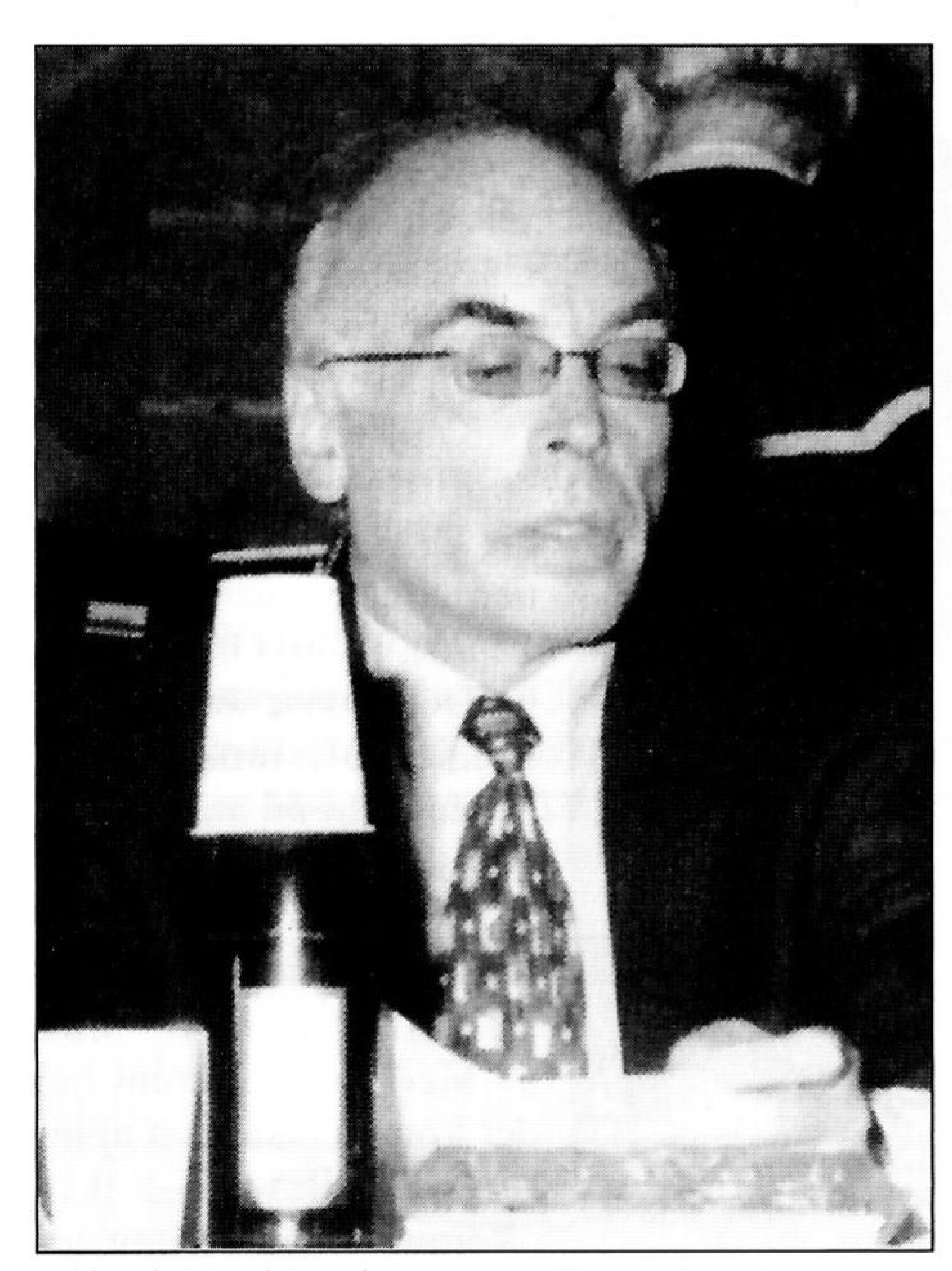
Emeretierung das Wirken des „Ost-West-Arbeitskreises“ (von 1986 bis zur Auflösung etwa im November 1991), der von der Universität Bonn im Rahmen des Studium Universale unterstützt wurde. Der studentische Zirkel, Knütter war Initiator bei dessen Wiederbelebung und Koordinator (so die offizielle Funktion im Vorlesungsverzeichnis), hatte unter anderem einen Neonazi-Liederabend mit **Frank Rennicke** („Wiking Jugend“) und Vorträge mit Rechtsextremisten (u.a. mit dem britischen Holocaustleugner **David Irving**) in der Bonner Universität organisiert, bevor er stillgelegt wurde. In dem „Arbeitskreis“ tummelten sich Mitglieder der „Initiative Gesamtdeutschland“ und des „Jugendbundes „Sturmvogel“, einer Abspaltung der „Wiking Jugend“. Verantwortlicher des Arbeitskreises war **Andreas Jahrow** von der rechtsextremen „Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“, deren Mitglieder alljährlich auch beim europäischen Neonazi-Treffen am Rande der „Ijzerbedevaart“ im belgischen Diksmuide aufmarschieren. Im Kontext mit Knütters Wiederbelebung des „Ost-West-Arbeitskreises“ stellte das Amtsgericht Bonn in einem Urteil vom 2. Juli 1996 fest, daß dieser im Zusammenhang mit seiner Habilschrift („die Vernichtung der Juden sei unter anderem auf deren mangelnde Organisation zurückzuführen“) als „ideologischer Brandstifter“ bezeichnet werden darf.

Der „Deutsche Ostdienst“ (DOD 1/96, S.6), herausgegeben vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV), berichtete unlängst über eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung (die KAS hat nach dem REPORT-Beitrag die Kooperation mit Knütter gestoppt) in Zusammenarbeit mit dem „Knütter-eigenen“ Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, die Ende 1995 im Bildungszentrum Schloß Eichholz zum Thema „Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ abgehalten wurde (im Dezember 1994 hatte sich in Eichholz auf Initiative von Knütter der „Arbeitskreis Linksextremismus“ gegründet). Die Leitung der Tagung hatte Knütter inne. Als Referenten waren u.a. zugegen: Dr. **Gerd Langguth**, geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerialdirektor **Reinhard Rupprecht**, Abteilungsleiter Innere Sicherheit des Bundesinnenministeriums, **Manfred Klink**, Abteilungspräsident des Bundeskriminalamtes, **Rudolf van Hüllen**, Bundesamt für Verfassungsschutz. Als Teilnehmer waren auch die neurechten Strategen **Rainer Zitelmann** (Berlin) und **Klaus Rainer Röhl** (Köln) zugegen. Nach Angaben der „Jungen Freiheit“ (JF 49/95), die Knütter als „Experten für Politische Bildung, Deutschlandpolitik und politischen Extremismus“ insbesondere „für den Bereich Linksextremismus/Antifaschismus“ ausweist (JF 12/96, S.3), kamen die Seminarteilnehmer „darin überein, die öffentliche Aufklärung über den Linksextremismus zu verstärken. Konkrete Projekte, z.B. die Einrichtung eines Pressedienstes Blick nach links, wurden angesprochen und sollen in nächster Zeit verwirklicht werden.“ Als Koordinator der Arbeit wurde Knütter bestimmt. Gesteuert und organisiert wurde dieser Arbeitskreis dann von Knütters Büro an der Universität aus. Mit Briefkopf der Universität Bonn wurde von **Burkhard Rinkens**, einem Mitarbeiter (Eigenbezeichnung von Rinkens, der unter Eigennamen und Pseudonymen für die „Junge Freiheit“ und das „Ostpreußenblatt“ arbeitet) Knütters, die VPM-nahe Zeitschrift „Zeit-Fragen“ aufgefordert, sich an der Kampagne gegen den Journalisten Maegerle zu beteiligen.

Ähnliches war dann auch im „Deutschlandbrief“ (Chefredakteur und verantwortlich für den Inhalt: Bruno Bandulet, Präsidiumsmitglied des „Bundes freier Bürger“; Herausgeber: Manfred Brunner, BfB-Bundesvorsitzender) und den eingangs aufgeführten Zeitschriften und Zeitungen wie „Das Ostpreußenblatt“, „Transparenz der Medien“, „Unsere Sendung“ ,“Deutsche Stimme“ und „DESG-inform“ zu lesen.

Von Gaddafi zum Kyffhäuser: Alfred Mechtersheimer

Hand in Hand arbeitet Knütter („Ich bin froh, daß ich eine Verfassung in dem gegenwärtigen geistig moralischen Zustand nicht zu schützen habe.“) mit dem Gaddafi-



Alfred Mechtersheimer: Mit geringstem Aufwand größten Effekt erzielen

Freund, Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer (Knütter: „Ich arbeite mit ihm zusammen, weil er zu den ganz wenigen gehört, die nicht nur schwätzen, sondern auch handeln. ... Mit geringstem Personalaufwand erzielt er ein Maximum an Effekt.“). Mechtersheimer ist der ideologische Kopf der „Deutschland-Bewegung“, die das stramm rechte Lager unter einem Dach einen möchte; als publizistische Sprachrohre werden dazu die Periodika „Pressespiegel Innerer Frieden 2000“ und die „Nachrichten für die Deutschland-Bewegung“ genutzt.

Mechtersheimer, einst RCDS-Mitglied und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung (Knütter: „Die CDU und verwandte Organisationen sind, von Ausnahmen abgesehen, ein Verein von Schnarchsäcken ... RCDS und Junge Union, Jungkarrieristen, Profilneurotiker, die bedacht auf Political Correctness und das eigene Vorkommen sind. Die studentischen Verbindungen, die an den Universitäten aufgrund ihrer Infrastruktur viel bewirken könnten, sind eine Horde versoffener Privatiers“), zeitweilig Dozent an der Bundeswehrhochschule in München, 1981 erfolgte sein Ausschluß aus der CSU, 1987-1990 war er Mitglied des deutschen Bundestages in der Fraktion der Grünen, allerdings parteilos, seit 1990 Sprecher des „Friedenskomitees 2000“, Co-Autor des neurechten Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation“ (Propyläen, 1994) sowie Festredner bei der BKKD-Veranstaltung am 3.Oktober 1995 am Kyffhäuser.

Als Referent war Mechtersheimer, dessen politische Auffassung auch in der „Deutschen National-Zeitung (29/95) Bewunderung findet („Von links zur Nation. Dr. Mechtersheimer hat Bewußtsein erlangt“), bisher u.a. bei Leserkreisen der „Jungen Freiheit“ und „Criticon“, bei NPD-nahen Grüppchen wie „Deutscher Arbeitnehmerverband“ (DAV) und „Förderkreis Bündnis Deutschland/Runde Tische NRW“ (FKBD) sowie bei der „Freien Deutschen Sommerakademie“, dem „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen“, der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU), den „Unabhängigen Ökologen“, dem „Deutschen Seminar“, dem „Bund freier Bürger“ ... zugegen. Im Oktober letzten Jahres trat Mechtersheimer erstmals auf einer Versammlung der „Republikaner“ gemeinsam mit dem REP-Führer **Rolf Schlierer** auf.

In einem Interview mit dem „Ostpreußenblatt“ (24/95) forderte Mechtersheimer einen Schlußstrich mit der Vergangenheit: „Die Debatte über den 8. Mai läßt befürchten, daß die Selbstanklage wegen der NS-Verbrechen mit größerem zeitlichen Abstand weiter zunehmen wird. Das 'tausendjährige Reich' wurde zwölf Jahre alt; aber mit Auschwitz wird wohl noch in tausend Jahren von innen und von außen Politik gegen Deutschland gemacht werden. ... Wir brauchen eine neue Republik, weil die alte ihre Aufgabe erfüllt hat und innen- und außenpolitisch für die künftigen Herausforderungen untauglich ist.“ Der UNO wirft Mechtersheimer vor, daß diese als „Herrschaftsinstrument der Siegermächte von 1945“ gegen Deutschland mißbraucht werde.

Ganz im aktionistischen Sinne Knütters plädiert Mechtersheimer in einem JF-Interview (JF 44/96): „Man kann nicht im Sofa die Welt verändern. Deswegen muß man offensiv vorgehen. Wir müssen die Antifa-Agitatoren für ihre totalitären Aktivitäten zur Rechenschaft ziehen.“

Nachtrag:

Nachdem Mechtersheimer im Zwischenbericht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes 1996 im Kapitel Rechtsextremismus erstmals namentlich genannt ist, bleibt abzuwarten, ob Knütter ihm nicht schon in einer der nächsten Ausgaben folgen wird. Das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium jedenfalls prüft disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Knütter und will prüfen, wie es dieser mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hält.

Andreas Speit & Samuel Salzborn

Verfassungsschutz versus DER RECHTE RAND

Staatlicher Anti-Antifaschismus in Theorie und Praxis ist weder neu, noch die Ausnahme. Neu allerdings ist, daß DER RECHTE RAND im Hamburger Verfassungsschutzbericht Erwähnung findet. Das Landesamt für Verfassungsschutz (VS) hielt es vonnöten, die vom RECHTEN RAND im November/Dezember 1995 zur Diskussion gestellte „Antifaschistische Offensive“ zu thematisieren. Die Gründe dafür wollte der neue Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Reinhard Wagner auf Nachfrage des Rechtsbeistandes des RECHTEN RANDES nicht darlegen.

Auf Seite 159 des Verfassungsschutzberichtes 1995, der im Mai 1996 veröffentlicht wurde, heißt es: „In der Zeitung 'Der Rechte Rand' vom November wurde eine 'antifaschistische Offensive' propagiert. Teilnehmer sollen sich verpflichten, an der systematischen gesamtgesellschaftlichen Isolierung tatsächlicher oder so definierter Rechtsextremisten mitzuwirken.“ Im Vorsatz spricht die Behörde des Innern davon, daß erneut „z.B. steckbrieflich zu tätlichen Übergriffen und sonstigen Maßnahmen gegen Personen animiert“ werde.

Linksextremisten haben ein hohes Bedürfnis, ihre Tatmotive und konkretes Tatverhalten öffentlich zu vermitteln. Bekennungen, Strategiedebatten, Kampagnen, Berichte über Strafverfahren gegen *„Antifas“* und Informationen über tatsächliche und vermeintliche rechtsextremistische Betätigungen wurden in Flugblättern, Zeitungen, über Infotelefone, Infoläden und Mailboxen verbreitet. Dahinter stehen auch Drohgebärden mit dem Ziel, politische Gegner einzuschüchtern, zu vertreiben oder mundtot zu machen. Erneut wurde z.B. steckbrieflich zu tätlichen Übergriffen und sonstigen Maßnahmen gegen Personen animiert. In der Zeitung *„Der Rechte Rand“* vom November wurde eine *„antifaschistische Offensive“* propagiert. Teilnehmer sollen sich verpflichten, an der systematischen gesamtgesellschaftlichen Isolierung tatsächlicher oder so definierter Rechtsextremisten mitzuwirken.

Der Hamburger Verfassungsschutz folgt Knütters Thesen: Wann folgt die Staatsanwaltschaft?

Die Aussage bezieht sich zwar nicht direkt auf den RECHTEN RAND, wie Wagner auch dem Rechtsbeistand bestätigte, doch die Satzkonstellation suggeriert indirekt einen Bezug mit diskreditierendem Unterton. Für Wagner kein Problem: „Es sind dort (in dem Abschnitt; Anm. d.V.) Beispiele aneinandergereiht, die erkennbar keinen Bezug zueinander haben.“

Weshalb DER RECHTE RAND überhaupt „beispielhaft“ angeführt wurde, ist damit nicht beantwortet. Gleichsam werden in dem „Antwortschreiben“ des VS auch keine Gründe genannt, die zur Erwähnung der „Antifaschistischen Offensive“ geführt haben. Die „Antifaschistische Offensive“ nimmt Bezug auf den im Juli 1993 von 40 Intellektuellen in Frankreich veröffentlichten „Appell an die Wachsamkeit“.

Bereits ein Jahr nach dessen Veröffentlichung hatten weit über 1500 Personen, darunter Pierre Bourdieu, Jacques Derrida und Umberto Eco, den „Appell“ unterzeichnet.

Die Unterzeichner der „Antifaschistischen Offensive“ erklären, daß sie nicht in Publikationen veröffentlichen oder nachdrucken lassen, in denen Vertreter faschistischer Zirkel und Organisationen publizieren. Desweiteren fordern sie auf, jegliche Zusammenarbeit mit Zeitschriften, Sammelwerken, Mitwirkung an Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie Teilnahme an Kolloquien abzulehnen, an denen Personen aus dem faschistischen Spektrum teilhaben. Sie stellen fest, daß keinerlei Gemeinsamkeit mit Vertretern faschistoiden Gedankenguts besteht, weshalb sie diesen auch keine Möglichkeit bieten wollen, in Form sogenannter „demokratischer Dialoge“ öffentliche Foren für sich zu nutzen.

Reinhard Wagner erklärte weiter, daß „das Landesamt für Verfassungsschutz nicht behauptet (hat) und auch nicht der Ansicht (ist), daß sich die Forderungen des Aufrufes [...] gegen Verfassungsgrundsätze richten“, womit der Sinn der Erwähnung eigentlich negiert wäre. Die unterschwellige Aussage indes lautet, daß zur Freiheit der Rede nicht mehr die Freiheit des Nichtredens und Neinsagens gehören soll. Wer sich weigert, mit Vertretern des (Neo-)faschismus an einem Tisch Platz zu nehmen oder ihre Ansichten für indiskutabel hält, stelle sich folglich außerhalb des „demokratischen Dialogs“. Daß es jenen rechten Agitatoren nicht um eine gleichberechtigte Diskussion geht, in der Thesen reflektiert oder gar neu formuliert werden, wird hierbei beflissen übersehen. Denn auf den Inhalt des Dialoges kommt es den Verfechtern faschistoider Theorien nicht an, sondern auf die pure Existenz der Mitdiskutierenden: denn diese wären der einzig greifbare Beleg für ihre angeblich demokratisch geläuterte Position.

„Die modische Rede vom 'Ende der Berührungstabus' hat eine durch und durch antidemokratische Botschaft im Schlepptau, die den Zwang zur Berührung mit allem und jedem auferlegen will“, beschrieb Lothar Baier diese Pflicht zum Dialog, die als autoritäre Auffassung von Demokratie und somit als ihr Ende verstanden werden kann.

Geben Wagners Antworten ebenso keine Begründung für die Erwähnung des RECHTEN RANDES, wie die Passagen im VS-Bericht selbst, so findet man aber deren Motivationen in der allgemeinen Einführung mit dem Titel „Schwerpunkt Antifaschismus“ dargelegt. Besorgt stellen die Autoren fest, daß „kaum ein politischer Begriff so oft mißverstanden oder fehlgedeutet, inflationär und für Manipulationen mißbraucht“ werde, wie der des Antifaschismus. Als Fehldeutung wird hierbei u.a. die Darstellung der sozialen Funktion des Faschismus durch Teile der Antifaszene oder die Interpretation des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft angesehen. Aus der Beachtung des Verhältnisses von Faschismus und bürgerlichem Staat resultiert für den VS auch der manipulative Charakter des Antifaschismus, da sich dieser nicht auf den Faschismus „vom einfachen Wortsinn her“ beschränkt. Stattdessen diene der Antifaschismus z.T. als „Rechtfertigungsetikett“, „Integrationsideologie und Kampagnen-Kitt der unterschiedlichen linksextremistischen Gruppen und Strömungen“. Getreu der Knütterschen Theoreme stellen die Autoren dar: „Beide Vokabeln - Faschismus und Antifaschismus - werden von Linksextremisten als Kampfbegriffe benutzt, mit denen das Feindbild von Neonazis / Rechtsextremistischen Parteien / Neuen Rechten auf Konservative und Demokraten ausgedehnt wird, wenn diese sich antikommunistisch äußern oder linksextremistische Standpunkte nicht teilen.“ Fazit: Nur der Antifaschismus, der seine Wahrnehmungen auf den Nationalsozialismus reduziert, also eigentlich ein anachronistischer, ist (wenn überhaupt) ein „guter“ Antifaschismus. Antifaschismus, der jedoch die Grauzonen thematisiert und die sozialen Bedingungen reflektiert, ist Ausdruck einer „selektiven Erfahrungsverarbeitung“, geprägt von „Illusionismus und Realitätsverlust“ und geleitet von einer „kalkulierten Begriffsverschiebung“. Schlußendlich entwirft der VS der sozialdemokratisch (in Koalition mit der „Statt-Partei“) regierten Freien und Hansestadt Hamburg ein Bild des instrumentalisierten Antifaschismus, der als Rekrutierungsfeld des „Linksextremismus“ fungiere.

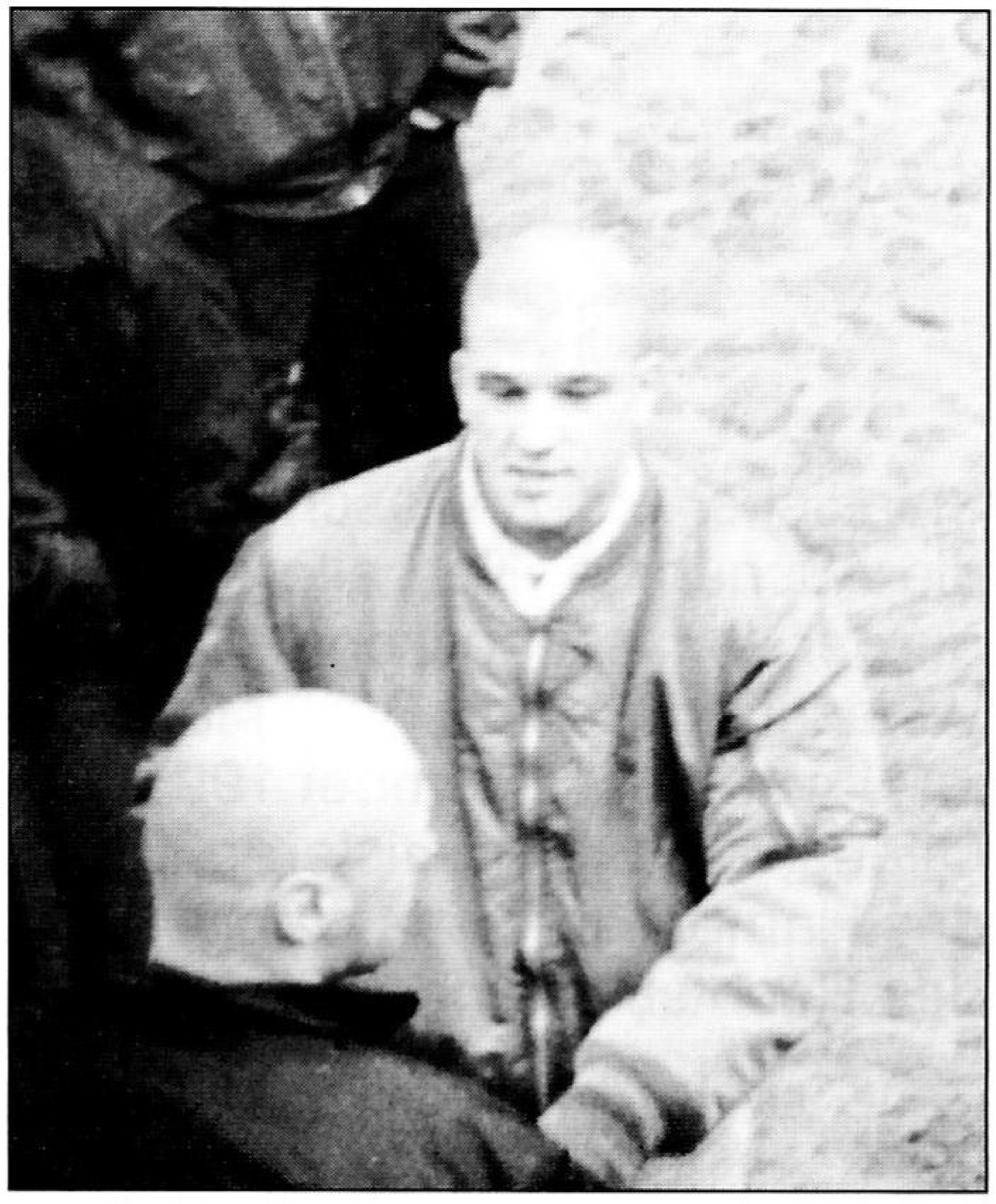
Während der Hamburger VS nicht beabsichtige, den RECHTEN RAND in seinem nächsten Bericht zu erwähnen, haben deren baden-württembergische Kollegen dies in einer jüngst veröffentlichten Broschüre getan: Ohne Begründung wird der Öffentlichkeit im Themenfeld „Anarchismus“ ein komplettes Titelbild des RECHTEN RANDES nahezu in Originalgröße dargeboten. Ebenso ohne Erläuterung bezeichnete die christdemokratische Landesregierung Baden-Württembergs in einer Antwort auf eine die VVN betreffende Anfrage der „Republikaner“ den RECHTEN RAND als „linksextremistisch“.

Auf diese sinnleeren bzw. sinnentstellten Erwähnungen des RECHTEN RANDES und die dadurch hervorgerufene Diskreditierung im öffentlichen Bewußtsein könnte die Kriminalisierung des strömungsübergreifenden Projektes folgen. Der Auftakt ist gemacht.

Dietmar Quante

Tostedt goes braun ...

Durch akzeptierende Jugendarbeit mit Neonazi-Kadern wird Tostedt eine braune Hochburg in Nord-Niedersachsen



Sebastian Stöber: „Skinhead für Deutschland"

Der Skinhead-Überfall im Tostedter Amtsgericht am 30.1.97 (siehe nebenstehenden Artikel) ist der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzung um das Streetworker-Projekt mit rechten Jugendlichen in Handeloh, einem Ortsteil von Tostedt. Nachdem es seit 1989 in dem kleinen Heide-Ort immer wieder zu Konfrontationen von AntifaschistInnen mit der Neonaziclique um Sascha Bothe gekommen war, die meist mit einem Zurückdrängen der militanten Skinheads in private Strukturen endeten, versuchte die Gesamtgemeinde Tostedt 1995 das „Problem gewaltbereiter Jugendlicher" an eine Jugendhilfeeinrichtung abzugeben.

Mit der „Reso-Fabrik", als Jugendhilfeeinrichtung im Landkreis Harburg seit Jahren präsent, versprach sich die Samtgemeinde, daß es mit einem Streetworker-Projekt gelingen könnte, die rechten Jugendlichen mit einem Jugendtreff aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu entfernen.

Zu Beginn seiner Arbeit charakterisierte **Bernd Rutkowski**, Leiter des Streetworker-Projekts und gleichzeitig Geschäftsführer der „Reso-Fabrik" die rechte Szene: „Von einer gewaltbereiten rechtsextremen Szene ist nichts mehr zu sehen: die braune Truppe ist kleiner geworden."



Tostedter Skinheads auf dem Weg ins Amtsgericht. Wer provoziert hier wen?

Doch das blieb nicht lange so: Schnell schafften **Sascha Bothe** und sein Zögling, gleichzeitig ebenfalls JN-Mitglied, **Sebastian Stöber**, die Autoritäten im Streetworker-Projektes zu werden. In der „Baracke", eine zum Jugendtreff ausgebauten Doppelgarage in Handeloh, konnten die Neonazi-Kader in der Folgezeit ungestört und hofiert von Bernd Rutkowski und seinen MitarbeiterInnen neonazistische Strukturarbeit leisten. „Solange Kommunikation mit Hardlinern möglich ist, werden sie erst einmal toleriert", erklärt er seine „verstehensorientierte Arbeit". Diese ist in der Folgezeit in Handeloh geprägt von vertrauensvollem Verständnis der Situation der Tostedter Neonazi-Szene und der völligen Parteilichkeit mit seinem Klientel in der kritischen Öffentlichkeit. Versuche örtlicher AntifaschistInnen, auf die kritiklose Zusammenarbeit mit Neonazi-Kadern hinzuweisen, diffamierte Bernd Rutkowski als „Krawall machen" und „gezielte Falschinformationen, wie sie in Antifa-Kreisen üblich sei". Gleichzeitig forderte er den Gemeindejugendpfleger und Leiter des örtlichen Jugendzenrums, das Anlaufpunkt antifaschistischer Jugendlicher ist, und in teilweiser Selbstverwaltung organisiert wird, auf, „auf den Jugendrat einzuwirken" und mundtot zu machen.

Dermaßen ungestört und protegiert durch die MitarbeiterInnen der „Reso-Fabrik" konnten die örtlichen Neonazis ihre Strukturen reorganisieren und festigen. Offen legitimierten sie auch vor ihren Streetworkern, „daß sie in dem Jugendtreff ein Forum für ihre Ideale und politische Zielsetzungen sehen". So nahm das Fußballteam der „Baracke" an einem Turnier statt, das von dem Hamburger Skin-Wear-Laden „Buy or Die", einem Treffpunkt der militanten Hamburger Skinhead-Szene, veranstaltet wurde. Gegnerische Teams hatten Namen wie „Arier Bramfeld", einer Neonazi-Bande um den „Bramfelder/Hamburger Sturm".

Immer mehr Tostedter Jugendliche konnten um die „Baracke" rekrutiert werden; in der gesamten Nordheide wurde das Streetworker-Projekt zu einem Anziehungspunkt für Skinheads. So konnten sie im Frühjahr 1996 schon wieder auf einen Kern von 30-40 Skinheads zurückgreifen, mit dem sie auch wieder in die Öffentlichkeit traten. Ein am 20.April im Tostedter Jugendzentrum stattfindendes Rock-gegen-Rechts-Konzert versuchten 30-50, sich unter den Augen der örtlichen Polizei sammelnde Skinheads, anzugreifen. Nur durch entschlossenes Eingreifen der AntifaschistInnen konnte der Angriff zurückgeschlagen werden. Verständnis für diesen Überfall gab es von Seiten der Polizei, die den Skinheads attestierten, durch das Rock-gegen-Rechts provoziert worden zu sein.

Damit war auch die Linie der örtlichen Polizei gegenüber den Skinheads vorgegeben: freundliches Miteinander, gemeinsam „gegen die Linken". In Tostedt begannen damit auch wieder die Bedrohungen durch Skinheads in der Öffentlichkeit.

Die Situation eskalierte, als im Sommer nach dem EM-Halbfinalspiel ca. 20 Skinheads unter der Leitung von Sascha Bothe das Jugendzentrum überfielen, wo gerade eine polnische AustauschschülerInnengruppe übernachtete. Scheiben und Mobiliar gingen zu Bruch, ein 17jähriger Austauschschüler wurde schwer verletzt. Wieder sollten es die AntifaschistInnen gewesen sein, „die provoziert haben", wieder gab es keine Konsequenzen in ihrem Treffpunkt, der „Baracke". Durch diesen Überfall in der Presse angegriffen, konnten sich die Skinheads mit einem Brief im öffenlichen Schaukasten der Samtgemeinde im Jugendzentrum bei den polnischen Jugendlichen entschuldigen: der Angriff sei eine Verwechselung, es habe die Antifas treffen sollen. Unterschrieben war der Brief mit „Skinheads Tostedt". Zwar gab es jetzt ein juristisches Nachspiel für einen der Angreifer, jedoch waren die Skinheads in der Öffentlichkeit inzwischen ein „politischer Faktor". Abgesegnet auch von dem Streetworker-Projekt, das im November eine „pädagogische Fachtagung" im Tostedter Jugendzentrum veranstaltete, wo den örtlichen Jugendpflegern, Sozialarbeitern und regionalen Polizeivertretern das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit" vermittelt wurde. KritkerInnen des Konzepts waren nicht eingeladen, Vertretern örtlichen Antifagruppen eine Teilnahme versagt. Dafür wurde Sascha Bothe in der Abschlußpodiumsdiskussion eine halbe Stunde Zeit gegeben, seine neonazistische Gesinnung mit pädagogischer Unterstützung zu verharmlosen.

Derart in die Enge gedrängt, sollte den linken Tostedter Jugendlichen nun auch die Selbstverwaltung des örtlichen Jugendzentrums entzogen werden: Von langer Hand vorbereitet, änderte die Tostedter Verwaltung die Wahlordnung für den das Jugendzenrum verwaltenden Jugendrat und unterstützte die Aufstellung von vier stadtbekannten Skinheads, unter anderem von Sascha Bothe und Sebastian

Stöber, als Kandidaten für den neuen Jugendrat. Selbst der Skinhead-Angriff im Tostedter Amtsgericht - unter Beteiligung von Sebastian Stöber und Sascha Bothe - am 30.1.97 führte zu keinen Konsequenzen. Stattdessen schob der den Angriff beobachtende Bernd Rutkowski in der Presse den übrigen Prozeßbeobachtern und den Pressefotografen die Schuld in die Schuhe: „Selber Schuld", „die haben provoziert". Am selben Abend wurde das örtliche Jugendzenrum mit der Begründung geschlossen: „Wo Linke sind, da gibt es Ärger".

Doch nun gab es auch in der überregionalen Presse eine kritische Beobachtung der „Tostedter Verhältnisse" und eine Hinterfragung des Rutkowskischen Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit, die nach eineinhalbjähriger Arbeit zum Ergebnis hat, daß in Tostedt sich die neonazistische Skinhead-Szene komplett neu strukturieren konnte, nun über ein Mobilisierungspotential von über 50 militanten Skinheads verfügt und in der Gemeinde als politische Kraft voll akzeptiert ist. Bernd Rutkowski, der in selbstherrlicher Manier als Geschäftsführer der „Reso-Fabrik" Kritik an dem von ihm selbst geleiteten Streetworker-Projekt „Baracke" als Diffamierungen abtut, verkauft sein Konzept gegenüber der Verwaltung immer noch als Erfolg. Die Verwaltung der von einer CDU-Mehrheit geführten Samtgemeinde nimmt diese „Erfolgsmeldungen" der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen begierig auf, ermöglicht es ihr doch, die stets mit mißgünstigem Auge beobachtete Selbstverwaltung des städtischen Jugendzentrums und die Arbeit der dort organisierten linken Jugendlichen amtlich zu bekämpfen. So hob der Samtgemeindeausschuß am 12.2.1997 nach öffentlichem Druck die Jugendratswahlen auf und konnte so in gleichem Atemzug ihr eigentliches Ziel, die Auflösung der Selbstverwaltung des städtischen Jugendzentrums, mit beschließen.

Den linken und antifaschistischen Jugendlichen ist damit der letzte Raum genommen, sich in Tostedt öffentlich zu organisieren und Möglichkeiten zu haben, antirassistische und antifaschistische Jugendarbeit selbstverwaltet zu organisieren.

Ein Erfolg für die neonazistische Skinheadszene, haben sie es doch mit der Hilfe ihres Streetworkers Bernd Rutkowski, und mit Unterstützung der Tostedter Verwaltung geschafft, die Hegemonie der Tostedter Jugenlichen zu erlangen.

Die Situation in Tostedt ist vergleichbar mit vielen Regionen in der BRD; nicht mehr neonazistische Zentren sind Ausgangspunkt faschistischer Mobilisierung auf dem Land: Durch die Präsenz in den örtlichen Jugendszenen und das Zurückdrängen fortschrittlicher Ansätze in der Jugendarbeit werden das „Rechts-sein" als normal akzeptiert und in die regionalen politischen Strukturen integriert. Neonazistische Übergriffe werden dann nur noch als „vereinzelte Gewaltausbrüche" wahrgenommen und nicht als Ausdruck neonazistischer, rassistischer und sexistischer Ideologie.

Inwieweit bei solchen Voraussetzungen neue Perspektiven für antifaschistische Arbeit entwikkelt werden können, hängt nicht allein vom öffentlichen Druck ab, den Tostedter Schulterschluß von militanten Neonazis, profilisierungswütenden Streetworkern und einer vor allem auf Ordnung, Sauberkeit und Ruhe bedachten Samtgemeindeverwaltung anzugreifen.

Dietmar Quante

Neonazi-Angriff im Tostedter Amtsgericht

Am 30.1. 1997 mußte der 24jährige Christian Hamann vor dem Amtsgericht der 8000-Seelen Gemeinde Tostedt in der Nordheide wegen eines Überfalls auf das örtliche Jugendzentrum verantworten. Er wurde angeklagt, bei dem Überfall im Juli 1996 einen 17jährigen, der mit anderen polnischen Austauschschülern im Jugendzentrum übernachtete, mit einem Flaschenwurf schwer verletzt zu haben.

Obwohl der Angeklagte beobachtet wurde, wie er mit einer Bierflasche in das Jugendzentrum stürmte und ohne herauskam, verurteilte ihn Richter Pittelkow aus Mangel an Beweisen nur wegen Landfriedensbruch zu 1800 DM Geldstrafe.



Akzeptierende Jugendarbeit in Tostedt. Bernd Rutkowski (Mitte) gibt sein Bestes im Gespräch mit den Skinhead-Anführer Sascha Bothe.

Als Zeuge in dem Verfahren war **Sascha Bothe** geladen, der sich von 30 Skinheads ins Amtsgericht begleiten ließ. Dort bedrohte die Gruppe, zu der sich inzwischen auch ihr Streetworker **Bernd Rutkowski** (siehe nebenstehenden Artikel) gesellt hatte, vor dem Gerichtssaal wartende Belastungszeugen. Mehrere Skinhead-Frauen fotografierten die wartenden Zeugen aus der örtlichen Antifaszene. Als ein Fotojournalist, der den Prozeß für die „taz" beobachtete, diese Skinheadgruppe im Foyer des Gerichts fotografierte, wurde er sofort angegriffen. Mehrere Neonazi-Skinheads, unter ihnen JN-Mitglied **Sebastian Stöber** stürzten sich auf ihn, raubten ihm einen Teil seiner Kameraausrüstung und verletzten ihn am Kopf. Nur das beherzte Eingreifen anderer Prozeßbesucher hinderte die Neonazi-Skinheads daran, ihm die komplette Kameraausrüstung zu rauben. Währenddessen schauten die anwesenden Justizbeamten gelangweilt zur Seite, ebenso der Streetworker der Tostedter Skinheads, der nach dem Überfall die Szene kommentierte: „Selber Schuld".

Die örtlichen Polizeikräfte waren direkt vor dem Erscheinen der Skinheads zu einem anderen „dringendem Einsatz" vom Gericht abgezogen worden; es dauerte 20 Minuten, bis sie nach dem Angriff im Amtsgericht erschienen. Dann weigerten sie sich, gegen die noch anwesenden und weiter provozierenden Skinheads vorzugehen, geschweige denn eine Anzeige des beraubten und verletzten Journalisten aufzunehmen. Stattdessen nahmen sie auf Anweisung Sascha Bothes und anderer am Angriff beteiligter Neonazis Personalien von Prozeßbesuchern auf.

Inzwischen ist gegen die am Überfall beteiligten Neonazis Strafanzeige erstattet worden, gegen die Polizei ist eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet worden.

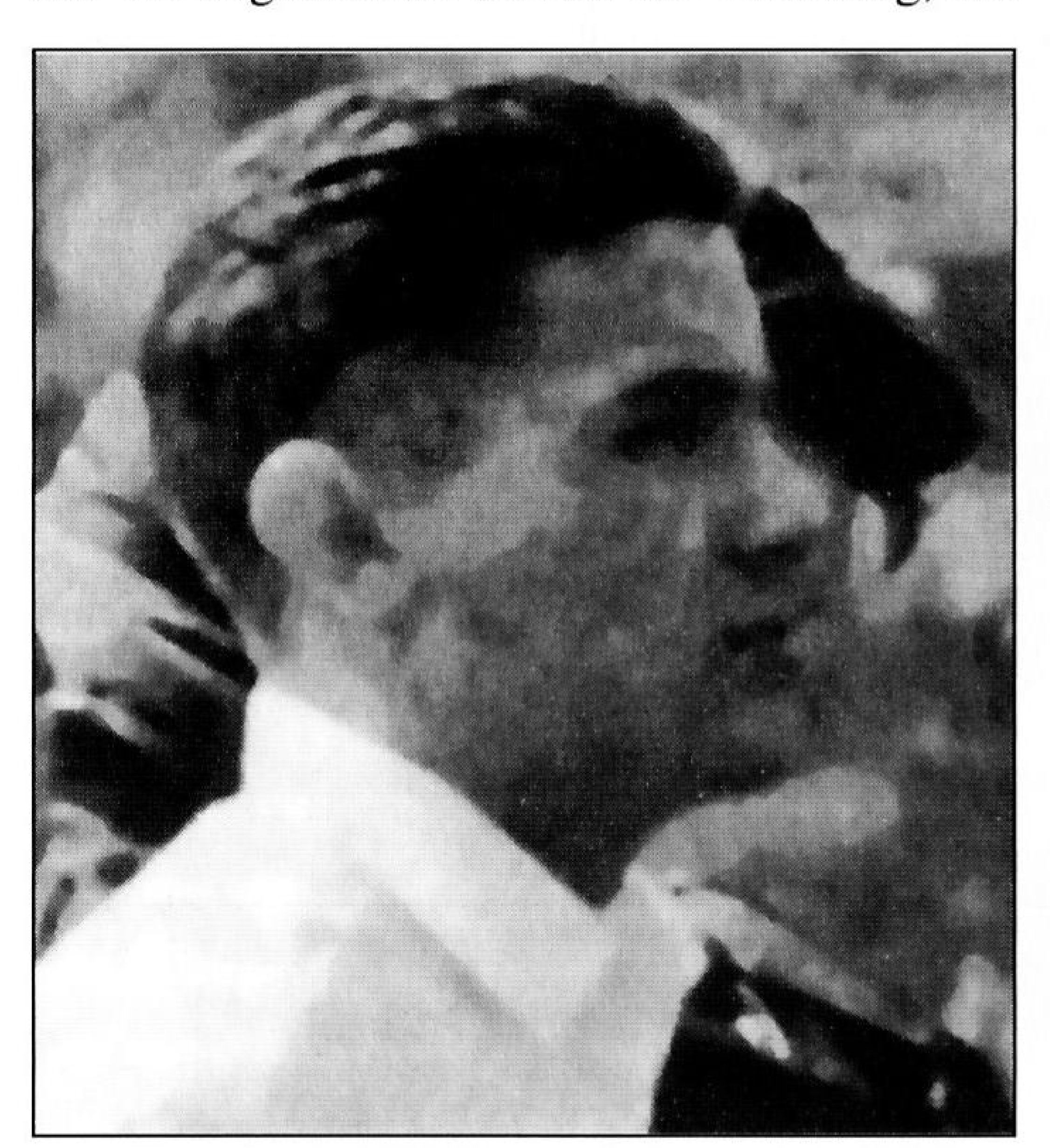
Jos Anders

Nach dem Rausschmiß - Hamburger JN auf der Suche

Dem Rausschmiß zuvorkommend verkündete der ex-Bundessprecher der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), Jan Zobel, am 18. Januar der Presse per Fax seinen Austritt aus der NPD-Jugendorganisation, sowie die Auflösung des Hamburger Landesverbandes. Am selben Wochenende beschloß der Bundesvorstand in Berlin, Zobel getreu der NPD-Satzung aller Ämter zu entheben und den Landesverband nach der JN-Verwaltungsordnung aufzulösen.

Während der ehemalige „Junge Nationaldemokrat" darstellt, daß sich die politischen Differenzen zum Bundesvorstand nicht länger überbrücken ließen und der Landesverband mit seinem „fortschrittlichen und demokratischen Nationalismus" in der Bundesorganisation gescheitert sei, führte der Bundesvorstand keine Gründe an.

Auf telefonische Nachfrage erläuterte **Jan Zobel** die angeblichen Motive der Trennung, die



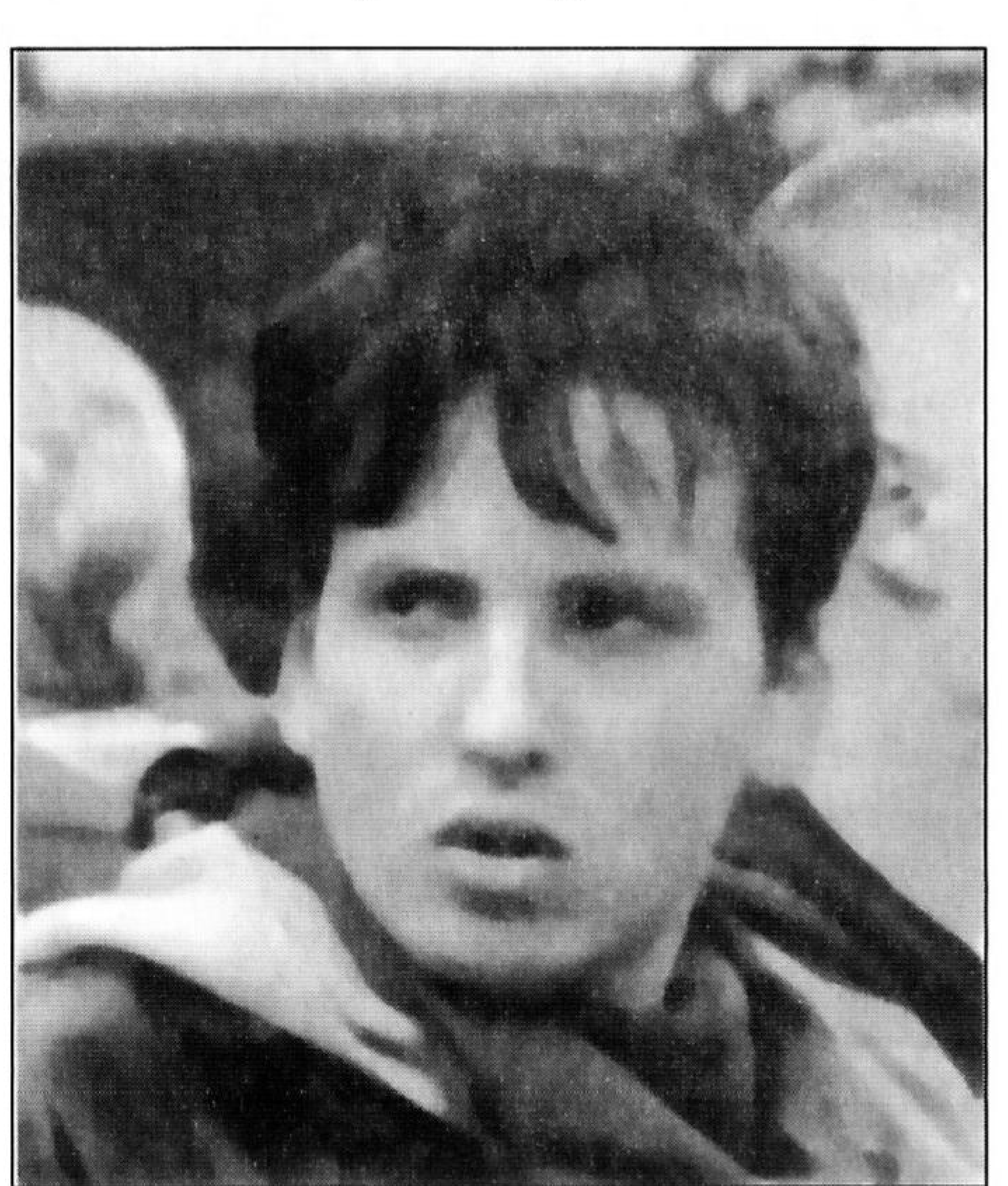
Jan Zobel

der von der FAP zu den JN gekommene Neonazi **André Goertz** mitvollzog. Demnach wollte der erst 1994 ins Leben gerufene Landesverband, „raus aus dem Ghetto" und „rein in die Gesellschaft", weshalb sie „eher Probleme des Volkes ansprechen", sowie „künftig mehr soziale Themen" aufgreifen wollen, statt „klassische altrechte Politik zu betreiben".

In wieweit dies die wahren Motive sind, sei dahingestellt. Die nationalrevolutionäre Orientierung der JN unter **Holger Apfel** und ihrer Aktion belegen Zobels Version nicht. Vielmehr scheinen persönliche Querelen, Pofilierungssüchte und private Entscheidungen die gemeinsame Arbeit behindert zu haben. Zusammen mit André Goertz hatte Zobel via der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf" versucht, Einfluß auf die theoretische Ausgestaltung zu gewinnen. Doch Goertz' Konzept versus den Hitlerismus in der Szene blieb ohne Erfolg. 1995 schilderte der ehemalige FAP-Funktionär und Betreiber des „Nationalen Infotelefons Hamburg" (NIT) sein Konzept im Verlaufe der Gerichtsverhandlungen gegen das NIT, wegen ihrer Ansagen zu Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste". Im vergangenen Jahr indes versuchten die Hamburger zum Gedenken an Rudolf Hess ihre Ideen durchzusetzen, mit der Konsequenz, daß der Bundesvorstand verkündete, die Herren seien nicht weisungsberechtigt. Sein Ansehen bei der JN schmälerte Goertz desweiteren mit der Heirat einer türkischen Frau.

Auf der Suche nach neuen politischen und persönlichen Perspektiven schauten Zobel und Goertz bereits 1996 bei der „Freien Sozialen Union" (FSU) in Hamburg vorbei, was die Anhänger von Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre wenig störte. Erst das Auftreten von AntifaschistInnen, die die Versammlung von Gesellianern und Neonazis störten, regte die Gesellianer auf.

Als weitere Option bringt Zobel die FDP ins



Frank Amberg

Spiel (siehe nebenstehende Meldung). Er selbst dürfte aber, wie Goertz, zu bekannt sein, um die Hamburger Liberalen auf national-liberalen Kurs zu bringen. Neben diesen Überlegungen spekulieren die „Jungrechten" auf Sendezeiten im „Offenen Kanal". Ohne Publicity geht es wohl nicht. Ihr ehemaliges Periodikum „Einheit und Kampf" steht seit Wochen unter Regie des Bundesvorstandes der „Jungen Nationaldemokraten". Wo die Suche die Herren definitiv hinführen wird, wissen sie wohl selbst noch nicht so sicher. Sicher ist, daß sie ihre „rechten Karrieren" fortsetzen, ebenso wie die anderen ehemaligen „Jungen Nationaldemokraten". Jene „Jungen", die bei der JN bleiben, unterstehen vorerst direkt dem Bundesvorstand, wie Bundesgeschäftsführer **Frank Amberg** kundtat. Wie viele es von den ehemals 70 bis 80 Mitgliedern in Hamburg sind, die vorwiegend aus der verbotenen FAP und der NL kamen, verrieten weder Zobel noch Amberg.

Ex-"Junge Nationaldemokraten" für die FDP

Die FDP wird für rechte Kräfte offenbar mehr und mehr attraktiv. 1995 rief der ehemalige schleswig-holsteinische BfB-Landesvorsitzende **Godehard Schmidt-Goertz** zum Eintritt in die liberale Partei auf; das ausdrückliche Ziel lautete, die Freidemokraten auf „rechten Kurs" zu bringen. Jetzt haben in Hamburg die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) ihre Auflösung als NPD-Jugendorganisation angekündigt. **Jan Zobel**, ex-JN-Bundessprecher, sagte jetzt in einem Interview der taz: „Raus aus dem Ghetto, rein in die Gesellschaft: Wir werden versuchen, Leute in der FDP unterzubringen". Hamburgs FDP-Parteichef Frank Michael Wiegand erklärte aufgeschreckt, er werde schnellstens mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Kontakt aufnehmen.

JN-Konzert in Braunschweig

Am 8. Februar 1997 führten die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Braunschweig einen sogenannten „Kameradschaftsabend" in der Lehndorfer Gaststätte 'Prager Garten' mit über 200 Personen durch. Die aus dem gesamten Bundesgebiet, vor allem jedoch aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt angereisten Neonazis konnten sich unter starkem Polizeischutz ungestört versammeln. Größere Gruppen zogen dabei unbehelligt 'Sieg Heil'-gröhlend durch Lehndorf. Bei dieser internen Veranstaltung gab unter anderem der Nazibarde **„Sleipnir"** sein faschistisches Lied- und Gedankengut vor ausgewähltem Publikum zum Besten. Zu Beginn der Versammlung referierte der Landesgeschäftsführer der JN **Danny Marquardt** über die Arbeit der JN in Niedersachsen. Die Organisatoren dieser faschistischen Veranstaltung sind bekannt: es handelt sich um den langjährigen Braunschweiger Ortsfunktionär der JN - **Jens Dreyer** -, sowie die Nachwuchskader **Mike Meyer** und **Martin Klages**, die bereits in der Vergangenheit durch rassistische Übergriffe in Braunschweiger Nachtbussen auffielen. Als Mitglieder der Nazi-Schlägerbande um **Benjamin Beiermann** aus Veltenhof terrorisierten sie MigrantInnen und Andersdenkende. Die Braunschweiger Ortsgruppe der JN hatte ursprünglich mit der Veranstaltung eines Skin-Konzertes geliebäugelt. Der Versuch, die Berliner Naziband „Spreegeschwader" in Braunschweig auftreten zu lassen scheiterte jedoch am organisatorischen Unvermögen der Veranstalter. Das diesmal alles glatt ging ist nicht zuletzt der Braunschweiger Polizei zu danken. Im Gegensatz zur Magdeburger Polizei, die einigen dortigen JN-Kadern bei der Anreise einige Umwege aufzwang, erklärte ein begeisterter Polizeisprecher gegenüber *junge welt* „die Teilnehmer hätten sich 'ganz normal' versammelt und sich am Sonntag früh gegen 1.00 Uhr 'ohne Vorkommnis wieder entfernt'."

Matthias Rauch

Waffenfunde in „befreiter Zone"

Am 15. Januar fielen der bayerischen Polizei nach Hinweisen aus der Nachbarschaft bei dem „Deutsche Liga für Volk und Heimat"-Mitglied Lothar S. aus Amorbach moderne Kriegswaffen in die Hände. Obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft bemüht sind, den Neonazi als Einzeltäter und Waffennarren darzustellen, ist der Fund ein weiteres Indiz für die Versuche des „Frankenrates", in der ländlichen Region nahe des Rhein-Main-Gebietes eine sogenannte „befreite Zone" zu errichten.

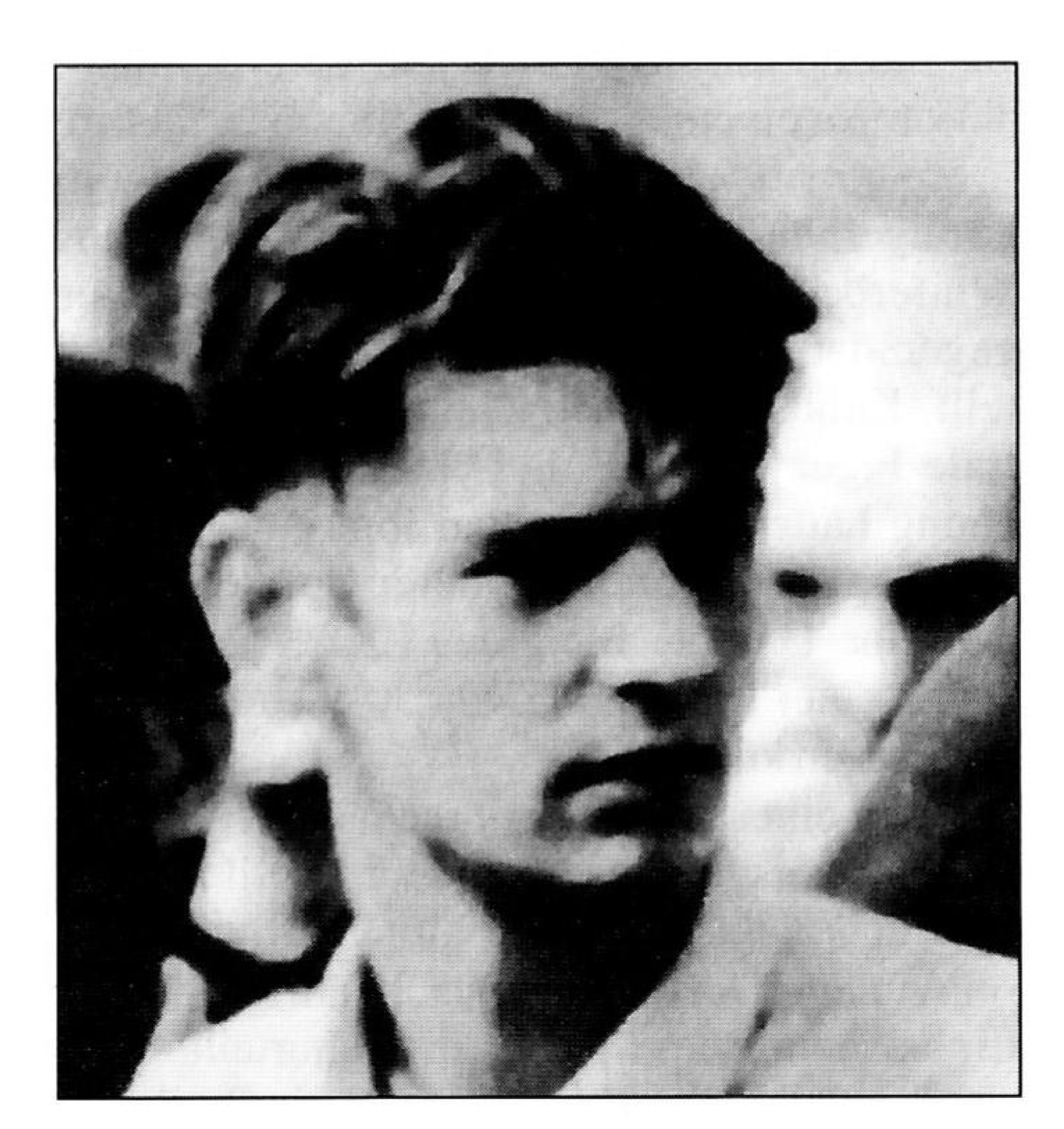


Frank Schwerdt

Bei den Durchsuchungen stieß die Polizei auf moderne Kriegswaffen: neben 2 Maschinengewehren, 3 Maschinenpistolen und dazugehöriger größerer Mengen Munition, fand die Polizei auch eine Laserzieleinrichtung für Gewehre sowie 3 Flugabwehraketen. Lothar S. behauptet, seit seiner Kindheit Waffennarr zu sein und die Waffen über die Jahre „gefunden" und auf Flohmärkten zusammengekauft zu haben.

Vom „Deutschen Freundeskreis" zum „Frankenrat"

Die Waffenfunde machen auf eine Region aufmerksam, die seit Jahren ein Rückzugsgebiet für das neonazistische Spektrum darstellt. Es war eine der Regionen, in denen ab 1991 versucht wurde, Bündnisse über die Grenzen der bisherigen Parteien hinweg zu bilden. Der Versuch endete in der Gründung des „Deutschen Freundeskreises", in dessen Vorstand paritätisch die Führungskader der beteiligten



Christian Wendt

Gruppen vertreten waren. Laut einem Flugblatt gehörten „Zur Kollektiven Führung (...) **Falco Schüssler** (FAP), **Axel Schunk** (WJ), **Uwe Schyia** (Deutsche Liga), **Klaus Beier** (NPD), **Frank Schulz** (NO), **Stephan Brodowski** und **Jürgen Schwab** (beide parteilos)".

Nach den Parteiverboten entwickelte sich aus dem „Deutschen Freundeskreis" heraus der Versuch, in der Region Unterfranken, zwischen Aschaffenburg und Spessart, eine jener „befreiten Zonen" aufzubauen. Im Zuge dieser Entwicklung löste sich der „Deutsche Freundeskreis" zugunsten des „Frankenrates", einem Zusammenschluß mit überregionaler Präsenz bis nach Nürnberg, auf. Zentrales Organ dieser Sammlungsbewegung ist die von **Frank Schwerdt** herausgegebene Zeitung „Junges Franken", die sich an dem von der „Berlin-Brandenburger Zeitung" unter **Christian Wendt** initiierten Projekt eines bundesweiten Monatszeitung mit regionalen Beilagen beteiligt.

„Befreite Zonen schaffen"

So titelte im August ein Artikel im „Jungen Franken", in dem über den Versuch berichtet wurde, ähnlich den Leserkreisen der „Jungen Freiheit" spektrenübergreifende Diskussions- und Aktionszirkel aufzubauen. Angekündigt wird in diesem Artikel beispielsweise in der Region Aschaffenburg, zu der auch Amorbach gehört, feste Strukturen mit dem Ziel der Agitation aufzubauen. Als eine Aktion, die auch hier denkbar sei, wird die Idee vorgestellt, im Rahmen fester Strukturen das „Junge Franken" ähnlich den kostenlosen Werbezeitungen in einzelnen Dörfern über längere Zeit zu verteilen und so Werbung zu machen. Im Sinne des „Frankenrates" sei dies eine Möglichkeit „echter nationaler Basisarbeit". Doch das Konzept der „befreiten Zone" geht weiter, gerade in der Region Aschaffenburg ist es seit langem zu beobachten. Während Aschaffenburg weiterhin als wichtiger Agitationspunkt und Ort für diverse Demonstrationen und Aktionen, meist unter dem Banner der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), diente, verlagerten immer mehr Personen ihre sonstigen Aktivitäten in die Region um Miltenberg und Amorbach. Neben dem Versuch der Agitation von Jugendlichen in verschiedenen Orten der Region, hatte der „Frankenrat" mit einer Gedenkdemonstration für den 1992 bei einem Überfall auf Asylbewerber tödlich verletzten **Hans Münstermann** einen Anlaß für massenwirksame Demonstrationen gefunden. Auch wenn allmählich die Gedenkdemonstrationen unter dem Logo der NPD stattfanden, war es immer noch eine gemeinsame Aktion. Organisator **Klaus Beier** ist eine der wichtigsten Personen im Konzept dieser „befreiten Zone". Kürzlich nach Kirchzell in einen versteckt gelegenen, weiträumigen Bauernhof umgezogen, hat er neben seinen NPD-Aktivitäten auch ein starkes Engagement in den Vereinen vor Ort entwickelt. Er ist zusammen mit seiner Freundin als Organisator von Busreisen für die ansässige Bevölkerung vor Ort akzeptiert. Andere Mitstreiter im Konzept der „befreiten Zone" haben sich mittlerweile mit einem Sicherheitsdienst selbständig gemacht. Das Konzept scheint so gut zu funktionieren, daß auch Führungskader aus dem NS-Spektrum ihren Wohnsitz in die Region verlagern. So wohnt der bis zum Verbot amtierende Bundesvorsitzende der „Wiking-Jugend" **Wolfram Nahrath** mittlerweile mit seiner Familie in Miltenberg; auch er sucht hier ein Landhaus. Man muß nicht sonderlich stark mutmaßen, um zu dem Schluß zu kommen, daß es nicht allein als Wohnhaus dienen wird.

Wenig glaubhaft ist die Aussage, die NPD oder der „Deutsche Freundeskreis" unterscheide sich in puncto Waffenbesitz von anderen Nazis. Lediglich eine Person aus der kollektiven Führung, nämlich Klaus Beier, ist - unseres Wissens - nicht wegen unerlaubten Waffenbesitzes vorbestraft. Die Vehemenz, mit der die NPD Kontakte zu Lothar S. von sich weist, spricht Bände, auch nachdem die Presse längst nicht mehr über den Fall berichtete, griff die NPD das Thema immer wieder auf. Angesichts der aufgezeigten Strukturen sind die Kontakte zwar momentan (noch) nicht beweisbar, man kann aber nahezu ausschließen, daß es keine Kontakte gibt.

Nachtrag:

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die NPD-Bayern unmittelbar nach den Waffenfunden den Aufmarsch, der nach einer Klage der Eltern von Hans Münstermann nicht mehr dessen Namen tragen darf, offiziell absagte. Man wollte mit der Absage ein Zeichen gegen die Diffamierung der NPD und gegen die Gewalt der „geheimdienstlich gesteuerten Autonomenbanden" setzen, deswegen verzichte man in diesem Jahr auf die Demonstration, die bereits zu einem „Teil der politischen Kultur" in Aschaffenburg geworden sei. Angesichts einer starken Gegenmobilisierung schien die NPD eine Konfrontation vermeiden zu wollen. Das Nationale Infotelefon Hamburg verkündete am 7. Februar allerdings, daß sich lediglich der Anmelder der Demonstration geändert hätte. Der NPD'ler **Ernst Marschall** aus Frankfurt meldete zuletzt eine Demonstration in Frankfurt-Hoechst an. In dem über das Thule-Netz verbreiteten Aufruf zur Teilnahme hieß es: „Der diesjährige 'Hans-Münstermann-Marsch' mußte aufgrund von rechtlichen Schwierigkeiten umorganisiert werden. Daher wird es dieses Jahr nicht zu einer Kraftprobe mit den Zecken kommen. Andererseits sollen die Vorbereitungen der Kameraden nicht umsonst gewesen sein. Kamerad Marschall lädt daher nach Frankfurt ein." Die Demonstration wurde vorerst verboten, näheres lag bis zur Drucklegung noch nicht vor.

Tomas Sager

Sauerländer Aktionsfront

In antifaschistischen Standardwerken sucht man ihren Namen meist vergebens; Fehlanzeige oft auch, was Hinweise auf ihre führenden Akteure anbelangt. Seit fünf Jahren treibt eine Nazistruktur im Sauerland, im Siegerland und im angrenzenden Nordhessen ihr Unwesen, die der NRW-Verfassungsschutz inzwischen für die bedeutendste neonazistische Gruppierung neben den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Nordrhein-Westfalen hält: die „Sauerländer Aktionsfront" (SAF).

Einer ihrer führenden Akteure, der Winterberger **Andree Zimmermann** (23), registrierte es unter seinem Pseudonym **„Lutscher"** im Thule-Netz mit Zufriedenheit, „daß wir in fast keinem ‚Schmierblatt' oder Antifa-Reader erwähnt werden". Gerade ihm ist es in den letzten Monaten und Jahren gelungen, im Schatten des öffentlichen Interesses zu einer der wichtigeren Figuren im bundesdeutschen Neonazi-Netzwerk aufzusteigen. Erst als er im letzten Jahr als Mitglied des „Aktionskomitees Rudolf Hess" im Thule-Netz und anderswo für den Aufmarsch Mitte August in Worms die Werbetrommel rührte, interessierte sich die Öffentlichkeit etwas stärker für die braune Soße, die vor allem rund um die Wintersportgemeinde Winterberg im Hochsauerlandkreis angerührt wird.

Schwierigkeiten seitens der Polizei?

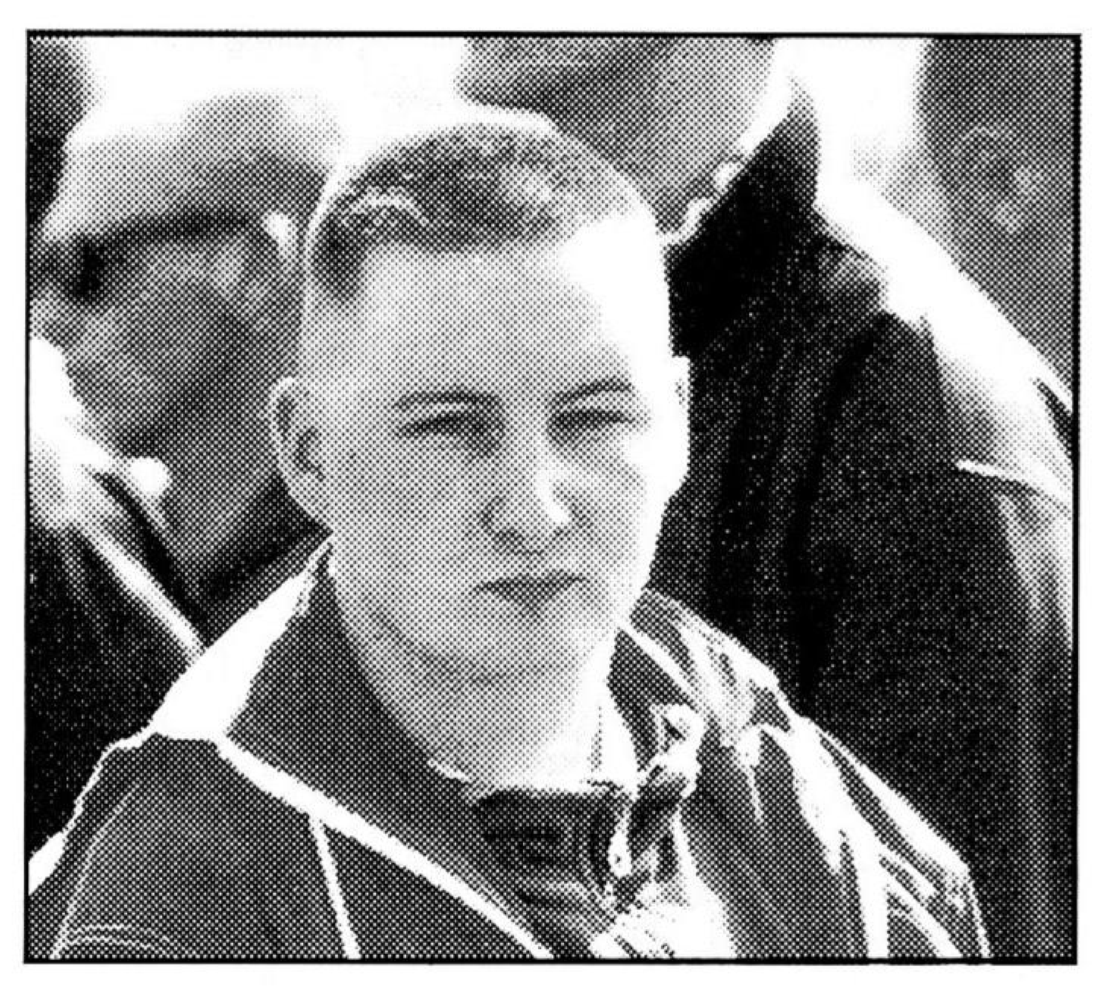
Schwierigkeiten mit der Sauerländer Aktionsfront hatten auch Polizei und Staatsanwaltschaft. Zimmermann alias „Lutscher" erklärte das so: „Es gibt keine Kasse, keine ‚Führer', keine Satzung, kein Finanzstatut... Es gibt nur den Namen und eine ganze Menge politisch interessierter Einzelpersonen." Das mußte auch die Dortmunder Staatsanwaltschaft erfahren, als sie die SAF als kriminelle Vereinigung vor Gericht bringen wollte. Gegen 47 Personen ermittelte sie seit 1992. Mehrere Wellen von Hausdurchsuchungen mußten die SAF'ler über sich ergehen lassen. Am Ende blieb eine Reihe von Strafvorwürfen: von der Körperverletzung bis zum Diebstahl von Natriumpatronen, von der Volksverhetzung bis zur Sachbeschädigung, vom Landfriedensbruch bis zur Aufstachelung zum Rassenhaß sowie diverse Propagandadelikte. Der zentrale Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben, war freilich nach mehr als zweijährigen Ermittlungen vom Tisch, weil es den Staatsschützern nicht gelang, der SAF eine feste Struktur nachzuweisen.

Was Neonazis aus anderen Regionen erst als Folge von Organisationsverboten und als Notlösung praktizierten, hatten die Neonazis aus dem Sauerland schon früh, praktisch von Anfang an, vorgemacht:

- den Verzicht auf von außen erkennbare Strukturen,
- die Bildung „autonomer" Kameradschaften (auch dokumentiert in Namen wie „Nationalistische Autonome Basis Siegerland, Sauerland, Wittgenstein, Nordhessen" und „Autonomer nationalistischer Koordinierungskreis Siegerland/Sauerland/Wittgenstein/Nordhessen"
- und gleichzeitig die kommunikative Vernetzung (das Nationale Infotelefon Sauerland, das 1992/93 in Winterberg-Züschen betrieben wurde, war bundesweit das zweite; anlaßbezogen, zum Beispiel zum Hess-Marsch, arbeitete im vorigen Jahr ein Infotelefon Zimmermanns).

SAF vor Gericht

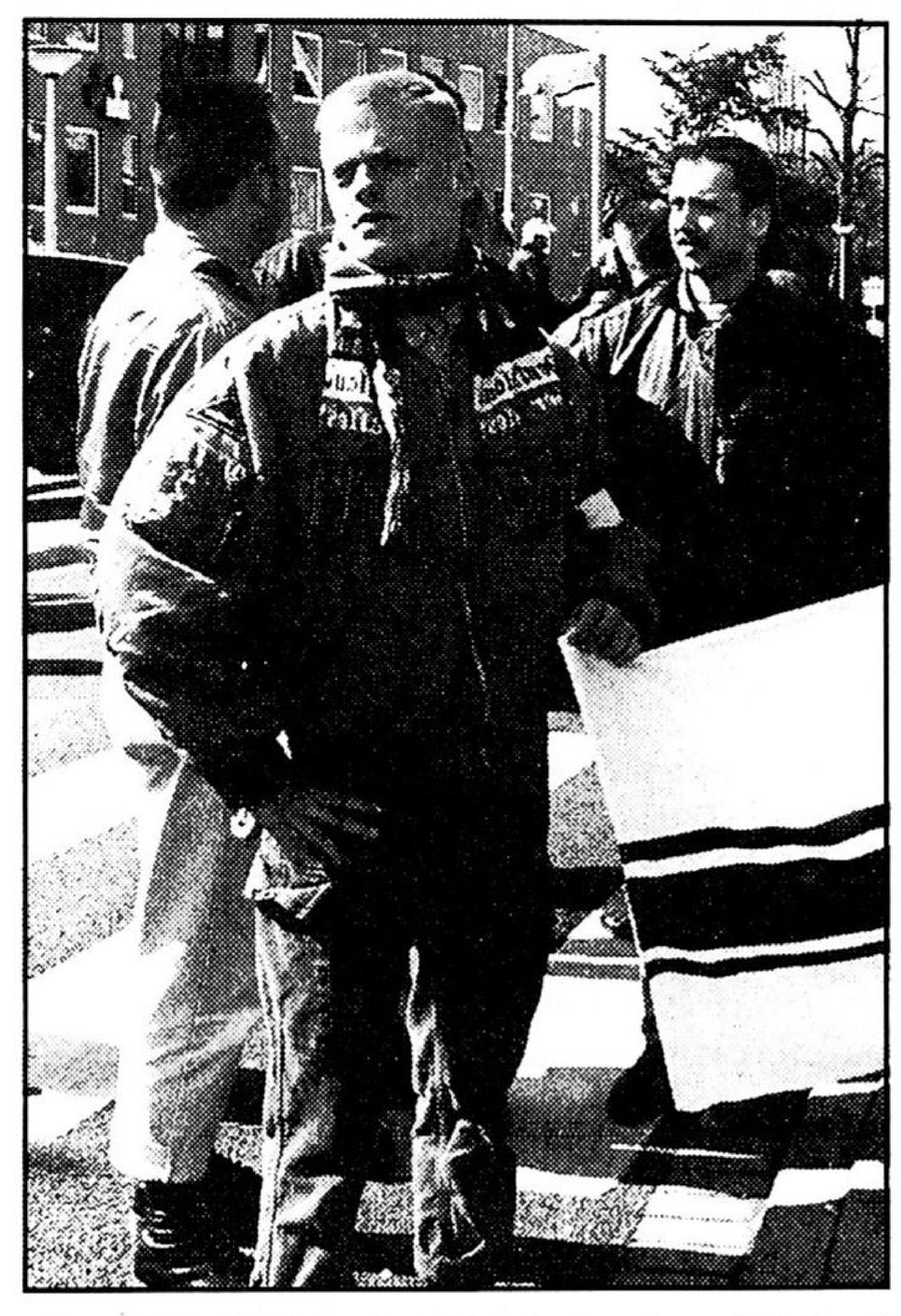
Mit diesem Konzept wuchs die SAF auf rund 60 Mitglieder. Ihre führenden Vertreter sind stets mit von der Partie, wenn sich irgendwo in der Republik Neonazis versammeln - ob am 1. Mai 1996 in Berlin, im Juni in Hetendorf (Lüneburger Heide) oder am 17. August in Worms - wo rund ein Viertel der knapp 150 Festgenommenen der SAF zugerechnet wurden. Und auch in die Niederlande unterhalten sie zu dem Kreis um **Martijn Freling** und **Constant Kusters** exzellente Kontakte.



Andree Zimmermann: Im Thule-Netz auch bekannt unter dem Pseudonym „Lutscher"

Daheim versammeln sie sich regelmäßig zweimal im Jahr; das ist zumindest nach außen sichtbar. Zum einen beim Gedenktreffen für ihren im Sommer 1992 bei einem Motorradunfall ums Leben gekommenen Mitbegründer **Thomas Fink**. Jeweils am ersten Augustwochenende findet die Veranstaltung statt, bei der auch überregional „wichtige" Vertreter der Szene - im vorigen Jahr unter anderem **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt** aus Berlin, früher **Christian Worch** und **Michael Petri** - anwesend sind. Die Treffen dienen auch der Vorbereitung der zwei Wochen später stattfindenden Hess-Aufmärsche. Zum anderen gedenken die Nazis am Volkstrauertag Mitte November ihrer im Krieg gefallenen „Helden". Im vorigen Jahr endete dieser Versuch mit einer Pleite. Die Polizei stürmte eine Gaststätte im Mescheder Stadtteil Wennemen. 15 Neonazis wurden dort festgenommen. Bereits zuvor hatte die Polizei fünf der Kameraden im Kreis Olpe „einkassiert".

Derzeit dürfte der Gerichtsflur einer der Orte sein, wo sich die SAF'ler am häufigsten treffen. Gegen sieben Angeklagte verhandelt das Jugendschöffengericht in Meschede zur Zeit. Dabei geht es um das Sündenregister aus der Frühzeit der SAF in den Jahren 1992 und 1993, unter anderen um einen Angriff auf ein Jugendzentrum in Aurich und eine Randaleaktion vor einem Asylbewerberheim in Hamm.



Die SAF 1996 in den Niederlanden. Michael Krick (vorne), Thomas Kubiak (rechts)

Zu einem Jahr auf Bewährung wurde vom Landgericht in Arnsberg **Thomas Kubiak** aus Winterberg-Züschen wegen eines Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Kubiak ist neben Zimmermann die zentrale Figur der SAF. Bei einer Hausdurchsuchung hatte die Polizei bei ihm eine scharfe Sprenggranate gefunden, deren Splitter, so ergab eine Untersuchung des LKA, Menschen bis zu einer Entfernung von 50 Metern hätten umbringen können.

Nach einem noch nicht rechtskräftigen Urteil des Amtsgerichts in Medebach soll Kubiak gar für eineinhalb Jahre hinter Gittern verschwinden. Dort wurde der 25jährige - unter Einbeziehung des Sprenggranatenurteils - verurteilt, weil eines seiner Konten als Bankverbindung der antisemitischen und volksverhetzenden SAF-Publikation „Freie Stimme" fungierte.

„Freie Stimme" und Anti-Antifa

Kubiak ist bisher der einzige, dem eine Beteiligung an Produktion oder Vertrieb der „Freien Stimme" nachgewiesen werden konnte. Vermutet wird, daß auch Zimmermann bei der Produktion mit von der Partie ist. Vor kurzem erschien - als Doppelnummer - die Ausgabe Nr. 10/11 der Postille, die vom Nationalen Infotelefon Rheinland als „das inoffizielle Kampfblatt aller Nationalisten in Nordrhein-West-

falen" und „Sprachrohr des nationalen revolutionären Widerstands in Nordrhein-Westfalen" angepriesen wird. Für die „Freie Stimme" schrieben bisher unter anderem Christian Worch, der ehemalige Kühnen-Stellvertreter **Thomas Brehl**, **Frank Hübner** (DA und DL), **Siegfried Borchardt** („SS-Siggi", der frühere NRW-Landesvorsitzende der FAP), **Jonni Hansen** von der dänischen NS-Bewegung und der Revisionist **Udo Walendy** („Historische Tatsachen").

Dabei ist die „Freie Stimme" nicht die einzige Publikation aus dem Umfeld der SAF. **Bernd Krick** (25) gibt seit 1994 das Skin-Fanzine „Moonstomp" heraus, das von „Kameraden" aus der Szene als das „wohl bekannteste Deutsche Skinhead Fan Zine" bezeichnet wurde und dessen Auflage der NRW-Verfassungsschutz in seinem Bericht für 1995 auf 600 Exemplare schätzte. Sein jüngerer Bruder **Michael Krick** (20) veröffentlichte Anfang letzten Jahres zudem ein Blättchen mit dem Titel „Fälischer Beobachter", dessen Auflage der NRW-VS auf 500 Exemplare schätzt. Bislang ist es bei einer Ausgabe geblieben: Wegen Volksverhetzung, Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen und Verunglimpfung des Staates verurteilte ihn das Mescheder Jugendschöffengericht unlängst zu acht Monaten Jugendstrafe auf Bewährung.

Auch die Anti-Antifa gehörte und gehört zum Repertoire der SAF und der „Freien Stimme", so zum Beispiel, wenn mit Angabe seiner Adresse vor einem Berliner Antisemitismusforscher gewarnt wird, dem unmißverständlich klar gemacht werden müsse, „daß er sich mit seinen Spitzeldiensten bei uns nicht gerade beliebt macht!!!" Das frühere Postfach der Publikation im siegerländischen Netphen diente zudem als Anti-Antifa-Kontaktadresse.

Der Anti-Antifa hat sich in besonderer Weise auch Andree Zimmermann verschrieben. Von Juli bis September 1996 veröffentlichte er im Thule-Netz mehr als 200 Anschriften tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner aus der gesamten Bundesrepublik: „Verbreiten und VERWENDEN!" mahnte er. „Die Adressen sind nicht dafür da, daß sie gelöscht werden, sondern daß ihr damit umgeht!!!" Ziel seiner Aktion: „die Parasiten aus dem Dunkel zu ziehen. Wir kriegen sie alle!" Auch in der eigenen Region sammeln die Neonazis mit Leidenschaft Adressen und andere Daten potentieller Gegner, wie eine im Frühjahr 1996 aufgetauchte Liste beweist. „Das Siegerland und Sauerland bleibt braun!!!!!" schrieb Lutscher-Zimmermann im Thule-Netz in kruder Selbstüberschätzung. Um im Anschluß zu drohen: „Wenn sich bei uns eine organisierte Linke breitmacht, dann wird sie ohne Kompromisse ZERSCHLAGEN!!!"

Mitte Dezember 1996 versuchte Zimmermann für Verwirrung zu sorgen, als er über seinen fränkischen Spezi **Kai Dalek** - auch er ein Anti-Antifa-Spezialist der Szene, zudem Betreiber einer Thule-Mailbox - seinen Rückzug aus der Szene verbreiten ließ. Geglaubt hat ihm das niemand. Spätestens, als Anfang Februar Zimmermann vom NIT Rheinland als „Schriftführer" der HNG-Nachrichten und Redner einer Veranstaltung der „Werwolf-Kameradschaft Antwerpen" zum Jahrestag von Hitlers Machtübernahme genannt wurde, war auch dem letzten klar, was von diesem Ausstieg zu halten war.

Horst Freires

Auschwitz-Leugner gestorben

Der notorische Holocaust-Leugner Thies Christophersen (geboren 27. 1.1918 in Kiel) verschied am 13. Februar im Kreis der Familie in Molfsee bei Kiel, wo er sich kurz vor seinem Tod (Nierenkrebs) noch um einen Platz im dortigen Alten- und Pflegeheim bemüht hatte. Seit 1986 suchten ihn die deutschen Behörden per Haftbefehl, da sich der mehrfach vorbestrafte Revisionist einer Strafverfolgung durch Flucht ins dänische Kollund kurz hinter der Grenze entzogen hatte. Deutsche Auslieferungsbegehren 1988 scheiterten.

Als antifaschistischer Druck aus der dänischen Bevölkerung ihn Ende 1994 von dort vertrieb, lebte er nur noch aus dem Koffer. Der Herausgeber der antisemitischen und die NS-Zeit verherrlichenden „Bauernschaft" (seit 1969 vierteljährlich) wandte sich 1995 zunächst zu dem dänischen SS-Freiwilligen **Ole Petersen** (Grundbjerg/Fünen). Von dort nahm er Abschied aus Dänemark, nachdem sein Aufenthaltsort publik wurde. Das Beziehen und Ankaufen einer anderen Immobilie in Dänemark hatte sich nämlich zerschlagen.

Seine Odyssee durch nationalsozialistische Stuben in Europa ließ ihn dann Abstecher nach Großbritannien, Belgien, Spanien und in die Schweiz machen. Dort erfolgte 1996 seine Ausweisung; zurück ging es wieder nach Spanien. Zwischendurch weilte **Thies Christophersen** immer wieder in Deutschland - die Behörden handhabten den Haftbefehl wohl eher recht „lax". 1995 vermachte er die "Bauernschaft" dem in Kanada ansässigen Revisionisten **Ernst Zündel**. Bei seiner Festnahme am 31. Januar in Molfsee wurde durch einen Amtsarzt die Haftunfähigkeit des schwerkranken Christophersen festgestellt, die Haftvollstreckung damit nicht vollzogen.

Offenbar als Erfüllung des letzten Willens des Altnazis planten die Angehörigen am 20. Februar eine große Trauerfeier in Flensburg. Als bekannt wurde, daß die Kapelle am Friedenshügel-Friedhof - eine kommunale Grabstätte - eine Bestuhlung von über 300 Personen sowie eine Lautsprecheranlage bereit stellen sollte, untersagte die Stadtverwaltung die Bereitstellung der Einrichtung. Dagegen versuchten die Angehörigen vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig zu klagen. Die Klage wurde jedoch abgewiesen. Daraufhin entschloß der Christophersen-Clan sich, die geplante Einäscherung samt Trauerfeier im Krematorium auf den Friedhof Kiel-Eichhof vorzunehmen. Kurzfristig erhielt man dort eine Erlaubnis für eine Trauerfeier - für eine Einäscherung fehlten einige Papiere. Die Räumlichkeiten wurden der Familie Christophersen zur Verfügung gestellt, nachdem diese versicherten, nur der Familienkreis werde an der Trauerfeier teilnehmen. Zudem ließ sich die Friedhofsverwaltung in Kiel die Trauerrede und die dazu gewünschten Musikstücke vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt mobilisierte das Nationale Infotelefon noch nach Flensburg. Dort liefen im Laufe des Tages knapp 35 Alt- und Neonazis auf. Vor Ort tauchten Flugblätter auf, in denen der Stadt der Vorwurf gemacht wurde, sie würde das Trauern verbieten. In Kiel versammelten sich unterdessen mehr Journalisten und Zivilbeamte der Polizei als Ewiggestrige. Kurz nach der Trauerfeier tauchte noch ein rund 15köpfiger nationalsozialistischer Reisekader um **Uwe Jürgens** - einst Wehrsportgröße in und um Celle (jetzt in Ostdeutschland aktiv) auf. Zuvor wurden diese Christophersen-Anhänger noch in Flensburg gesehen. Auf dem Anwesen von Thies Christophersens Gattin Edith in Mohrkirch (Kreis Schleswig-Flensburg) waren einige wenige auswärtige Fahrzeuge abgestellt. Bei Redaktionsschluß durfte noch gerätselt werden, ob und wann die Urne nach der Einäscherung von Thies Christophersen dem Familiengrab in Boel bei Mohrkirch zugeführt werden sollte. Besonders dynamisch-tolpatschig agierte im Kreis der Journalisten ein Duo der „Jungen Freiheit", das pietätlos, trotz eines Verbotsschildes in Sensationsmanier, den angrenzenden Friedhof in Kiel mit dem Auto befuhr und sich dann nach vergeblicher Reißerstory dankbar dem Jürgens-Clan anbiederte.



Trauergast bei Thies Christophersen: Ex WSG-Chef Uwe Jürgens

Erwähnt werden soll noch, daß die VVN/BdA in Flensburg auf dem Friedhof Friedenshügel am 20. Februar einen Gedenkkranz niederlegte. Es ist durchaus als Provokation zu verstehen, daß ausgerechnet an einem Ort mit vier größeren Gräberfeldern von Opfern des NS-Faschismus der Altnazi (und/oder die Angehörigen?) mit der Trauerveranstaltung ein öffentliches Spektakel wollte(n). Ostarbeiter, Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge fanden auf dem Friedenshügel ihre letzte Ruhe.

Horst Freires

Rechte und die Rechtschreibreform

Die deutsche Sprache liegt den Rechtsextremisten besonders am Herzen. Ob im Thule-Mailboxnetz oder im Blätterwald von DVU-Verleger Gerhard Frey: Ein Aufschrei geht durch die jeweiligen Medien. Als braungefärbter Ableger zu dieser populistischen Thematik wurde jetzt in Schleswig-Holstein Detlef Lindenthal geoutet.

Im Zuge der von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Rechtschreibreform formierte sich in Schleswig-Holstein die sogenannte „Volksinitiative" mit dem Namen „Wir gegen die Rechtschreibreform". Fast flächendeckend wurde das nördlichste Bundesland über Tageszeitungen mit einer nicht billigen Anzeigenkampagne eingedeckt, in der zu einer Unterschriftenaktion gegen die Rechtschreibreform aufgerufen wurde. Die Initiatoren brachten damit nach eigenen Angaben über 66.000 Unterschriften zusammen. Damit soll entsprechend der Landesverfassung ein Volksentscheid zu dieser Frage erreicht werden. Einer der „Macher" von „Wir gegen die Rechtschreibreform" war **Detlef Lindenthal** aus Hattstedt (Kreis Nordfriesland), dessen Kontakte in die rechtsextreme Ecke jetzt publik wurden. Der 45jährige, der sich selbst als Drucker und Schriftsetzer bezeichnet, andernorts auch als Sozialpädagoge, erklärte daraufhin seinen sofortigen Rückzug, „um die Volksinitiative zur Rechtschreibfrage nicht zu belasten", wie er sich ausdrückte.

Er mußte zugeben, 1992 für ein halbes Jahr in dem russischen Dorf Jasnajapoljana (Trakehnen) tätig gewesen zu sein. Ein Teil seiner Reisekosten sei dabei vom rechtsextremistischen Kieler Verleger **Dietmar Munier** getragen worden, wie er einräumte. Seine Arbeit in Trakehnen, wo Munier sich, wie überhaupt in der Enklave um Kaliningrad (Königsberg), intensiv in Sachen Germanisierung engagiert, bezeichnete Lindenthal als Aufbauhelfer.

Aufgedeckt wurde jetzt auch, daß Lindenthal auf seinem Grundstück Vermieter der Druckerei **Petersen** ist, die die Neonazi-Postille „Sleipnir" aus Berlin druckt. Die Gazette wird vom „Verlag der Freunde" herausgegeben. Sie verbreitet Antisemitismus „pur". Laut Verfassungsschutzbericht von 1995 halten Autoren der Schrift die massenhafte Vernichtung von Juden in Auschwitz für eine „reine Glaubensfrage und für ein Mittel des jüdischen Weltgeistes zur Weltherrschaft." Druckereibetreiber Petersen bekennt sich zur rechtslastigen Sekte „Artamanen". Lindenthal rechtfertigt sich damit, daß er keine Handhabe besitze, was in den von ihm vermieteten Räumlichkeiten geschehe. 1996 kam es dort zu zwei Durchsuchungsaktionen des Staatsschutzes im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin. Ferner wurden auf dem Grundstück gesehen: **Roland Bohlinger** (residiert mit dem „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" ganz in der Nähe) und **Harm Menkens** (Süderbrarup/antisemitischer „Lühe-Verlag").

Lindenthal rühmt sich im übrigen, daß man ihn in keine politische Ecke stellen könne. Schließlich sei er Kriegsdienstverweigerer und Atomkraftgegner. Er zählt zum Kreis des „Hartmut-Gründler-Klägerverbandes für Volksgesundheit und biologische Sicherheit" aus den 70er Jahren um den Verleger **Soyka** (Bremen) - eine von Rechtsextremisten angezettelte Kampagne mit einer Anti-AKW-Klage. Unterzeichner dafür waren unter andere auch **Manfred Roeder**, **Jürgen Rieger** und eben Verleger Bohlinger.

Ein weiterer Initiator von „Wir gegen die Rechtschreibreform" ist der in Kiel und Berlin dozierende Philosophieprofessor **Wolfgang Deppert**. Dieser ist eine der führenden Kräfte bei der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR), die es in der Vergangenheit trotz ihrer Bemühungen um ein „Saubermann"-Image nicht an rechtslastigen Aktivitäten fehlen ließ. Gerade auch in Schleswig-Holstein gab es diesbezüglich dubiose Vortragsveranstaltungen, Seminare und Sonnenwendfeiern, abgesehen davon, daß Anfang der 80er Jahre Mitglieder der Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (KLA) aktiv bei den Unitariern wirkten.

Doris Hansen

Kindersex-Debatte Rechtsaußen will mitreden

Das zur Zeit in allen Medien hochgehandelte Thema „Kinderpornos im Internet" mußte dafür herhalten, daß sich eine Gruppierung mit rechtsextremem Einschlag mit einer Informationsveranstaltung dazu profilieren wollte. Diese war sehr professionell vorbereitet worden. Die Gruppe nennt sich unverfänglich „Jugendgemeinschaft Rendsburg-Eckernförde" (JG), die offiziell selbst nur über eine Postfachadresse in der nahe Rendsburg liegenden Gemeinde Fockbek verfügt.

Dieser Zusammenschluß ist auch personell mit rechtsgesinnten Skinheads bestückt, wobei der diesbezüglich einschlägig in Erscheinung getretene **Frank Drewes** (23) - heute ohne Skinhead-Outfit - offenbar eine tragende Rolle zu spielen scheint. Dieser hatte bereits 1992 zum 1. Mai zu einem überregionalen Skinheadtreffen nach Büdelsdorf (Nachbargemeinde Rendsburgs) aufgerufen. Dort kam es dann zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die JG formierte sich ungefähr ein Jahr später im Rahmen von Fußballspielen und -turnieren mit gleichgesinnten Skinheads - unter anderem kickte man gegen ein Team aus Berlin.

1995, anläßlich der 59jährigen Wiederkehr des Tages der Befreiung am 8. Mai, verteilte die Gruppierung im Rendsburger Raum ein Pamphlet mit der Überschrift „Befreiung - Von wem ... von was?" Darin heißt es: „Wir wurden durch sogenannte Befreier mitten in der Stadt von unseren Armbanduhren, Eheringen und Geldbörsen befreit. Hätten wir uns nicht still gefügt, so wären wir auch noch vom Leben befreit worden. So, wie jene unzähligen Bürgerinnen und Bürger, die anläßlich der Befreiung brutal vertrieben, grausamst erschlagen, erstochen oder erschossen wurden. Dies ist alles nachzulesen in den Stadtchroniken und verschiedenen Tageszeitungen.

Unsere Tante in Schlesien befreite man beispielsweise von ihrem Haus nebst ihrem gesamten Hab und Gut. Nach 16 befreienden Vergewaltigungen setzte man sie in Marsch nach Zwickau."

Die Polizei konnte im vergangenen Jahr zudem am „Tag der Deutschen Einheit" (3. Oktober) einen von der JG, bzw. Drewes, geplanten „Marsch durch Rendsburg" im Vorwege verhindern, wie der Leiter des Rendsburger Polizeireviers Karl-Friedrich Schwark versicherte. Seinen Beamten sind beispielsweise Kontakte zu Kräften der ehemaligen Wiking Jugend in Berlin bekannt.

Zum Jahresende 1996 ging bei den Bürgermeistern und Bürgervorstehern des Kreises Rendsburg-Eckernförde ein Schreiben der JG ein. Darin wird unter anderem um Stellungnahme der Kommunalvertretungen/-politiker zu Drogenproblemen Jugendlicher und deren Ursachen gebeten. Als Nachsatz ist dem Brief angefügt: „Die JG handelt in keinem Auftrag einer Partei oder einer anderen Organisation." Eben dies ist strittig. Das Landesamt für Verfassungsschutz sieht da sehr wohl Zusammenhänge, wie diese bereits 1993 für den Raum Rendsburg in der Broschüre „Skinheads in Schleswig-Holstein" aufgeführt wurden.

Mit der populistischen „Kindersex"-Debatte trat die JG jetzt erstmals in großem Stil an die Öffentlichkeit. Sie mietete sich einen Saal im städtischen Bürgerhaus Büdelsdorf, schrieb landespolitiker - per Einschreiben - zwecks Teilnahme an, bat mit einem moderaten Schreiben bei Geschäftsleuten um Spenden (ein Geschäftsmann gab gutgläubig 200 Mark), verteilte Flugblätter (presserechtlich gab sich **Torsten Dreeßen** aus Basdorf/Rieseby zu erkennen), sorgte für Aushänge, wandte sich per

Telefax an Medienvertreter und kündigte großspurig die Einladung an die Ministerpräsidentin Heide Simonis sowie an den Innenminister Ekkehard Wienholtz (beide SPD) an. Letzterer wurde hellhörig und holte sich Informationen zur JG ein. Er besuchte die Veranstaltung unter dem Titel „Weg mit den Dreck aus der Internet" daraufhin nicht, genau wie auch Simonis fernblieb. Der Minister schickte dafür Polizei in Zivil und Vertreter des Verfassungsschutzes. Der Einladung folgten gutgläubig die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Gabriele Kötschau, die Parlamentarierin des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) Anke Spoorendonk sowie Matthias Böttcher (MdL Bündnis 90/ Grüne). Unter den 80 meist dem politisch rechten Lager zuzurechnenden Besuchern - angekündigt hatten die „Macher" gar 350 - war auch der dem Bundesvorstand der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" angehörende **Ingo Stawitz** (Uetersen). Die Beiträge aus dem Zuschauer/-hörerkreis bewegten sich meist auf dem Niveau „Kinderschänder - Todesstrafe".

Mit dieser Veranstaltung kam in Rendsburg auch wieder die Diskussion zum derzeit noch laufenden, aber im Sommer endenden Streetworkerprojekt mit gewaltbereiten rechtsgerichteten Jugendlichen auf. Das vor drei Jahren mit hauptsächlich Landesgeldern gestartete Projekt - ähnliche laufen in Lübeck und im Raum Mölln/ Geesthacht - unterliegt der kirchlichen Trägerschaft, hat aber bisher keine Perspektive auf Fortsetzung, da die Folgefinanzierung nicht steht. Experten befürworten vehement die Fortsetzung der Streetwork-Tätigkeit, auch die örtliche Polizei schlägt in diese Kerbe. „Endet dieses Projekt, dann knallt es hier wieder gewaltig", befürchtet Schwark und gründet seine Vermutungen mit Vorkommnissen aus der Vergangenheit, als es in den Jahren 1990 bis 1995 regelmäßige Gewaltexzesse aus diesem Personenkreis in Rendsburg und Umgehung zu beklagen gab. Meist hieß es nach Koma-Saufen" „Zekken klatschen" (mit Ausländern gab es weniger Konflikte), so Schwark. Letztere wehrten sich (natürlich); ein regelrechter Kleinkrieg entstand in der Stadt, der auch darin gipfelte, daß der Treffpunkt der linksgerichteten Szene „Teestube" in Flammen aufging und ein Haus nahe Rendsburg 1992 von Rechtsradikalen regelrecht mit Molotowcocktails gestürmt wurde. Dabei wurden 21 Skins - nicht nur aus der Rendsburger Region - von der Polizei festgenommen. In jener Zeit bedienten sich die Rendsburger Neonazis zudem intensiv der im Bundesgebiet geschalteten Nationalen Infotelefone. Zuletzt gab es 1995 in Büdelsdorf ein größeres überregionales Treffen mit 170 Skins und Neonazis.

Zu den aktuellen Aktivitäten von rechts merkt der Leiter des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein, Michael Wolf, an, es sei ein bundesweiter Trend zum „modernisierten Rechtsextremismus" erkennbar, der die Diskussionsebene über die Zeitspanne der nationalsozialistischen Herrschaft verlassen wolle, und sich vielmehr Themen, die die Bevölkerung allgemein bewegen, zuwende.

GfP-Jahreskongreß

In der aktuellen Ausgabe von „Das Freie Forum", dem Mitteilungsblatt der revisionistischen „Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (GfP), wird der GFP-Jahreskongreß angekündigt. Vom 25. bis 27. April 1997 soll im südwestlichen Sachsen der „Deutsche Kongreß" durchgeführt werden. „Bitte zu diesem Wochenende keine weiteren Veranstaltungen", annonciert die GfP parallel in einschlägigen rechten Periodika. Vorsitzender der 1960 von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründeten „Gesellschaft für Freie Publizistik" ist seit 1992 der frühere Chefideologe der NPD, Lektor des revisionistischen „Grabert Verlages" und „Witikone" Dr. **Rolf Kosiek** (62). An den GfP-Kongressen nahmen in der Vergangenheit zahlreiche, teils hochrangige Vertreter der gesamten rechtsextremistischen Szene teil.

Veränderungen bei der „Jungen Freiheit"

Neuer Ressortleiter Kultur der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) ist **Kristof Berking** (31). Berking, war parteipolitisch beim „Bund freier Bürger" aktiv und löste nach zwei Jahren **Angelika Willig** (33) ab. Die promovierte Philosophin Willig bleibt der JF jedoch als Autorin erhalten. Ihre publizistische Karriere begann Willig bei der Studentenzeitung „Münchner Freiheit" und dem neurechten Theorieorgan „Criticon". Zum Jahreswechsel verließ **Uwe Faesel** (30) die JF als Leiter Marketing/Vertrieb und wechselte zum in Hamburg erscheinenden „Ostpreußenblatt". Faesel trat erst zum Jahresanfang 1996 seinen Dienst bei der „Jungen Freiheit" an und betreute die Bereiche Anzeigen, Vertrieb, Werbung und Leserdienst. Zuvor war Faesel mehrere Jahre in der Sparte Marketing bei mittelständischen Unternehmen sowie in der landsmannschaftlichen Arbeit aktiv. Ende 1996 wurde Faesel Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO).

Schwer rechtslastiger RCDS in Kiel

An der Universität in Kiel regt sich Widerstand gegen Vortragsveranstaltungen des „Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS). Dieser hatte jetzt hintereinander **Rüdiger Dorff**, Bundesführer des rechtslastigen „Freibundes", sowie den sächsischen Stasi-Beauftragten **Siegmar Faust** eingeladen. Dorff sprach über die „Bündische Jugend und Pfadfinderbewegung". Faust referierte über die „DDR-Bürgerrechtsbewegung". Letzterer griff schon für die ultrakonservative „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) zur Feder und schrieb in deren Publikation „Menschenrechte". Er verfügt über einen „guten Draht" zur rechtsextremen Wochenpostille „Junge Freiheit". Unter seiner Verantwortung erhielt eine frühere KZ-Aufseherin eine Entschädigung für ihre Haftzeit in der DDR. Fausts Arbeit bestand darin, Rechtsanwälte für Stasi-Opfer zu vermitteln. Daß eines dieser Opfer eine KZ-Aufseherin war, sei ihm nicht bekannt gewesen, erklärte Faust. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ursula Kähler, schloß sich dem Protest gegen den RCDS an. (zu Faust siehe auch DRR Nr. 44)

Betriebsfrieden durch Antisemitismus nicht gestört?

Eine antisemitische Haltung und entsprechende Aussagen in privaten Kreis oder in nichtöffentlichem Zusammenhang rechtfertigen keine fristlose Kündigung. Dies stellte jetzt das Landesarbeitsgericht Kiel fest. Nur wenn die antijüdische Hetze den Betriebsfrieden störe, könne disziplinarrechtlich gegen den Verursacher vorgegangen werden. Vor einer Kündigung sei aber auch zunächst eine Abmahnung auszusprechen. Konkret ging es um den Lübecker Hafenkapitän Henning R. Dieser ist in der Hansestadt als stellvertretender Leiter des Amtes für Wirtschaft, Verkehr und Hafen eine bedeutsame Größe im öffentlichen Dienst. R. hatte sich in Gesprächen mit Kollegen abfällig über den Holocaust geäußert. Unter anderem soll er gesagt haben, daß es soviele fette Juden gar nicht gegeben haben könnte, wie sie umgebracht haben sollen. Weiteres Zitat R.'s: Er gehöre keiner Partei an, denn seine sei 1945 verboten worden. Die Stadt Lübeck hat ihm eine antidemokratische Grundhaltung unterstellt und sofort gekündigt. Das Arbeitsgericht zweifelte die Äußerungen nicht an und erklärte, daß der Bedienstete zwar seine Pflicht zur politischen Zurückhaltung verletzt habe, das Vertrauen seines Arbeitgebers sei aber nicht „irreparabel" beeinträchtigt. Auf Nachfrage erklärte eine Richterin, der Kapitän habe sich nicht in hoheitlicher Funktion sondern privat gegenüber jeweils nicht mehr als zwei Kollegen und damit in einer nahezu intimen Atmosphäre geäußert. Somit lag keine Störung des Betriebsfriedens vor. Erst wenn eine erhebliche Zahl von Arbeitnehmern sich empört gezeigt und die Arbeit niedergelegt hätte, wäre das Betriebsklima irreparabel gestört gewesen.

Ein weiterer brisanter Fall innerhalb der Verwaltung der Stadt Lübeck betrifft **Reinhard Leichert**, der einer Tätigkeit im Amt für Denkmalspflege nachgeht, nachweislich aber in den 80er und 90er Jahren für die inzwischen verbotene Wiking Jugend aktiv war. Neben reichlichen WJ-Utensilien auf seinem Grund und Boden nahe Lübeck, die bei einer Razzia gefunden wurden, wird seine Verstrickung auch in seinem damaligen Wohnort Husberg (Kreis Plön) bei Neumünster deutlich. Dort organisierte er 1985 eine Sonnenwendfeier mit überregionaler Beteiligung. Gegen ihn läuft seit geraumer Zeit ein innerdienstliches Disziplinarverfahren.

Nora Hantsch

Republikaner drängen an die Unis

Die Situation in Marburg

In Marburg geht es zur Sache. Zum einen trat erstmals eine „Republikaner"-Hochschulgruppe zu den Studentenparlamentswahlen an; zum anderen stellte der „Republikaner" und „Normannia"-Burschenschafter Eike Erdel am 11.12.1996 beim Verwaltungsgericht Gießen den Antrag, dem AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) der Universität Marburg bei Androhung eines Zwangsgeldes von 5 bis 500.000 DM zu untersagen, „politische Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen abzugeben, die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind."

Im Visier hätten die REPs dabei besonders die autonomen Referate (AusländerInnen, Frauen/Lesben, Schwule) sowie das „Feministische Archiv" und die Bündnis-Referate 'Internationales', 'Antifaschismus' und 'Frieden', berichtete die „Rote Uni-Gruppe" in ihrer Zeitung „GegenDruck" Nummer 8.

Der Versuch der „Republikaner", dem Marburger AStA einen „Maulkorb" zu verpassen, scheint Außenstehenden vielleicht aussichtslos zu sein, hat aber in den letzten Jahren schon rechtskräftige (man beachte die Mehrdeutigkeit dieses Wortes) „einstweilige Verfügungen" gegen andere ASten zum Vorbild, wie kürzlich erst in Gießen. War es u.a. in Gießen und Münster der RCDS („Ring Christlich Demokratischer Studenten"), der die Anträge stellte, sind es in Marburg die „Republikaner" mit teilweise denselben Passagen. Interessant ist weiterhin, daß zumindest in Münster, Dortmund und Wuppertal die Klagen alle vom selben Anwalt vertreten werden.

Am Abend des 6. Januar 1997 sollte im Hörsaalgebäude der Uni Marburg eine Informationsveranstaltung des „REP-Hochschulverbandes" stattfinden. Ca. 120 GegendemonstrantInnen konnten den Auftritt der etwa 30 Rechten erfolgreich verhindern. Am 10. Januar fand eine Demonstration gegen die zahlreichen Aktionen der „Republikaner" an der Marburger Philipps-Universität statt. Dazu aufgerufen hatten der AStA Marburg und andere Gruppen. Mit ungefähr 300 TeilnehmerInnen, verschiedenen Transparenten und Redebeiträgen führte der Zug durch die Marburger Innenstadt, vorbei an zahlreichen Universitätseinrichtungen und der Villa der „Normannia"-Burschenschaft. Deren Bewohner schienen von dem bunten Zug so beeindruckt, daß dieses Ereignis aus dem einzigen Fenster, dessen Rolladen nicht heruntergelassen war, neugierig fotografiert und so für die Nachwelt bewahrt wurde. Auch während des Marsches säumten Fotografen und Videofilmer verschiedenster Couleur den Weg. In den Redebeiträgen des AStA-Vorsitzenden, der AusländerInnen-Referentin des AStA, der „Roten Uni-Gruppe", des Antifa-Kreises und der Plattform der Studierenden aus Türkei und Kurdistan wurde die Fremdenfeindlichkeit, Schwulen- und Lesbendiskriminierung, insgesamt das Vordringen rechter Politik und Ideologie an den Universitäten verurteilt. Eine Etablierung und Institutionalisierung dieser Kräfte an den Hochschulen und im gesamten gesellschaftlichen Leben müsse verhindert werden. Alles in allem verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle.

Nach Auszählung der Stimmen für die StuPa-Wahlen in Marburg am 15.1.1997 zeigte sich folgendes Ergebnis: die REP-Hochschulgruppe zieht mit 2 von insgesamt 41 Sitzen ins Studentenparlament ein. Sie erzielte dabei 182 Stimmen, was 3,7% aller Stimmen entspricht. Die meisten der Stimmen für die REPs kamen erwartungsgemäß aus den Fachbereichen Jura, Wirtschaftswissenschaften und Humanmedizin. Der RCDS trat erstmals nicht zu den Wahlen an. Als offizielle Begründung dafür wurde angegeben, daß diese CDU-Hochschulgruppe den Termin für die Abgabe der Wahlunterlagen verpaßt hätte. **Eike Erdel**, der REP-Hochschulbeauftragte in Marburg, verkündete noch am Abend im Fernsehen, daß seine Partei im kommenden Jahr bundesweit an den Unis kandidieren werde. ◩

„Republikaner" im Marburger Studentenparlament

Eike Erdel, Jurastudent, REP-„Hochschulbeauftragter" und Leutnant der Reserve, wurde bei den hessischen Kommunalwahlen 1993 für die „Republikaner" sowohl in den Stadtrat von Stadtallendorf als auch in den Kreistag Marburg-Biedenkopf gewählt. Dort sitzt er noch heute. Zeitweise war er Sprecher der Marburger Burschenschaft „Normannia-Leipzig zu Marburg" und ist jetzt deren „Schriftwart". Seit Mai 1996 publiziert er gelegentlich in der „Jungen Freiheit". In der Ausgabe vom 27.9.1996 erschien auch der u.a. von Erdel mitunterzeichnete Aufruf „Für die Bewahrung unserer nationalen Identität in einem freien Europa". Dort war u.a. zu lesen: „Anstelle einer multikulturellen Aushöhlung befürworten wir entschieden die Bewahrung unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer natürlichen Lebensgrundlagen." Für die Kreistagswahlen im Frühjahr 1997 kandidiert Erdel erneut auf der Liste der „Republikaner".

Daniel Schäfer, Philosophiestudent und Mitglied der Marburger „Burschenschaft Rheinfranken", engagiert sich seit 1994 bei der „Republikanischen Jugend" und ist deren stellvertretender Vorsitzender in Hessen.

Internet-Nazi arbeitslos

Das Computermagazin CHIP widmete sich in seiner Ausgabe 3/97 ausführlich dem Thule-Netz und einem seiner wichtigsten Hintermänner. Nach CHIP verbirgt sich hinter dem Pseudonym **„Thorin Eichenschild"** der Software-Redakteur der Computerzeitschrift „Amiga" **Ralf Kottcke.** „Thorin Eichenschild" ist der Betreiber der Thule-Mailbox Janus BBS aus München. Angeblich sei Kottcke ein „technischer Oberguru" des Thule-Netzes: „Im Juni 1996 übernahm 'Eichenschild' den Auftrag, das rechtsradikale Thulenetz ins Internet zu bringen. Heimlich, still und leise, so ergaben CHIP-Recherchen, wurde am 27. Juni 1996 beim kanadischen Web-Seiten-Discounter 'ICA Canada Online, Inc.' in Toronto die neue Internet-Domain des Thulenetzes *(Thulenet.com)* eingerichtet. Als Inhaber firmiert in Kanada die Münchner Mailbox 'Janus Kommunikation'. Verantwortlicher Administrator, so fand CHIP heraus, ist Ralf Kottcke. Das belegt eine sogenannte Whois-Abfrage bei der Internic, der Dachorganisation des Internet, bei der alle Web-Angebote registriert werden. Dabei stellte sich außerdem heraus, daß der Redakteur dort ganz offiziell mit seiner beruflichen E-Mail-Adresse eingetragen ist. (...) Als Software-Redakteur in der „Amiga"-Redaktion des Münchner Computerzeitschriften-Verlags MagnaMedia 3 hatte er einen verlagseigenen Zugang zum Internet. Ein E-Mail-Account 4 beim MagnaMedia Verlag dient als Kontaktadresse für das Thulenetz. (...)

Interessierte, die mit dem Betreiber der Thulenet-Domain via Internet Kontakt aufnahmen, landeten also nicht in einem E-Mail-Postfach des braunen Sumpfes, sondern auf dem Netzsurfer des MagnaMedia Verlags. In welchem Ausmaß der Münchner Computer-Verlag für die Internet-Aktivitäten der Neonazis genutzt wurde, ist unklar. Doch die Frage drängt sich förmlich auf, ob nicht seit einem halben Jahr das neonazistische Thule-Internet-Angebot heimlich über den Account des MagnaMedia Verlags gewartet wurde.

Bei MagnaMedia herrscht Betroffenheit: 'Wir distanzieren uns total von solchen Aktivitäten', erklärte der Vorstandsvorsitzende des MagnaMedia Verlags, Carl-Franz von Quadt, gegenüber CHIP. Nachdem man Mitte Dezember 1996 auf die Neonazi-Aktivitäten aufmerksam geworden sei, habe man den rechtsradikalen Redakteur noch am selben Tag entlassen. Quadt: 'Keiner hat bei MagnaMedia wirklich etwas vom Treiben des Redakteurs gewußt.'

Daß niemandem das doppelte Spiel des Redakteurs aufgefallen sein soll, scheint zweifelhaft: Ehemalige Verlagsmitarbeiter äußerten gegenüber CHIP, daß sie schon vor zwei Jahren auf den Neonazi bei 'Amiga' aufmerksam geworden seien. Kottcke soll damals unter anderem durch ausländerfeindliche Plakate in seinem Büro aufgefallen sein." (zitiert nach CHIP 3/97)

Bernhard Schmid

Frankreich: Widerstand gegen den Front National

Am 2. und 9. Februar diesen Jahres fuhr der im Front National (FN) organisierte französische Neofaschismus seinen bisher größten Triumph ein: mit 52,5 Prozent im zweiten Wahlgang eroberte die LePen-Partei ihr viertes Rathaus, und dies erstmals mit der absoluten Mehrheit. Die Städte Toulon, Orange und Marignane waren 1995 „nur" mit relativen Mehrheiten um 36 Prozent an den FN gefallen, nachdem bei den Stichwahlen eine Dreieckskonstellation aus Sozialisten, Faschisten und Bürgerlichen sich gegenüberstand. Wer aber, so fragt man sich angesichts der jüngsten Ausmasse der FN-Erfolge, stellt sich dem Front National heute entschlossen entgegen?

Die wohl prominenteste, aus der Gegnerschaft zum Aufstieg des Front National geborene Organisation ist SOS Racisme, deren Symbol - die geöffnete gelbe Hand mit dem Slogan „Ne touche pas á mon pote!" (Rühr meinen Kumpel nicht an) - auch in Deutschland eine hohen Bekanntsheitsgrad hat. SOS Racisme hatte ihre große Zeit Mitte der 80er Jahre, als sie - eine Reaktion auf die ersten Durchbrüche des FN bei Wahlen (1983/84) - hunderttausende Jugendliche mobilisieren konnte, für die die gelbe Hand ihre Hoffnung auf eine nicht-rassistische, nicht-diskriminierende, solidarische Zukunft symbolisierte.

Doch im Rückblick - vor allem hinter die Kulissen - ist nicht alles Gold, was glänzt. Tatsächlich war SOS Racisme zu jener Zeit hauptsächlich mit Geld und Unterstützung aus dem Elysée-Palast, also dem Präsidentenamt unter **Francois Mitterrand** aufgebaut worden. Für Mitterrand spielte die Organisation ebenso eine Rolle in seinem Machtspiel wie auf der anderen Seite der FN. **Jean-Marie LePen**, so berechnete der sozialistische Präsident damals, sei für die regierenden Sozialisten von Nutzen, um das Wählerpotential der Rechten zu spalten und das konservative Lager zu schwächen - eine krasse Fehlkalkulation, die ihn dazu brachte, 1982/83 das staatliche Fernsehen anzuweisen, LePen einzuladen, und aufgrund derer die Sozialisten 1985 das Wahlrecht änderten, um dem Front National den Einzug ins Parlament (der ihm 1986 auch gelang) zu ermöglichen. Die Empörung über den gesellschaftlichen Durchbruch des Rassismus und das Aufbegehren der „Beurs", der arabischstämmigen Immigrantenjugend (die damals noch überwiegend gleiche Rechte in der französischen Gesellschaft forderte - während heute ein größer werdender Teil sich resigniert von dieser Perspektive ab- und einer islamisch-fundamentalistischen „Identität" zuwendet) versuchte Mitterrand zugleich für die regierende Linke nutzbar zu machen.

1985/86 veranstaltete SOS Racisme große Konzerte mit hunderttausenden Teilnehmern; mangels weiterer Perspektiven des konkreten Kampfes gegen Rassismus und Faschismus lief ihr Publikum jedoch in den folgenden Jahren weitgehend wieder auseinander. Zunehmend wuchs die Organisation in eine Logik der staatstragenden Politikapparate hinein; an einem Essen zum zehnjährigen Bestehen der Organisation nahm Staatspräsident Mitterrand 1993 persönlich teil. Ihr prominenter Präsident aus den 80er Jahren, Harlem Désir, ist heute Parteisekretär der Sozialisten ... Entsprechend entwikkelte sich auch die politische Perspektive der „Bewegung": heute hauptsächlich existierend, um einen kleinen Apparat von Hauptamtlichen aufrechtzuerhalten, sucht sie ihre Legitimation aus einer Rolle als (alleiniger berechtigter) Vermittler zwischen dem Staat und den Interessen von Rassismusopfern und Immigranten zu ziehen. Von der Bewegung der „Sans papiers" (Immigranten ohne Aufenthaltspapiere), die im Frühjahr 1996 mit der Besetzung der Pariser Kirche Saint Ambroise begann, distanzierte sich Fodé Sylla (der aktuelle SOS -Präsident), weil die „Illegalen" von „Splittergruppen" mißbraucht würden, um „Agitation zu betreiben" - und fiel den „illegalen" Immigranten, die um Papiere für den Aufenthalt im Land kämpften, in der öffentlichen Meinung voll in den Rücken. Im November 96 sprach Fodé Sylla sich darüber hinaus für eine „reglementierte Einwanderung" über „Quoten und Kontingente" aus. Der nächste Kongreß wird im März 97 darüber, und über die Widerstände von Teilen der Basis dagegen, debattieren. Auf Demonstrationen zugunsten der „Sans papiers" kam es in jüngster Zeit wegen der durch SOS übernommenen Rolle wiederholt zu militanten Zusammenstößen zwischen SOS- und anarchistischen Demonstranten.

Im Jahr 1990, nach dem landesweiten Skandal um die (von fünf jungen Neonazis verübte) Schändung des jüdischen Friedhofs im südfranzösischen Carpentras, veröffentlichten Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten einen „Appell der 260", in dem festgestellt wurde, es sei „höchste Zeit, den Faschismus zu bekämpfen". Daraus entwickelte sich das Netzwerk antifaschistischer Gruppen unter dem Namen „Ras Le Front" (sprich „Rallfron"; der Name bedeutet in etwa „Schnauze voll vom Front National"), kurz RLF. Auf „Ras Le Front" gehen einige spektakuläre und von den Medien gut vermittelte Aktionen zurück wie das Transparent vom 1. Mai 1995, das während der alljährlichen 1. Mai-Demonstration des FN (zu Ehren der „Nationalheiligen" Jeanne d'Arc) direkt über dem Kopf des Redners Jean Marie LePen von der Pariser Oper hinuntergelassen wurde, oder das Blockieren des vom FN gecharterten „Zuges der Wahrheit" am 11.11.1995. Damals waren die Rechtsextremen auf dem Weg nach Carpentras (die Friedhofsschändung war damals noch nicht aufgeklärt, die Täter wurden erst am 31. Juli 1996 verhaftet), um dort eine angebliche „Staatslüge" zu Ungunsten der extremen Rechten anzuklagen. Das Blockieren der Gleise durch RLF-Aktivisten ließ den Zug jedoch anderthalb Stunden in einem Pariser Vorort stillstehen.

Neben solch spektakulären Aktivitäten setzt RLF jedoch vor allem auf eine Strategie der Vernetzung von Initiativen und Bewegungen in den unterschiedlichsten Bereichen. Da die Organisation erklärtermaßen nicht davon ausgeht, daß sie selbst den Front National „schlagen" oder zurückdrängen können wird, strebt sie danach, auf dem von diesem beackerten gesellschaftlichen Terrain antifaschistische Abwehrkräfte zu entwickeln und zu verstärken. Dies gilt etwa für den gewerkschaftlichen Bereich, wo RLF einen „Appell von Gewerkschaftern gegen den Faschismus" initiiert hat und mit den verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen ins Gespräch zu kommen versucht. Am 1. März 97 wird auf diese Initiative hin eine Konferenz von Gewerkschaftern gegen die extreme Rechte in Paris stattfinden. Ähnlich arbeitet RLF mit sozialen Bewegungen im Bereich von Wohnungslosen, Frauen etc. zusammen. Monatlich (bis zweimonatlich) erscheint eine gleichnamige Zeitung mit rund 20 Seiten (bisher 42 Nummern), welche die jeweils neuesten Entwicklungen der extremen Rechten unter die Lupe nimmt.



Die Wahlsiegerin von Vitrolles, Catherine Mégret (rechts), und ihr Mann im Hintergrund, der FN-Chefideologe Bruno Mégret

RLF sieht sich als allen antifaschistischen politischen Strömungen offenstehend, jedoch sind Mitglieder der linken Organisation Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) in stärkerem Maße in ihr aktiv.

Neben RLF am aktivsten ist die Gruppe

SCALP (der Name steht für „Sections Carré-ment Anti-LePen", ungefähr: „Abteilungen, die glatt gegen LePen sind"). Diese am stärksten in Südfrankreich verankerte Gruppe übt eine stärkere Anziehungskraft auf Jugendliche aus, die den Faschisten direkt - mitunter militant - entgegentreten wollen, und versucht auch die Jugend der ghettoisierten Vorstädte (Banlieues) zu mobilisieren. SCALP sind mit der anarchistischen Gruppe REFLEX verbunden, die in soziale Bewegungen (wie 1995 an den Universitäten) eingreift, dabei allerdings stark Themen wie „den Polizeistaat" (1995 ausgedruckt durch „Vichy-pirate" für den auf die Bombenattentate folgenden Notstandsplan Vigipirate) in den Vordergrund rückt und dadurch einen minoritären Pol von stark politisierten und radikalisierten Kräften bildet. SCALP-REFLEX werden stärker mit der „direkten Aktion" auf der Straße identifiziert, geben jedoch auch eine gleichnamige Zeitschrift heraus, in der etwa ein Thema wie der Pangermanismus (rund um den „Verein für das Deutschtum im Ausland") - ein ansonsten in Frankreich so gut wie nicht wahrgenommenes Thema - Raum fand.

Die größeren Linksparteien (u.a. Sozialisten, Kommunisten, Grüne, Linksliberale) haben sich im September 96 auf die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Bekämpfung der extremen Rechten geeinigt. Bei der zweiten Sitzung im November wurde der Kreis um die Gewerkschaften sowie Kräfte der radikalen Linken (die Trotzkisten der LCR) erweitert. Da die betroffenen Großorganisationen häufig schwerfällige Apparate darstellen, bleiben konkrete Ergebnisse dieser Koordinierungsbemühungen abzuwarten; anvisiert ist eine gemeinsame Großdemonstration gegen den Front National.

Neben den aufgezählten Organisationen existieren noch eine Reihe antirassistischer Organisationen wie MRAP (Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft) oder FASTI (Föderation der Initiativen zur Unterstützung für die ausländischen Arbeiter), die nicht speziell dem politischen Kampf gegen die extreme Rechte, sondern allgemeiner Arbeit gegen den Rassismus sowie Beratungstätigkeit für Immigranten gewidmet sind.

Eine weitere Organisation auf dem Feld des Kampfs gegen den FN ist das „Manifeste contre le Front National" (Manifest gegen den FN), das seit kurzem auf den Plan tritt und am 7. Dezember 96 in Paris eine Großveranstaltung mit 1.000 Jugendlichen, Schülern und Studenten durchführte. Das „Manifest" tritt in jüngster Zeit verstärkt an Universitäten auf und will für die 1998 anstehenden Parlamentswahlen 50 Wahlkreise auswählen, in denen es eine gezielte Aktivität gegen den FN „auf dem Terrain" entfalten will. Die Gründung des „Manifests" geht auf den sozialistischen Abgeordneten Jean-Christophe Cambadélis zurück, mit dessen Abgeordnetenbüro im 19. Pariser Bezirk, es sein Büro teilt.

Olaf Goebel

Die Fosse Ardeatine

Ein Stück faschistischer Vergangenheit, Geschichte und Gegenwart

Die Ereignisse an und um die Fosse Ardeatine in Italien zeigen beispielhaft, wie die SS Verbrechen verübte und wie die deutsche und die italienische Justiz nach 1945 mit diesen Verbrechern umging und noch umgeht; welche Wege die Täter nach 1945 gehen konnten und wer ihnen dabei half und wie sich die Neonaziszene auch heute noch auf diese Verbrechen beruft. Die Fosse Ardeatine ist ein historischer Ort, an dem die Geschichte auf die Gegenwart trifft.

Die Fosse Ardeatine

Am 23. März 1944 explodierte eine Bombe kommunistischer Partisanen, als ein Bataillon des deutschen Polizeiregiments „Bozen" durch die Via Rosella in Rom marschierte. Unter den Toten befanden sich 32 Südtiroler Polizisten, zehn Polizisten blieben schwerverletzt liegen. Hitler befahl telefonisch direkte Vergeltung. Für die deutschen Besatzer galt ein Befehl, daß für jeden durch sogenannte „Banden", wie die Partisanen bezeichnet wurden, getöteten deutschen Soldaten, zehn italienische Partisanen zu töten seien. In diesem Fall also insgesamt 320. Die Aufgabe der Ermordungsaktion übernahm SS-Obersturmbannführer **Herbert Kappler**, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Rom. Ein Mann der während seiner Dienstzeit „fast alle wichtigen Partisanenbrigaden aufzurollen" imstande gewesen war, wie ihm seine Frau bescheinigte. Kapplers Aufgabe war es auch diesmal die Opfer auszusuchen und erschießen zu lassen. Da inzwischen ein weiterer Polizist seinen Verletzungen erlag, erhöhte Kappler die Zahl der Geiselopfer auf 330. Tatsächlich ließ er am 24. März 1944 in der Fosse Ardeatine, der Ardeatinischen Höhle, 335 Italiener erschießen. Das jüngste der Opfer war erst 14, das älteste 74 Jahre alt. Unter ihnen 70 Juden, die zum Teil erst nachträglich und allein zu dem Zweck festgenommen wurden, um die „benötigte" Anzahl von Geiseln zusammen zu bekommen. Immer noch gilt der Racheakt in den Ardeatinischen Höhlen den meisten Italienern als schlimmstes Symbol der Nazibarbarei. Die Fosse Ardeatine ist heute eine nationale Gedenkstätte.

Herbert Kappler - ein deutscher Mörder in Rom

Kappler war schon lange ein treuer Gefolgsmann des NS-Regimes. Am 23. März 1939 ging bei der Deutschen Botschaft in Rom ein Schreiben des Auswärtigen Amtes ein. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, habe am 10. März folgendes mitgeteilt: „Ich beabsichtige, in den nächsten Tagen den Krim. Kommissar Kappler von der Geheimen Staatspolizei auf unbestimmte Zeit als Verbindungsbeamten zur Italienischen Polizei nach Rom, mit dem Amtssitz bei der Deutschen Botschaft dortselbst, zu entsenden." Am 10. September 1943 übernahm Kappler den Befehl über Sicherheitspolizei und SD in Rom. Für die etwa 8.000 in Rom lebenden Juden bestand fortan höchste Gefahr. Kappler forderte zwei Wochen nach Amtsantritt von der jüdischen Gemeinde die Lieferung von 50 Kilogramm Gold. Bei Nichtablieferung drohte er, 200 Geiseln zu nehmen. Der SS-Mann kassierte das Gold, ließ aber dennoch am 29. September die Adressenkartei der Gemeinde beschlagnahmen. Am 17. Oktober durchkämmten Kapplers Polizisten die Stadt und verhafteten 1.259 Menschen. Kappler meldet am selben Tag per Funkspruch: „Judenaktion heute nach büromäßig bestmöglichst ausgearbeitetem Plan gestartet und abgeschlossen." Er sortierte etliche jüdische „Mischlinge" und in „Mischehe" Lebende aus. Danach blieben 1.007 Juden, die am 18. Oktober abtransportiert wurden. Der Deportationszug erreichte Auschwitz/Birkenau am 23. Oktober. Die Selektion an der Rampe überstanden nur 149 Männer und 47 Frauen, die übrigen wurden sofort vergast.

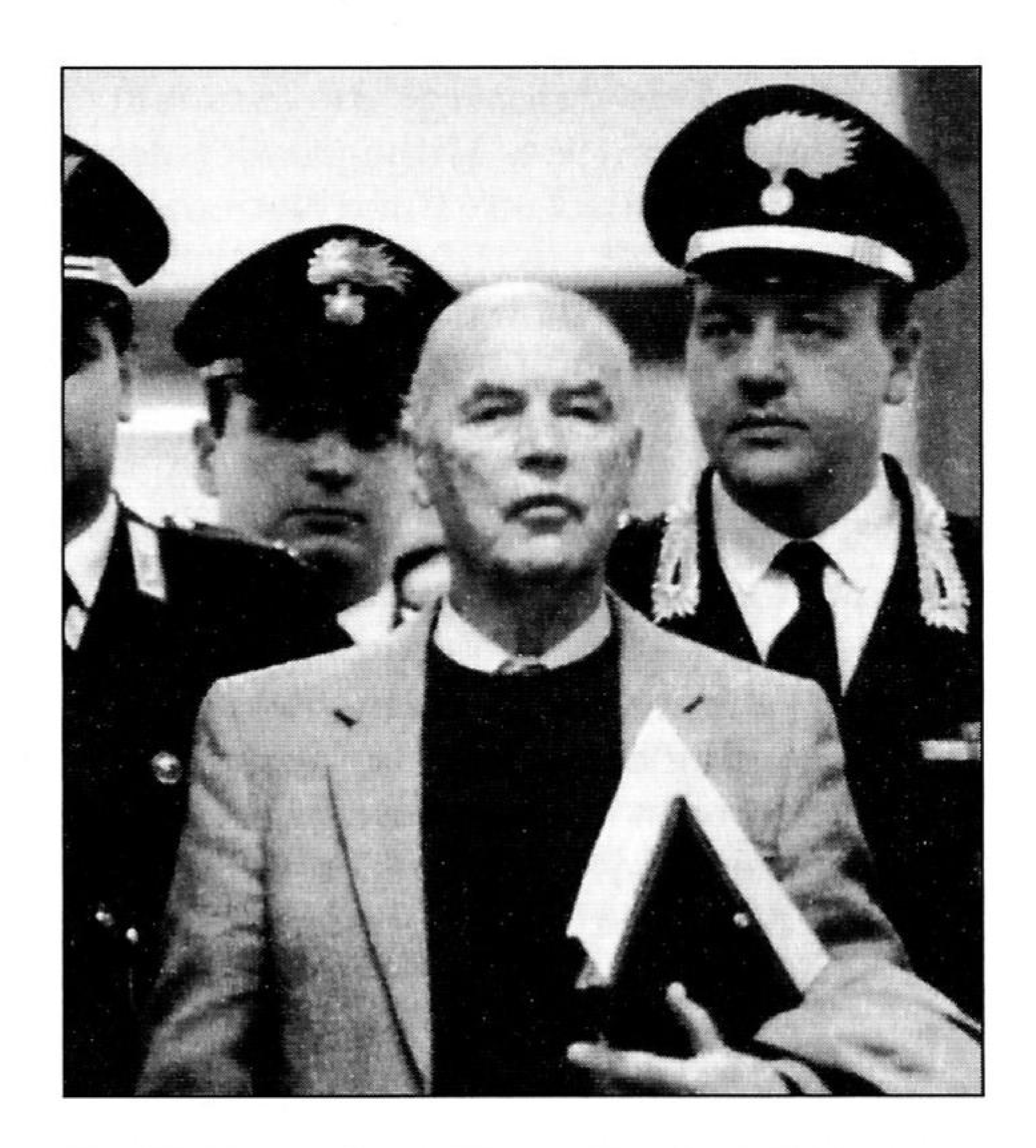
Ein italienisches Militärgericht verurteilte Kappler 1948 wegen der fünf zuviel (!) erschossenen Geiseln zu lebenslänglicher Haft, fünf rangniedrigere SS-Leute kamen frei - mit der Begründung, sie hätten im Befehlsnotstand gehandelt. Das Oberste Militärgericht bestätigt das Urteil 1952. Kappler verbüßte seine Strafe auf der Festung Gaeta. An Magen- und Darmkrebs erkrankt, wurde er 1977 in ein Militärkrankenhaus überführt, aus dem er am 15. August 1977 befreit wurde. Seine Ehefrau Anneliese Kappler, eine schwergewichtige Frau, behauptet, sie habe sich bei der Befreiung gemeinsam mit ihrem Gatten aus 17 Metern Höhe abgeseilt. Wahrscheinlicher ist aber, daß der italienische Geheimdienst die Flucht möglich gemacht hatte: Kappler war zu einer Symbolfigur der Nazi-Herrschaft geworden, so daß sich kein italienischer Politiker zutrauen konnte, den inzwischen Todkranken legal zu entlassen. Während es in Italien zu antideutschen Demonstrationen kam, feierte die deutsche Naziszene die wiedergewonnene Freiheit ihres Vorbildes in Soltau.

Kappler starb wenige Monate später, am 9. Februar 1978. Noch am Grab hebt die Trauergemeinde vereinzelt den rechten Arm zum letzten Gruß.

Erich Priebke - mit Hilfe der Kirche nach Argentinien

Bei der Ermordung der 335 italienischen Zivilisten führte der SS-Hauptsturmführer **Erich Priebke** die Strichliste der Opfer und brachte mindestens zwei von ihnen eigenhändig um. Priebke war der dritthöchste SS-Mann in Italien, die rechte Hand von Herbert Kappler und Mitarbeiter im römischen Gestapo-Büro. Nach Kriegsende lebte Priebke zuerst unbehelligt unter seinem richtigen Namen in Italien, bis er vorübergehend durch die Alliierten inhaftiert

wurde. Mit Hilfe des im Vatikan tätigen österreichischen Bischofs **Alois Hudals** gelangte er über die „Klosterlinie" nach Argentinien, wo er ab 1948 weiter unter richtigem Namen in Bariloche unter zahlreichen Naziflüchtlingen lebte. Italien und Deutschland bereiste er immer wieder, einmal sogar zu einem Landsertreffen. Der



Ex-SS-Hauptsturmführer Erich Priebke

deutschen Botschaft war sein Aufenthaltsort seit spätestens 1952 bekannt, regelmäßig verlängerte man ihm dort seinen deutschen Reisepaß. Die deutsche Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren gegen Priebke 1971 ein, da dessen Aufenthaltsort angeblich nicht zu ermitteln gewesen sei. Priebkes Ruhe wurde erst im Laufe des Jahres 1994 gestört, als der Journalist Joshua Goltz in Bariloche auftauchte und es schaffte, Priebkes Vertrauen zu gewinnen. Goltz war von einem jüdischen Under-Cover-Agenten, der im Auftrag des „Simon-Wiesenthal-Centers" unterwegs war , über den Aufenthaltsort der Männer informiert worden. Priebke, **Wilfried von Oven** (ehemals persönlicher Pressereferent Goebbels) und weitere SS-Offiziere gerieten ins Plaudern und Priebke berichtet vor laufender Kamera von der Geiselerschießung als eine bedauerliche, aber wohl verständliche Aktion. Nach langem hin und her wurde Priebke 1996 in Italien vor Gericht gestellt - und freigesprochen.

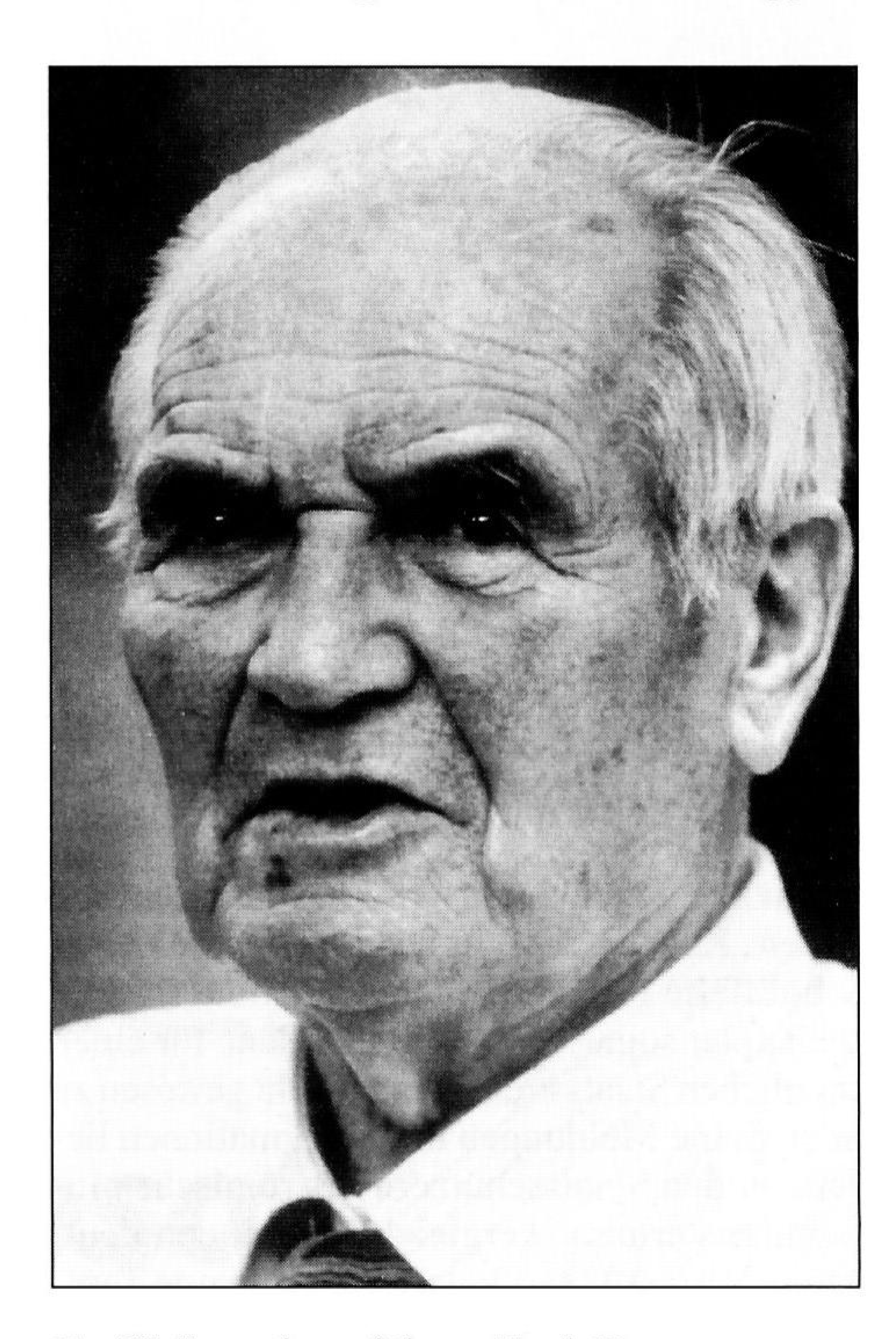
Die römischen Militärrichter begründeten ihr Urteil mit Verweisen auf die Gesetze. Nach italienischem Recht verjähren nur solche Verbrechen nicht, die mit lebenslanger Haft bestraft würden. Die Höchststrafe aber, argumentierten die Richter, könne im Fall Priebke nicht verhängt werden. Zwar sei er der Mittäterschaft an dem Massenmord schuldig, seine Schuld werde aber durch mehrere Umstände gemildert: Er habe Befehlen gehorchen müssen, nur einen „unwesentlichen" Tatbeitrag geleistet und später ein straffreies Leben geführt. Daß die Richter Priebkes Tatbeitrag als „unerheblich" werteten, ist reiner Zynismus. Der Angeklagte, der im Verfahren schwieg, hatte 1946 bei seiner vorübergehenden Internierung durch alliierte Truppen die Ermordung zweier Geiseln gestanden. Von mehreren ehemaligen Opfern wurde er zudem als brutaler Folterer angeklagt, der in der römischen SD-Zentrale in der Via Tasso mit dem Schlagring auf Gefangene einprügelte. Daß es überhaupt zum Prozeß gegen den mordenden SS-Mann kam, ist Priebkes eigene Schuld. Hatte doch die Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Dortmund die Akten, die den SS-Mann als Mörder auswiesen, unbearbeitet und sorgfältig in einem Kellerarchiv eingelagert. Das Kappler-Urteil, das der Zentralstelle zugegangen war, wurde nicht ausgewertet und unübersetzt abgeheftet. Priebke konnte sich in Sicherheit wiegen, mit einer Verfolgung war nicht mehr zu rechnen. Zumal bis in die 70er Jahre ein Leiter in der Staatsanwaltschaft Dortmund tätig gewesen war, der „der SA seit 1933, davon seit 1938 als Rottenführer und dem NS-Rechtswahrerbund (NSRB) ebenfalls seit 1933 angehörte." Der zuständige Generalstaatsanwalt von 1964 bis 1973 war „Mitglied der NSDAP seit 1935, der SA und des NS-Studentenbundes jeweils seit 1931 und des NSRB seit 1933" gewesen. Acht der Staatsanwälte der Zentralstelle haben früher NS-Funktionen gehabt, wie es in einer Antwort des Landesjustizministeriums von Nordrhein-Westfalen an den Landtag vom Juni 1995 heißt. Erst als der SS-Mann in Argentinien ins Plaudern kam, beschloß der Bundesgerichtshof, das Landgericht Dortmund für den Fall für zuständig zu erklären. Jetzt mußten die alten Akten wieder aus dem Keller geholt und ins Deutsche übersetzt werden. Nachdem 25 Jahre nichts unternommen wurde um Priebke zu fassen, entschloß sich die Dortmunder Staatsanwaltschaft nun wegen Mordes ein Verfahren gegen ihn einzuleiten.

Lange zankten sich in Rom die Gerichte um Priebke. Die Militärjustiz wollte die Causa Priebke der zivilen Strafjustiz zuschieben, die aber lehnte dankend ab. Mittendrin stand das Verfassungsgericht, das sich mit Priebke möglicher Auslieferung nach Deutschland zu befassen hatte. In der Bundesrepublik wartete die Dortmunder Staatsanwaltschaft. Mittlerweile wurde entschieden, den Fall erneut vor dem Militärgericht verhandeln zu lassen. Die Nebenkläger, Vertreter der Angehörigen und Nachkommen der Opfer, hatten beantragt, den Berufungsprozeß einem normalen Gericht zu übertragen.

Für die „Deutsche National-Zeitung" des **Gerhard Frey**, Chef der nazistischen DVU, ist der ehemalige SS-Angehörige Priebke das Opfer im „Kesseltreiben einer vor Deutschenhaß kranken Journaille". Priebke selbst sieht sich als das Opfer eines „bösen Spiels" der Juden. Und erst zum Jahreswechsel 1996/97 nahmen etwa 200 Menschen in Rom an einem „Gottesdienst für alle Verfolgten" teil, in dem in erster Linie die Solidarität mit dem inhaftierten SS-Mann im Vordergrund stand. Unter den Teilnehmern des Gottesdienstes befanden sich zahlreiche jugendliche Neofaschisten, die während der Messe wiederholt die Hand zum faschistischen Gruß erhoben.

Karl Hass - Geheimdienstmann und im Kampf gegen den Kommunismus gut zu gebrauchen

Ein weiterer bekannter Mörder von der Fosse Ardeatine heißt **Karl Hass** und ist ein ehemaliger SS-Sturmbannführer. Auch er hatte den Mord an zwei italienischen Geiseln zugegeben. Hass lebte nach 1954 jahrzehntelang unbehelligt in Italien obwohl ihn jeder Streifenpolizist sofort hätte festnehmen müssen. Die Staatsanwaltschaft in Rom suchte Hass „wegen Mittäterschaft bei Gewalttaten und Mord". Daß das alles nicht geschah, hat zum einen mit der alliierten Furcht vor „dem Osten" zu tun. Als das Dritte Reich untergegangen war, löschten alliierte Geheimdienste zahlreiche NS-Funktionäre aus den Archiven, die sie im Kampf gegen den allgegenwärtigen Kommunismus als willfährige Werkzeuge gebrauchen konnten. Da störte auch nicht, daß viele offiziell als Kriegsverbrecher gesucht wurden. Hass stand nacheinander auf der Soldliste eines hitlerdeutschen, eines amerikanischen und eines italienischen Nachrichtendienstes. Dem bundesdeutschen „Amt Blank", Vorläufer des Verteidigungsministeriums, diente er kurzzeitig als eine Art Verbindungsmann zwischen Rom und Bonn. Aufgefallen war Hass dem amerikanischen Geheimdienst OSS (Vorläufer der CIA) schon während des Krieges. Hass, der unter Kappler



Ex-SS-Sturmbannführer Karl Hass

in Rom arbeitete, bekam nach der Landung der Alliierten in Italien den Auftrag, in Parma eine SD-Spezialeinheit aufzubauen, die Hass „Ida" taufte. „Ida" organisierte Sabotageakte, schleuste Agenten durch feindliches Terrain und kommunizierte über Ultrakurzwelle mit Zuträgern, die sich im befreiten Rom versteckt hielten. Heute nennt Hass „Ida" einen Fehlschlag.

Seine alliierten Gegenspieler aber waren da ganz anderer Ansicht, vor allem ein gewisser **James Jesus Angleton**, damals Abwehrchef des OSS in Italien, dessen Karriere ihn an die Spitze der CIA führte. Angleton interessierte sich sehr für „Ida" und später auch dafür, daß seine „top secret"-Berichte über „Ida" wieder aus den Akten verschwanden.

In der Anfangszeit nach 1945 halfen Hass die Faschisten **Giorgio Almirante** und **Pino Romualdi**, beide Gründer der neofaschistischen Partei MSI (Movimento Sociale Italiano), mit falschen Papieren weiter. Er selbst betreute in jener Zeit Nazis, die via Rom und

Genua nach Südamerika fliehen wollten und arbeitete in dem Kloster Ascoli Piceno als Lehrer. Am 21. Oktober 1947 schrieb ihn Staatsanwalt Russell O. Pettibone, Mitarbeiter der „Abteilung Kriegsverbrecher" beim US-Hauptquartier in Osterreich, zur Fahndung aus. Nur ein paar Tage später bekam Hass unerwarteten Besuch. Ein Mitarbeiter des CIC, der Spionageabwehr der US-Armee, machte dem gesuchten Kriegsverbrecher ein Angebot. Der Mann erklärte ihm, daß man „jetzt einen gemeinsamen Kampf" gegen „den internationalen Kommunismus" führe und seine Hilfe gebraucht werde. Im das Frühjahr 1948 waren die ersten Parlamentswahlen in Italien angesetzt und ein Sieg der Kommunisten galt als wahrscheinlich. Von US-Präsident Truman war der Weg zum



Peter Naumann - auch bekannt als „Bombenhirn des deutschen Neofaschismus"

Kreuzzug gegen den Kommunismus, der Weg in den „Kalten Krieg" freigegeben worden. Hass schnüffelte fortan Kommunisten hinterher. Er behauptet sogar, damals in die Pläne für einen möglichen Staatsstreich eingeweiht gewesen zu sein. Seine Meldungen und Informationen lieferte er den Staatsschützern des römischen Innenministeriums, vergleichbar mit den deutschen Verfassungsschützern. Er trug nun Tarnpapiere - auf den Namen **Giustini**. Seine Arbeit beim Geheimdienst endete 1953. Danach arbeitete er u.a. als Schauspieler, wo er auch SS oder SA Männer spielte. Im Februar 1962 stellte der Militärstaatsanwalt in Rom die Suche nach Hass ein - Begründung: „Bezüglich der Identifizierung und Ergreifung des Angeklagten" sei seine Arbeit „erfolglos" gewesen. Zum anderen war man auch in Italien scheinbar nicht übereifrig gewesen, was die Verfolgung von NS-Verbrechern angeht. Hunderte von Akten in englischer Sprache liegen seit Ende der vierziger Jahre unübersetzt in den Archiven italienischer Staatsanwaltschaften. Sie hätten schon längst zur Ermittlung weiterer Naziverbrecher herangezogen werden können, doch auch in Italien fehlte dazu der politische Wille. Der israelische Historiker Tom Segev („Die siebte Million") bezweifelt generell den Sinn weiterer Nazi-Prozesse. Die Ära des Nürnberger Tribunals und des Eichmann-Prozesses sei endgültig vorbei, erklärte er, weitere Prozesse würden mehr Schaden als Nutzen bringen. Die Erledigung noch offener Verfahren würde Tom Segev lieber bewaffneten Spezialisten übertragen. Zu der Zeit, als die italienische Militärstaatsanwaltschaft die Akte Hass schloß, arbeitete dieser unter Realnamen „als Protokoll- und Rechnungsführer" in Italien für den Umbettungsdienst der Deutschen Kriegsgräberfürsorge.

Im selben Jahr betrieb Hass auch seine Wiederauferstehung von den Toten. Per Amtsgericht Berlin-Charlottenburg wurde mitgeteilt, daß die zehn Jahre zuvor ergangene Todesbescheinigung aufgehoben wird, „da der Genannte noch lebt". Hass meldete in Deutschland Rentenansprüche an. Die Außenstelle Kornelimünster des Koblenzer Bundesarchivs, in der Zehntausende von Nazi-Personalakten gelagert sind, bestätigte ihm 1976, als „hauptamtlicher Führer der allgemeinen SS geführt" worden zu sein. Mitte der 80er Jahre verzieht Hass in die Schweiz, um seinen Lebensabend zu genießen, bis dieser durch Priebkes Aussagen gestört wurde.

Peter Naumann - der zweite Racheakt gegen den antifaschistischen Widerstand

34 Jahre nach dem Massenmord an der Fosse Ardeatine, am 30. August 1978, zerstört eine Explosion Teile der Gedenkstätte für die Opfer. Als Täter wird fast zehn Jahre später das „Bombenhirn" der rechten Szene, **Peter Naumann** aus Wiesbaden, verurteilt. Naumanns Name ist auch in jüngster Zeit immer wieder in der Öffentlichkeit genannt worden. Im August 1995 hatte er Presse und BKA zu Erddepots geführt, die mit Waffen und Sprengstoff gefüllt waren. (siehe auch DRR Nr. 37)

Naumann war seit 1972 Vorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Wiesbaden, ab 1973 Mitglied der JN-Bundesführung und 1976 ihr Bundesvorsitzender. Von 1981 bis 1984 hatte er das Amt des kommissarischen Vorsitzenden des Kreisverbandes der NPD Wiesbaden inne und war danach stellvertretender Vorsitzender der Partei. 1982 verabredete sich Naumann mit **Walter Kexel** und **Odfried Hepp**, Mitgliedern der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschland" (VSBD), den greisen Kriegsverbrecher **Rudolf Hess** zu befreien. Die drei militanten Faschisten planten den Spanndauer Knast zu sprengen und nahmen die Tötung von Wachsoldaten dabei in Kauf. Zur Tat kam es nie, ideologische Probleme verhinderten eine weitere Zusammenarbeit. (siehe auch DRR Nr. 34)

Als 1987 der BKA- und Stasi-Doppelagent Hepp nach langjähriger Illegalität in Paris verhaftet wurde, packte er aus. Seine Aussagen belasteten Naumann schwer und fast zehn Jahre zurückliegende Taten konnten geahndet werden. Am 6. Oktober 1987 wurde Naumann verhaftet und wegen verschiedener Delikte, u.a. wegen des Sprengstoffanschlags auf die Denkmalanlagen der Fosse Ardeatine, zu 4½ Jahren Strafe verurteilt.

Der frühere SS-Hauptsturmführer Erich Priebke äußerte, daß er einem deutschen Gericht mehr vertraue, als einem italienischen. Ex-Sturmbannführer Hass sieht das genau umgekehrt. Daß die Gerichtsverhandlungen mit Schuldsprüchen enden werden, gilt als sicher. Daß die beiden die Strafe nicht verbüßen müssen, davon kann ausgegangen werden. Das wäre ja auch ungerecht, sie wären die ersten...

Ex-NPD-Chef Mußgnug tot

Der langjährige NPD-Bundesvorsitzende **Martin Mußgnug** starb am 2. Februar in der südwürttembergischen Kreisstadt Tuttlingen. Mußgnug erlag den Folgen eines schweren Herzinfarktes zwanzig Tage vor seinem 61. Geburtstag. Der damalige Jurastudent Mußgnug war 1956 Mitbegründer des rechtsextremistischen „Bund Nationaler Studenten" (BNS) in Heidelberg. Anfang der 60er Jahre war Mußgnug bei der „Deutschen Reichspartei" (DRP) aktiv, die im November 1964 in der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) aufging. Im September 1968 wurde Mußgnug als frischgekürter NPD-Landesvorsitzender in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt, dem er bis 1972 angehörte. Die NPD erreichte 1968 mit 9,8 Prozent im Südwest-Staat ihren parlamentarischen Höhepunkt. 1970 wurde Mußgnug zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden gewählt. Im darauffolgenden Jahr übernahm er im November nach dem Rücktritt **Adolf von Thaddens** den Bundesvorsitz der „Nationaldemokraten". Für knapp zwei Jahrzehnte führte Mußgnug die NPD, ohne allerdings an die Erfolge der 60er Jahre anknüpfen zu können. Nach dem Mißerfolg der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 (bundesweites NPD-Ergebnis: rund 145.000 Stimmen bzw. 0,3 %) trat der Rechtsanwalt Mußgnug vom Amt des Bundesvorsitzenden zurück. Auf ihn folgte 1991 der inzwischen inhaftierte ehemalige Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten", der 57jährige **Günter Deckert**. In der Folge schloß sich Mußgnug der neugegründeten „Deutschen Allianz" bzw. „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) an. Zuletzt war er als Leiter der Rechtsabteilung Mitglied des DLVH-Parteipräsidiums und Beisitzer im baden-württembergischen Landesvorstand. Mußgnug war seit 1963 als Rechtsanwalt in Tuttlingen tätig und lange Zeit auf lokaler Ebene, zuletzt als Stadtrat, aktiv.

Alterserscheinungen?

Dr. **Walter Staffa** (79), Ehrenvorsitzender des revanchistischen „Witikobundes", hat sein Mandat im Nürtinger Gemeinderat niedergelegt. Der Allgemeinmediziner Staffa gehörte 37 Jahre dem kommunalen Gremium in der württembergischen Hölderlinstadt an. Zuletzt war er Fraktionsvorsitzender der Wählervereinigung „Unabhängige Freie Bürger" (UFB/FWV). Im Rahmen der Jahrestagung des „Witikobundes" in Naumburg/Saale im September 1996 reichte Staffa, nach sechs Jahren im Amt, den Vorsitz an den ehemaligen REP-Funktionär **Horst Rudolf Übelakker** (60), seinen bisherigen Stellvertreter, weiter. Auf Anregung Übelackers wurde Staffa Ehrenvorsitzender des 1948 gegründeten „Witikobundes".

Gaby Bertram

Nazis gegen Obdachlose

In den frühen Morgenstunden des 22. August 1996, nur wenige Tage nach dem „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" in Worms schlugen 4 Naziskinheads in Bielefeld einen obdachlosen Mann zusammen. Sie verletzten das Opfer dabei so schwer, daß der heute 50 jährige Mann lebenslang ein Pflegefall und arbeitsunfähig bleiben wird. Aufgrund der schweren Schädel-Hirn Verletzungen verlor er Großteile seines Gedächnisses, Magen und Milz mußten aufgrund der Schläge entfernt werden. Heute lebt der Mann, der nach der Tat drei Wochen im Koma lag, in einem Heim.

Am 17.2.1996 verhandelte das Schöffengericht Bielefeld gegen drei der Täter. Das Verfahren gegen den Vierten findet in Hannover statt. Zumindest einige der Täter, nämlich **Daniel Matthias**, **Michael Spalke**, **Michael Schönborn** (alle Hannover) und **Rene Burandt** (Bielefeld) sind seit Jahren als Aktivisten der organisierten Szene bekannt, nahmen auch teilweise am Hess-Gedenkmarsch 96 teil.

Schon seit Tagen hatten sie in der Wohnung der ebenfalls einschlägig bekannten **Melanie Baronfeind** in Bielefeld getrunken, als sie am Abend des 21.8.96 zu einer Tankstelle Bier holen gingen. Dabei wurden sie von der Polizei kontrolliert und diverse Waffen bei ihnen beschlagnahmt. Bei einer späteren polizeilichen Vernehmung gab Spalke an, sie wollten einen Punk oder Autonomen „aufmischen". Gegen 5.00 Uhr finden zwei der Täter den schlafenden Obdachlosen. Nach ihren Aussagen kommt es zu einem Streit und sie werden angegriffen. Michael Schönborn bekommt angeblich eine Beule, da er sich dies nicht gefallen lassen wollte. Dann ging er mit Spalke nochmals zum Opfer, Burandt und Matthias folgten. Daraufhin wurde das Opfer halbtotgeschlagen und liegengelassen. Danach gingen die Täter zum Polizeipräsidium um ihre Waffen abzuholen. Die Quittung unterschrieb Burandt mit „A. Hitler", was dazu führte, daß die Waffen einbehalten wurden. Die Täter gingen daraufhin schlafen und wurden am Morgen von der Polizei geweckt und verhaftet.

Hatten die Täter in der ersten Vernehmung noch ausgesagt, alle wären beteiligt gewesen, behaupteten Burandt und Matthias im Prozeß, sie hätten den Haupttäter Schönborn vom Opfer weggezogen oder dies zumindest versucht. Dabei könnten sie dann auch mit dem Opfer in Berührung gekommen sein. Bei dieser Vernehmung äußerte sich einer der Täter äbfällig über das Opfer, dieses habe rumgelegen und gestunken.

Daß politische Hintergründe und die ideologische Einstellung der Täter Grund für das Zusammenschlagen sein könnten, kommt im Prozeß fast nicht zur Sprache. Obwohl es in den letzten Monaten mehrfach zu Angriffen auf Obdachlose von Nazis kam und Obdachlose im Nationalsozialismus als „Asoziale" also „Volksschädlinge" betitelt und verfolgt wurden, spielte die politische Einstellung der Täter als Motiv keine Rolle.

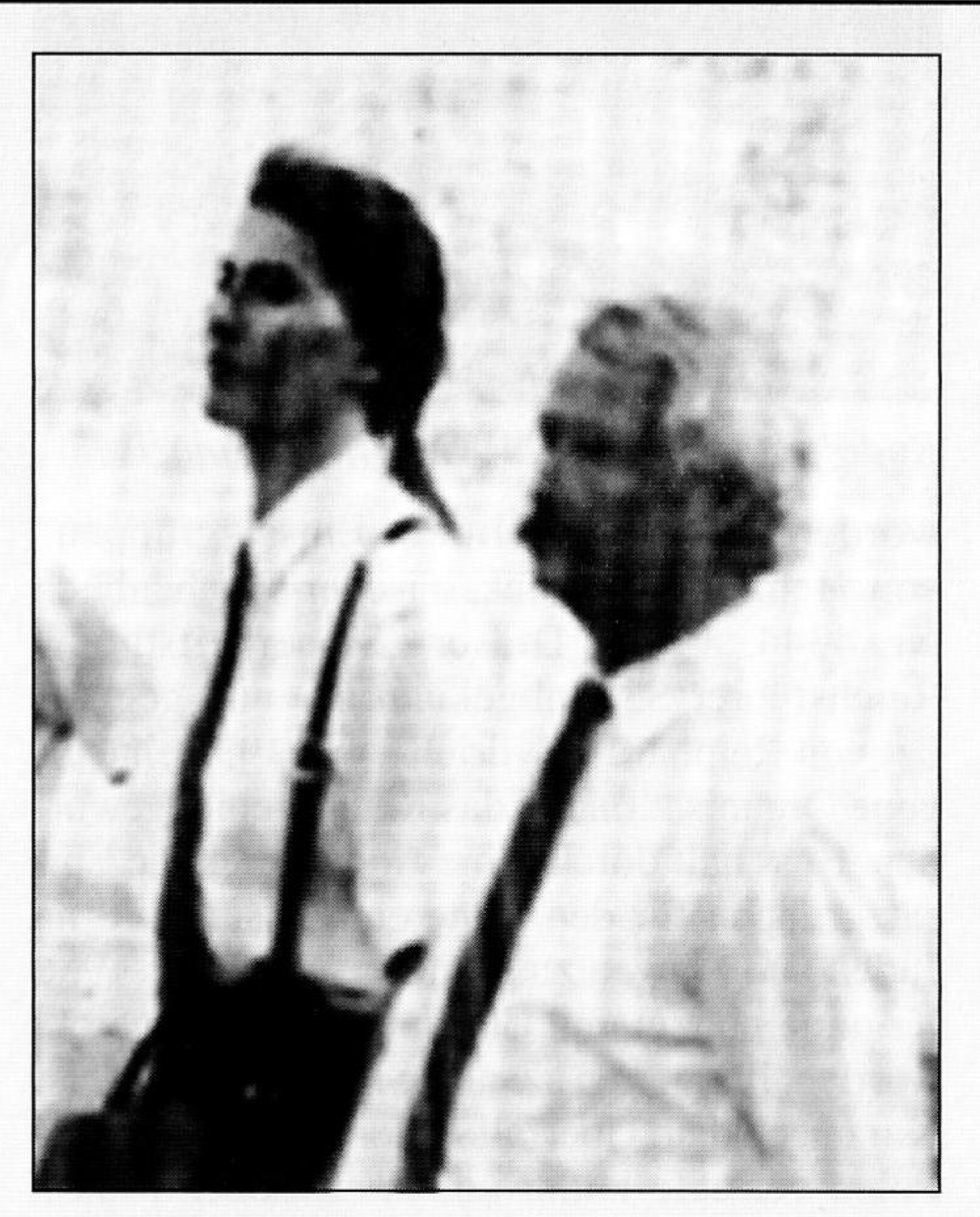
In ihren Aussagen einigten sich die Angeklagten auf den heranwachsenden Michael Schönborn als Haupttäter. Gegen diesen wird wegen versuchten Totschlags und scheinbar auch wegen anderer Delikte in Hannover verhandelt. So konnte Burandt und Matthias die Tatbeteiligung nicht konkret nachgewiesen werden. Sie wurden wegen unterlassener Hilfeleistung zu acht Monaten mit Bewährung (Burandt) und elf Monaten ohne Bewährung (Matthias) verurteilt. Michael Spalke wurde wegen schwerer Körperverletzung zu 2 Jahren und acht Monaten verurteilt.

Milde Urteile - vielleicht haben die Nazi-Skinheads ja nur etwas grob getan, was im Moment allerortens gang und gäbe ist. Nämlich Obdachlose, Drogenabhängige, Punks und sonstige Personen, die als den chrom- und mamorglänzenden Innenstädten abträglich angesehen werden, zu vertreiben und zu verfolgen. Daß die Polizei zumindest teilweise auf dem rechten Auge blind ist, bewiesen die im Prozeß anwesenden Beamten. Die als Zeugin geladene Melanie Baronfeind erschien in einer Bomberjakke, auf der nicht nur die Aufschrift „Blood and Honour - Deutschland" zu lesen war, sondern die auch das verbotene „Gauabzeichen" des Gaus „Ostwestfalen-Lippe" zierte.

Anti-Antifa

Im Vorfeld der geplanten „Münstermann-Marsches" in Aschaffenburg hat **Nicole Nowicki** versucht, über ein offenes Plenum Informationen über antifaschistische Gegenaktionen zu bekommen. Die aus Recklinghausen stammende Nowicki war Herausgeberin des Skinhead-Fanzines „Volkstreue" und zugleich Leiterin der deutschen Sektion der „Women for Aryan Unity" (WAU). Diese Gruppe war vom Ku-Klux-Klan als Frauenorganisation für die Gruppe „Aryan Resistance Movement" aufgebaut worden. Beide Gruppen sollen Einfluß auf die Skin- bzw. Boneheadszene nehmen und diese mit neonazistischem Denken beeinflussen. Seit langem sind die Gruppen auch in Europa und der BRD aktiv. Nowicki's Fanzine „Volkstreue" war durch ihre NS-Orientierung eine Ausnahme unter den Skinzines. Mittels Artikeln über NS-Ideologie sollte es einer Schulung der neonazistischen Skinheadszene dienen.

Den Auftrag für die Anti-Antifa Arbeit hatte Nowicki vom „Deutschen Freundeskreis Franken" erhalten. Über die Beteiligung an einem Bündnistreffen, auf dem sich AntifaschistInnen aus verschiedenen Spektren für ihre Gegenaktionen koordinierten, versuchte Nowicki insbesondere Informationen über autonome AntifaschistInnen zu bekommen.



Nicole Nowicki, gemeinsam mit Wolfgang Juchem beim Hess-Marsch in Fulda

Roeder gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg"

In seinem neuesten Rundschreiben kündigt der 67jährige **Manfred Roeder** an, auch 1997 seine rechtsextremistische Propaganda fortzusetzen. Zum einen will Roeder seine „95 Thesen zum Lutherjahr" nach dem Auslaufen des Jubiläumsjahres (450. Todestag von Martin Luther) nun anläßlich des 500. Geburtstages des Reformators Philipp Melanchthon weiter vertreiben. Eine Übersetzung ins Japanische organisierte der 69jährige deutsch-US-amerikanische Revisionist **Hans Schmidt**. Geplant ist außerdem, so Roeder in der neuesten Ausgabe seines periodisch erscheinenden Rundbriefes, den Text ins Russische zu übersetzen. Daneben möchte Roeder seine Agitation gegen die renommierte Wehrmachtsausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" fortführen. Der ehemalige Rechtsanwalt Roeder diffamiert die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung als „stalinistische Greuelpropaganda". Derzeit wird die Ausstellung in Karlsruhe gezeigt. Danach soll sie in München, Bremen und Marburg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wegen seines Auftrittes im Erfurter Gewerkschaftshaus vom vergangenen Juni wird am 17. März vor dem Erfurter Landgericht gegen den rechtsextremen Ex-Juristen verhandelt. Roeder hatte zusammen mit seinem Gesinnungsfreund **Hans Peter Siemes** die Wehrmachtsausstellung beschädigt. Bei 15 Schautafeln hatten Roeder und Siemes „Lüge" und „Hetze" auf Photos und Texte geschmiert.

Kurt Bachmann

Zum Hess-Porträt im Fernsehen

Die Sender Arte und ZDF strahlten 51 Jahre nach der totalen Kapitulation der Hitler-Wehrmacht und dem Zerbrechen des imperialistischen deutschen Faschismus eine Serie mit Porträts der entscheidenden Träger dieses barbarischen Systems in wöchentlichem Abstand aus. Die Zuschauer erfahren vieles, zum Beispiel über Hess' lebenslängliche Verurteilung durch das internationale Militärgericht in Nürnberg wegen „Verschwörung gegen den Weltfrieden" und wegen „Planung eines Angriffskrieges".

Aber sie erfahren nicht das Wesentliche über den Mann, der heute zur Leitfigur und zum Märtyrer des Neonazismus geworden ist. Einiges muß nachgeholt werden.

Rudolf Hess beteiligte sich am Münchner Naziputsch vom November 1923, um die Weimarer Republik zu stürzen. In der Festung Landsberg wurde er engster persönlicher Vertrauter Adolf Hitlers, z.B. bei der Abfassung der Texte zu „Mein Kampf". Das ist allgemein bekannt.

1933 - am 4. Januar - begleitete er Hitler zum Treffen mit von Papen im Hause des Bankiers Freiherr von Schröder, der im IG Farben-Prozeß unter Eid erklärte: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde ... Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt, ... ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft dringend." Weiter von Schröder: „In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: Eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100.000 auf 300.000 Mann." (Quelle: Archiv Berlin-Dahlem 335/10, No. 173 und im Fall 6 - IG Farben Prozeß - HAB 335/6 No. 203)

Nach der Übergabe der Macht an sechs Rechtskonservative und einen General sowie an drei Nazis - Hitler, Göring, Frick - wurde Hess am 21. April 1933 zum „Stellvertreter des Führers" ernannt. Am 1. Dezember 1933 wurde Hess Mitglied dieser Hitlerregierung als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Hess unterzeichnete am 16. März 1935 das „Gesetz zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht" und so die in der Villa Schröder am 4. Januar 1933 versprochene Erhöhung der Wehrmacht auf zunächst 300.000 Mann. Hess betrieb die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegsvorbereitung in besonderem Maße.

Mit Hitler und anderen unterzeichnete Hess am 15. September 1935 das „Reichsbürgergesetz" in der Erkenntnis, „daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes" sei. Es fehlte zwar der Nachweis einer „deutschen" Blutgruppe, aber dieses Gesetz war der erste Schritt zur Wannseekonferenz, zur völligen Entrechtung Deutscher jüdischer Religion bis zu deren Massenvernichtung. Übrigens: Ausgearbeitet hatte den Text des Gesetzes der spätere Kanzleramtsminister Adenauers, Hans Globke (CDU). (Quelle: Poliakov-Wulf: „Das Dritte Reich und seine Diener", Dokumente, Verlags GmbH Arani, Berlin-Grunewald 1956)

In geheimen Anordnungen von Richtlinien des Rudolf Hess am 6. September 1939 für den Einsatz der NSDAP, „Aufgaben und Pflichten des Hoheitsträgers und Politischen Leiters im Kriege", heißt es unter Punkt 9: „Er hat Wehrfeinde, Miesmacher, Defätisten in Zusammenarbeit mit der Staatspolizei rücksichtslos anzupacken. ... Gegen sie blitzschnell und rigoros zu handeln, ist das wirksamste Mittel, sie unschädlich zu machen." (Quelle: Bundesarchiv Koblenz, 6/146)

Der SD wurde „im Juni 1934 durch Anordnung von Rudolf. Hess als einzige Nachrichtenorganisation der NSDAP anerkannt" und ist „am 30. Januar 1935 ein Hauptamt der SS geworden." (Quelle: „Hitlers Einsatzgruppen" von Helmut Krausnick, Fischer-Taschenbuch Nr. 4344, 1985). Dieser „Sicherheitsdienst Reichsführer SS", abgekürzt SD und gegründet von Reinhard Heydrich - war 1933 eine eigene Organisation für das Reichsgebiet geworden. Hess half durch seine Anordnung, die Einsatzgruppen für den späteren Massenmord an Juden und Slawen zu schaffen. Nachdem 1936 Kriminalpolizei und Gestapo zusammengefaßt wurden, fungierten sie als „Sicherheitspolizei". Kurz nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen verfügte Hitler am 17. Oktober 1939 „ ... die Herauslösung der SS und Polizei aus der Wehrmachts- bzw. ordentlichen Gerichtsbarkeit durch die Errichtung einer Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen für Hauptamtliche" der SS-Verbände „bei besonderem Einsatz." „Damit waren die Angehörigen der Einsatzgruppen hinfort der Wehrmachtsgerichtsbarkeit entzogen." (ebd.)



Rudolf Hess - Vorbild Nr. 1 für Neonazis

Sein Polen-Programm hat Hitler am 17. Oktober 1939 einem Kreis erläutert, dem „Frank, Himmler, Hess, Bormann, ... auch Keitel angehörte". Es gelte, „einen niedrigen Lebensstandard zu halten," zu „verhindern, daß polnische Intelligenz sich als Führerschicht aufmacht." Denn: „Harter Volkstumskampf ... gestattet keine gesetzlichen Bindungen." (ebd.)

So wie hier belegt, wurde Rudolf Hess als engster Berater und Vertrauter Hitlers auch in die tiefsten Geheimnisse der Kriegsvorbereitung um die faschistische Vorherrschaft in Europa eingeweiht und einbezogen. In diesem Zusammenhang ist der Hess-Flug nach England, nur anderthalb Monate vor dem wortbrüchigen Überfall auf die Sowjetunion, zu sehen.

Dr. Robert Kempner, Ankläger im Nürnberger Prozeß, nahm die Hauptangeklagten, die führenden Verantwortlichen, ins „Kreuzverhör". Aus Vernehmungsprotokollen - 1969 im Bechtle-Verlag erschienen - wird deutlich: „In England wurde Hess im Auftrage der Regierung von Lord Simon am 9. Juni 1941 eingehend vernommen." Es wurden Hess' Aussagen mitstenographiert: „Die Ideen sind die Ideen des Führers. ... In diesem Fall gebe ich mein Ehrenwort, daß dieses, was ich hier niedergeschrieben habe, das ist, was mir der Führer in mehreren Gesprächen gesagt hat." Hess las dann aus einem vorbereiteten Memorandum vor: „Als Grundlage für eine Verständigung zwischen England und Deutschland sollte eine Teilung der Interessensphären dienen ..." (ebd.)

SS-Obergruppenführer Gauleiter E.W. Bohle wußte vom Flug Hess' nach England (ebd.): „Etwa am 9. Oktober 1940 bestellte mich ... Rudolf Hess ... in seine Wohnung Wilhelmstr. 64. ... Er sagte etwa folgendes: Ob Sie bereit sind, einen sehr geheimen Sonderauftrag von mir zu erfüllen, ... einen Schritt zur Beendigung des Krieges mit England einzuleiten. Wollen Sie daran mitwirken? Ich bejahte..." (ebd.)

Der Historiker Hans-Adolf Jacobson ist Autor der Arbeit „Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten", Wehr und Wissen-Verlag Darmstadt, 5. Auflage, 1961. Auch er bestätigt, daß Hess mit Wissen Hitlers handelte und nicht Frieden sondern Krieg, Krieg ohne zwei Fronten, Krieg gegen die Sowjetunion wollte. Er zitiert aus den Tagebüchern von Josef Goebbels vom 23. September 1943: „Ich frage den Führer, ob er eventuell bereit wäre, mit Churchill zu verhandeln, oder ob er grundsätzlich ablehne. Der Führer gibt mir darauf zur Antwort: Grundsätze gibt es in der Politik in Persönlichkeitsfragen überhaupt nicht. ... Wir müssen also sehen, aus dem Zweifrontenkrieg auf irgendeine Weise herauszukommen. Noch einmal stellt der Führer mir vor Augen, was geschehen wäre, wenn damals bei der Ankunft Hess' die Engländer die Entschlußkraft besessen hätten ..." Die „Engländer haben bei dieser Gelegenheit ihre größte Kriegschance auf politischem Gebiet versäumt. Die Frage, wann England zum Frieden geneigt sein könnte, ist natürlich im Augenblick sehr schlecht zu beantworten."

So bestätigten Hitler und Goebbels ihren Auftrag an Hess von damals. All das fehlt im Film über Hess jedoch.

Kurt Bachmann, jüdischer Kommunist, Widerstandskämpfer und KZ-Überlebender, war nach 1945 in antifaschistischen Organisationen aktiv. 1968 war er Gründungsvorsitzender der DKP. Er starb am 23.2.1997.

Samuel Salzborn

Deutschtum vor dem Aus?

Der „Verein für das Deutschtum im Ausland" steckt in finanziellen Erklärungsnöten


Horst Waffenschmidt

Die Geschichte des 1881 als „Allgemeiner Deutscher Schulverein" (ADSV) gegründeten und nach dem ob der Bewertung als Naziorganisation 1945 erfolgten Verbot bereits 1955 neugegründeten „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA) ist die von politischen und ökonomischen Interessenüberschneidungen und personellen Verflechtungen. Daß der jüngste Skandal ihm das Genick brechen wird, ist ebenso unwahrscheinlich, wie es gewiß sein dürfte, daß Horst Waffenschmidt erst 1998 „aus familiären Gründen" seinen Posten im Bundesministerium des Inneren (BMI) räumen wird und nicht schon heute aus politischen.

Mehr als 213 Mio. DM flossen von 1990 bis 1995 aus Mitteln des Bundeshaushaltes in Projekte des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA), der diese zugunsten sogenannter „deutschstämmiger" Minderheiten in Osteuropa (so die freundliche Umschreibung von nationalistischer Volkstumspolitik) eingesetzt haben will.

Nachdem die Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach (B 90/Die Grünen) und Ulla Jelpke (PDS) durch eine Vielzahl von Kleinen Anfragen einen Teil der Machenschaften des VDA aufdecken konnten, haben nun Prüfungen durch den Bundesrechnungshof ergeben, daß der VDA Bundesmittel in Höhe von mindestens 7,4 Mio. DM zurückzahlen muß. Dieser Betrag stellt die Summierung des nicht, oder nicht zweifelsfrei, nachweisbaren Verbleibes der dem VDA überstellten Gelder dar. Eine abschließende Aussage bezüglich der Höhe der „Veruntreuung und Zweckentfremdung" (A.Buntenbach) ist jedoch noch nicht zu treffen, weil von den 238 Verwendungsnachweisen, die im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministeriums liegen, erst 169 abschließend geprüft sind. Von den noch nicht abschließend geprüften entfallen 62 auf die Jahre 1990 bis 1994, in denen der zuständige Staatssekretär Dr. **Horst Waffenschmidt** gleichzeitig auch Verwaltungsratsmitglied des VDA (1990-1993) war. Angesichts der politischen Orientierung der Bundesregierung bleibt zunächst noch anzumerken, daß der VDA nicht in der Lage wäre, Mittel ideell zweckzuentfremden - der über Jahre nicht erbrachte und gleichsam nicht eingeforderte Nachweis spricht hierfür Bände.

Noch zu erwähnen, daß der unter Zugzwang geratene VDA 180.000 DM zur Deckung der im Jahre 1996 für Personal- und Sachmittel entstandenen Kosten erhalten hat, die im „Zusammenhang mit dem Verfahren zur Prüfung der Verwendungsnachweise aus vergangenen Jahren", so das BMI, entstanden sind. So wird also der eingeforderte Nachweis für den Verbleib der Gelder des BMI durch das BMI finanziert, das auch noch stolz darauf ist, diesen Taschenspielertrick „im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof" durchzuführen.

Die besondere Funktion des Parlamentarischen Staatssekretärs beim BMI und Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, ist dabei keineswegs zu verkennen: Das seit 1972 im Bundestag verweilende Mitglied des CDU-Fraktionsvorstandes hat nämlich nicht nur die Vergabe und die Höhe der Gelder, die der VDA bekommen hat, mitdurch- und umgesetzt, sondern in seiner Funktion als Verwaltungsratsmitglied des VDA auch deren Verbleib mitzuverantworten, gleichsam deren ideologische Legitimation. Und daß Waffenschmidt nach seiner Niederlegung des Sitzes im Verwaltungsrat des VDA 1993, von der Bundesregierung „wegen zu starker Inanspruchnahme durch andere Aufgaben" erklärt, dem VDA nicht mehr verbunden gewesen sein soll, ist mehr als unwahrscheinlich. So ist er gerngesehener Gast bei Veranstaltungen der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland", deren Dachverband, der „Bund der Vertriebenen" (BdV), den VDA als dem BdV „thematisch nahestehend" und als „'lebendige Brücke' und kultureller Mittler zwischen den Deutschen in der Welt" lobt.

Und auch der wohlmeinenden Aussage des MdB Friedhelm J. Beucher (SPD), für den der VDA „ein windiger Laden" ist, in dem „wo man hinschaut, Fragwürdiges auftaucht", was Waffenschmidt „hätte erkennen müssen, aber er hat wohl die Übersicht verloren", kann entgegengehalten werden: „Lassen Sie uns mit Gottes Hilfe daran mitwirken, daß das Band zu den Rußlanddeutschen eine Brücke des Friedens und der Verständigung in Europa bis hin nach Mittelasien bleibt." (Waffenschmidt beim 25.Bundestreffen der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland").

Die Übersetzung dieser ideologisch-verklausulierten Äußerung in den Klartext bleibt jedem selbst überlassen und er wird dabei feststellen müssen, daß an der Umsetzung dieses Vorhabens in diesem Jahrhundert bereits intensiv gearbeitet wurde.

Deutsche Burschenschaft will in die Paulskirche

Anläßlich des 150. Jahrestages der Paulskirchenversammlung vom 18.Mai 1848 wollte die „Deutsche Burschenschaft" mit einem Festakt in der Frankfurter Paulskirche an die Bedeutung von studentischen Verbindungen während der Märzrevolution erinnern. Obwohl Frankfurts Bürgermeisterin Petra Roth anfänglich Bereitschaft zu einer Vermietung signalisierte, wird zumindest in der Paulskirche keine Veranstaltung der „Deutschen Burschenschaft" stattfinden. Mit Verweis auf den Hamburger Verfassungsschutzbericht kritisierte die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" eine Vermietung, da die „Deutsche Burschenschaft" erwiesenermaßen Kontakte ins neonazistische Lager unterhält. Obwohl Petra Roth sich eher auf die Informationen ihres Parteikollegen **Manfred Kanther** verläßt, nach denen es keine Kritik an der „Deutschen Burschenschaft" gäbe, sondern nur Versuche des neonazistischen Spektrums die Burschenschaft zu unterwandern, hat sie sich mittlerweile gegen eine Vermietung entschieden. Hintergrund dieses Schrittes ist ein geplanter Festakt mit **Roman Herzog**, der von dem langjährigen Vorsitzenden des „Deutschen Historikerverbandes" **Lothar Gall** organisiert werden soll. Im offiziellen Festakt der Bundesregierung soll an die Gründung des „Deutschen Reiches" erinnert werden. Mit der Entscheidung, die Paulskirche nicht an eine rechtsextreme Organisation zu vermieten, soll dieser Staatsakt vor Kritik geschützt werden. Diese wird aber nicht zu vermeiden sein. Organisator Lothar Gall ist einer der Herausgeber einer wissenschaftlichen Untersuchung zum 125-jährigen Bestehen der „Deutschen Bank", in dem dieser attestiert wird, unschuldig für die Verbrechen während des Nationalsozialismus zu sein. Ihre wirtschaftlichen Interessen seien nicht mitverantwortlich, sondern sie sei von den Nazis quasi dazu gezwungen worden, während des Nationalsozialismus den Grundstock für ihr heutiges Imperium aus den Leiden der Zwangsarbeitern herauszupressen.

Salonfähige Rechte

Joachim Siegerist, Vorsitzender der „Deutschen Konservativen" (Sitz Hamburg) hat wieder einmal einen seiner „Bettelaufrufe" in einer Publikation plazieren können. In der Ausgabe 1/2-1997 des Anzeigenblattes „Strandblick", das rund um die Ostseebäder Timmendorfer Strand und Travemünde erscheint, liest man in großer Aufmachung einen Hilfe- und Spendenaufruf für die „Aktion Reiskorn" e.V. (Sitz Hamburg), der Siegerist auch vorsteht. Tenor darin: Das bis heute andauernde Leiden der Letten unter den grausamen Bolschewiki. Der mit beiden Staatsbürgerschaften ausgestattete Deutsch-Lette Siegerist in seinem Aufruf wörtlich: „Keine 100 Mark im Monat - das ist ungefähr die heutige Pension dieser alten Männer in Lettland. (...) Viele ehemalige Soldaten der früheren Deutschen Wehrmacht in Lettland leben in bitterster Armut, sind krank - oder sogar Invaliden." Mit keiner Silbe erwähnt er aber , daß etwa 1500 ehemalige lettische SS-Angehörige und Soldaten eine Rente aus Deutschland beziehen, daß eben viele dieser SS-Krieger sich an Greueltaten gegenüber Juden beteiligt haben und alte Recken noch heute die damalige „Waffen-SS" hochleben lassen; dies jedenfalls die Erkenntnisse vom Jüdischen Weltkongreß und „Panorama" (NDR). Siegerist gehört der ultranationalen Partei „LATVIJAI" an und sitzt für diese auch im Parlament von Riga. Er hat sich vorgenommen, für das Amt des lettischen Ministerpräsidenten zu kandidieren. Zuletzt wurde Siegerist im April 1994 in Hamburg wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Als Spenden-Kontaktansprechpartnerin hat er den Namen **Ursula Hub** aus Ostholstein genannt. Die Herausgeberin des „Strandblicks" hat jetzt dem Informationsdienst Schleswig-Holstein eine Unterlassungsklage angedroht. Letzterer hatte sich erlaubt, alle „Strandblick"-Werbekunden mit Informationen über die wahren Machenschaften von Siegerist zu versorgen.

„Geistige Brandstifter" vor Gericht

Die Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichts verurteilte am 6. Februar das Ehepaar **Karl-Hans** und **Edda Schmidt** jeweils zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht Monaten sowie einer Geldstrafe. Angeklagt waren der 57jährige Hans und die 48jährige ehemalige Funktionärin der inzwischen verbotenen neonazistischen „Wiking Jugend e.V." Edda Schmidt wegen Volksverhetzung, Verbreitung von Propaganda verfassungswidriger Organisationen, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhaß und Vorrätighalten von jugendgefährdenden Schriften. Im September 1994 wurde bei Schmidts im südwürttembergischen Bisingen (Zollernalbkreis) eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurde neben diversen indizierten Titeln auch eine vom ehemaligen Heilbronner REP-Funktionär **Michael Dangel** (28) unterzeichnete Einladung der neonazistischen „Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg" (EBA) entdeckt. Zu den Bundesbrüdern der „Arminia" gehörten auch der 1978 verstorbene NS-Kriegsverbrecher und „Ehrennadelträger" **Herbert Kappler** und der 68jährige verurteilte Rechtsterrorist **Manfred Roeder**. Die Eheleute Schmidt leisteten dieser Einladung im Januar 1995 Folge und waren in den Heidelberger Räumen der EBA mit ihrem Büchertisch vertreten. Bei der Razzia am 20. Januar 1995 wurden wiederum zahlreiche revisionistische Titel, darunter **Steffen Werner**, beschlagnahmt. Im Anschluß an die Razzia im „Farbeheim Arminiae" stellte die EBA ihre Aktivitäten ein.

Der Vorsitzende Richter Jürgen Behringer ermahnte das bis dato nicht vorbestrafte Ehepaar Schmidt nachdrücklich, in Zukunft auf solche strafbewehrte Aktivitäten zu verzichten. Sollte das umfangreiche Geständnis der Schmidts rein taktischer Natur gewesen sein, so Richter Behringer, könne die Bewährung innerhalb der nächsten drei Jahre widerrufen

MELDUNGEN

werden. Im übrigen habe das Geständnis vor Gericht und den zahlreichen Sympathisanten jedoch eine umfassende und langwierige Beweisaufnahme überflüssig gemacht. Der Vorsitzende der 20. Strafkammer am LG Stuttgart, Behringer, zählte in seiner Urteilsbegründung Hans und Edda Schmidt zu den „geistige Brandstiftern", die genauso schlimm wie die Autoren der revisionistischen und NS-apologetischen Werke seien. Unter den rund zwei Dutzend anwesenden Rechtsextremisten befand sich auch der Gründer der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", **Martin Pape** (69). Das Urteil ist nach Auskunft des Gerichts bereits rechtskräftig. Verteidigt wurden die Schmidts von den Rechtsanwälten **Mende** aus Esslingen.

Haftbefehl gegen Revisionisten

Das Mannheimer Amtsgericht erließ am 5. Februar 1997 einen Haftbefehl gegen den 45jährigen Schweizer Revisionisten **Jürgen Graf**. Der suspendierte Basler Latein- und Französischlehrer Graf war zur Verhandlung am Amtsgericht Mannheim wegen Volksverhetzung erwartungsgemäß nicht erschienen. Anlaß des Strafverfahrens ist das Buch „Todesursache Zeitgeschichtsforschung", in dem der Holocaust als „Propagandalüge" bezeichnet wird. Erschienen ist das Werk in dem „Neue Visionen Verlag" des 76jährigen **Gerhard Förster**, der ebenfalls nicht vor Gericht erschien. Er ließ sich durch ein ärztliches Attest entschuldigen. Für den 15. April ist ein weiterer Prozeß, ein Berufungsverfahren, gegen Graf am Mannheimer LG terminiert. Das Amtsgericht Weinheim hatte Graf in Abwesenheit wegen Volksverhetzung im August 1995 zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und einer Geldbuße in Höhe von 10.000 Mark verurteilt. 1994 war eine Büchersendung aus der Schweiz an eine Weinheimer Adresse, dem Wohnort des damaligen NPD-Vorsitzenden **Günter Deckert** (57), beschlagnahmt worden. Graf ist Autor der revisionistischen Schriften „Der Holocaust-Schwindel", „Der Holocaust auf dem Prüfstand. Augenzeugenberichte versus Naturgesetze" und „Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust". Nach bislang unbestätigten Gerüchten soll sich der Revisionist Graf in die Schweiz abgesetzt haben.

Waffen SS-Mitglied bei Schießerei mit Polizei verletzt

Am 31.12.1996 kam es in Kansas City, USA, zu einer Schießerei zwischen der Polizei und dem 79-jährigen **Michael Kolnhofer**. Auslöser der Schießerei war ein Antrag des Justizministeriums für die Aufhebung der US-Staatsbürgerschaft von Kolnhofer, da der 1952 in die USA Eingewanderte bei seinem Antrag auf die Staatsbürgerschaft seine NS-Vergangenheit verschwiegen hatte. Kolnhofer war Mitglied der Waffen-SS und als Wachmann in den KZs Sachsenhausen und Buchenwald am Holocaust beteiligt. Dies nahm die Sonderabteilung des Justizministeriums zur Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen zum Anlaß, bei Gericht einen Antrag auf Aufhebung der Staatsangehörigkeit zu stellen. Als Journalisten Kolnhofer hierzu interviewen wollten, trat Kolnhofer vor die Tür seines Hauses und bedrohte sie mit einer Pistole. Kurze Zeit später eröffnete er auf die gerade eintreffende Polizei das Feuer. Er wurde im Laufe der Schießerei an beiden Beinen verletzt und kam ins Krankenhaus. Die seit 1979 bestehende Sonderkommission ermittelt derzeit gegen 300 US-Staatsbürger deutscher Herkunft wegen des Verdachtes der Beteiligung an NS-Verbrechen. Seit ihrem Bestehen hat sie die Aufhebung der Staatsbürgerschaft von 57 Nazis durchgesetzt, von diesen wurden 48 ausgewiesen.

Neuer Chef bei Opus Dei

Die ca. 1000 deutschen „Opus Dei"-Mitglieder haben seit Anfang des Jahres einen neuen Chef. Der bisherige Deutschland-Vorsitzende der Sekte, der Spanier **Cesar Ortiz**, übergab die Führung an den 45-jährigen Kölner **Christoph Bockamp**, der seit 1987 Priester der Sekte ist. Der neue Chef gibt sich als Hardliner, der Kritik gegenüber dem „Opus Dei" damit kontert, daß sie sich als religiöse Gemeinschaft nicht den herrschenden Meinungen unterwerfen würden und ihre lange erprobten Ideale, gerade in der heutigen Zeit, anderen als Richtlinien für deren Leben dienen könnten. Man sei stolz auf die eigenen Prinzipien, nach denen nur bedingungslose Unterordnung unter Gott und den Papst einen anständigen Katholiken ausmachten.

Rainer Butenschön

Die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei

Wernher von Braun und die Nazis

Wernher von Braun - als „Vater" der US-Mondlandung wurde er im Jahr 1996 international gefeiert. Pioniertaten der Weltraumfahrt sind mit seinem Namen verknüpft. In Heidelberg-Eppelheim, in Heusenstamm bei Frankfurt am Main hat man Straßen nach ihm benannt. Im hessischem Ort Schwebda bei Eschwege steht sein Denkmal. Ein geplanter „Weltraumpark" in Peenemünde auf der Ostseeinsel Usedom würde seinen Namen tragen - hätten nicht Ende 1992 internationale Proteste einen Festakt verhindert, mit dem die deutsche Raum- und Luftfahrtindustrie unter der Schirmherrschaft der Bundesregierung den 50. Jahrestag des Erstflugs der V2-Rakete hatte feiern wollen.

Wernher von Braun hatte diese Raketenwaffe, die in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges von Nazideutschland zu militärstrategisch-sinnlosen Terrorangriffen auf Antwerpen, London und anderen Städten abgefeuert worden war, maßgeblich mitentwickelt. KZ-Häftlinge hatten die Raketen erst in Peenemünde und später unterirdisch im KZ-Mittelbau-Dora in einem riesigen Stollensystem im Harz zusammenbauen müssen. Wernher von Brauns Ruf als genialer Lichtgestalt hatte dies keinen Abbruch getan. Er wurde geschützt von einem Mythos, den jetzt der Osnabrücker Politikwissenschaftler Professor Rainer Eisfeld gründlich entschlüsselt hat. Dieser Mythos handelt von einer bahnbrechenden Leistung deutscher Technik-Pioniere in Peenemünde. Die seien zwar nicht umhingekommen, für die Nazis die Raketenwaffe V2 zu entwickeln. Sie hätten dabei aber stets im Sinn gehabt, den Menschen den Weg ins All zu bahnen - was sie dann nach dem Krieg in der USA zielstrebig verwirklichten. Und, so der Mythos weiter: Die Konstrukteure um Wernher von Braun treffe keine Schuld daran, daß die SS zur Produktion dieser „Wunderwaffe" Konzentrationslager eingerichtet hatte und das während dieser Produktion mehr Menschen umgebracht worden sind als durch Angriffe mit der V2 auf London und Antwerpen.

Die historische Wahrheit sieht anders aus, wie Eisfeld anhand von Dokumenten belegt. Er zeichnet die Geschichte der Weltraumfahrt vom Traum einer deutschen Mondrakete in den 20er Jahren bis zur Aufstellung der US-Flagge im „Meer der Ruhe" auf dem Mond nach und zeigt, welche Rolle Wernher von Braun und die „verschworene Gemeinschaft" der „Peenemünder" vor und nach dem Krieg tatsächlich gespielt haben. Von Peenemünde bis Cape Caneveral beschreibt Eisfeld die Geschichte opportunistischer Ingenieure, die - erst für die Nazis, dann für die US-Armee - Vernichtungswaffen bauten. Techniker, denen die Technik zum Selbstzweck wurde und die ihre tiefe Verstrickung in die Nazi-Barbarei bis zuletzt verdrängten und verleugneten - und die dabei einflußreiche Helfer und wohlmeinende Biographen hatten. Eisfeld fand bei seinen Recherchen im Freiburger Militärarchiv eindeutige Beweise dafür, daß die V2-Konstrukteure selbst KZ-Häftlinge für die Arbeit in ihrem Entwicklungszentrum angefordert hatten. Nicht die SS, sondern die Raketenpioniere selbst waren verantwortlich dafür, daß bis Juni 1943 600 Gefangene in das neue KZ von Peenemünde kamen. 2500 hätten es werden sollen, doch ein britischer Luftangriff machte diese Pläne zunichte.

Außerdem beweisen Quellen aus dem Washingtoner National Archiv, daß die Raketenpioniere auch am schlimmsten Verbrechen im Umfeld der V2 beteiligt waren: Der Produktion im KZ Mittelbau-Dora, an der bis April 1945 rund 60.000 Sklavenarbeiter beteiligt waren. Jeder dritte starb in dieser unterirdischen Todesfabrik: Vernichtung durch Arbeit.



Start einer V2 in Peenemünde

Die von Eisfeld abgedruckten Dokumente belegen nicht nur, daß die Ingenieure den Aufbau eines unterirdischen Werkes angesichts alliierter Luftangriffe befürworteten. Sie hatten auch klare Vorstellungen über die benötigten Arbeitskräfte: „Die Belegschaft aus dem Häftlingslager". Ja, Wernher von Braun persönlich suchte Sklavenarbeiter im KZ Buchenwald für die Produktion im Mittelbau-Dora aus.



Wernher von Braun in jungen Jahren

Doch als kurz vor Kriegsende die Raketen-Stollen geräumt und ihre Insassen in grauenvollen Todesmärschen ins KZ Bergen-Belsen getrieben wurden, da saß Wernher von Braun mit seinen Raketenkonstrukteuren sicher, und feucht-fröhlich tafelnd, in einem bayrischen Gasthof und überlegte, wie er sich am besten den Amerikanern andienen kann. 14 Tonnen technischer Dokumente waren zuvor auf seine Anweisung in einem stillgelegten Bergwerk zwischengelagert worden.

Eisfeld macht von Braun kenntlich als einen skrupellosen Karrieristen: „Menschen stellen für Wernher von Braun Mittel dar zur Erreichung eines Ziels." Das heißt, seinen Raketen opferte er bedenkenlos das Leben von Menschen. Auch über Wernher von Brauns Arbeit für die US-Armee und für die US-Raumfahrtbehörde NASA enthüllt Eisfeld erschreckende Details. So hat Wernher von Braun 1953 verlangt, Raumstationen und Satelliten als „wirksame Atombombenträger" zu nutzen. Notfalls „machtgestützt" sollten die USA die UdSSR bei der Raketenentwicklung, dem zweiten Kernbereich des Wettrüstens, an einem technischen Durchbruch hindern. Im Klartext, so Eisfeld, habe von Braun damit die ultimative Androhung eines Präventivschlages unter Inkaufnahme des Risikos eines nuklearen Weltkriegs gefordert: „Mit diesem Vorschlag", so Eisfeld, „ging von Braun öffentlich weiter als irgendein anderer 'verantwortlicher' Techniker oder Wissenschaftler." Wernher von Brauns Vorschläge seien noch aggressiver als Ronald Reagans Star-Wars-Pläne gewesen.

Eisfelds Buch zeigt am konkreten historischen Beispiel, wohin eine Wissenschaft ohne Moral und Ethik führen kann. Und es konkretisiert eine Einsicht, die Robert Jungk formuliert hat: „Erst wenn es mehr Techniker geben wird, die ihr Gewissen fragen, ob das, was sie tun, zum Gemeinen oder zum Erhabenen, zum Bösen oder zum Guten führt, können die Schatten der Vernichtung von uns weichen."

Rainer Eisfeld: „Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei", Reinbek bei Hamburg, 1996, Rowohlt-Verlag, 286 Seiten, 42,-DM.

Abonniert den RECHTEN RAND

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen und erscheint alle zwei Monate.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) • 25,- DM (Ausland)
2 Exemplare im Abonnement: 35,- DM
3 Exemplare im Abonnement: 50,- DM
4 Exemplare im Abonnement: 60,- DM
Ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt.

Bei Bestellungen den Namen und Lieferadresse nicht vergessen!

DER RECHTE RAND
Postgirokonto Hannover
44 55 86 - 301
Bankleitzahl 250 100 30

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name: . . . .

Anschrift: . . . .

. . . .

. . . .
Unterschrift

Ich habe ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen. ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) liegen als Scheck bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

. . . .
Unterschrift

Der Fall Erna Wazinski

Arbeitsmaterialien für die Jugendbildungsarbeit

Wegen eines geringfügigen Diebstahls verurteilte das Braunschweiger Sondergericht die 19jährige Erna Wazinski 1944 als „Volksschädling" zum Tode. Vergeblich versuchte ihre Mutter in den Nachkriegsjahren eine Rehabilitation zu erreichen. Erst das Auftauchen eines Entlastungszeugen, der sich auf eine Rundfunkreportage hin gemeldet hatte, ermöglichte 1991 eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Braunschweiger Landgericht sprach Erna Wazinski post mortem frei, hob aber nicht das Urteil des Sondergerichtes auf.

Bernhild Vögel stellt in ihrer jüngsten Publikation „Ein kurzes Leben - der Fall Erna Wazinski, Arbeitsmaterialien für die schulische und außerschulische Jugendbildungsarbeit mit beiliegendem Begleitheft" die Geschichte der Wazinski dar. Erna Wazinski war keine Widerstandskämpferin, sondern eine ganz normale Jugendliche, weshalb sich, so Vögel, Jugendliche mit ihr identifizieren und in einem Prozeß des entdeckenden Lernens exemplarische Erkenntnisse über die Zeit des Nationalsozialismus gewinnen könnten. Die Materialien sind in einen biographischen und einen Dokumentationsteil zum Prozeß unterteilt und werden durch Stichworte zu weiterführenden Fragestellungen sowie einer Darstellung Wazinskis in der Literatur abgerundet. Im Begleitheft finden sich Vertiefungen und Erläuterungen zu den Arbeitsblättern. Der kurze Lebensweg, den Vögel in sechs Lebenslaufstationen strukturiert („Herkunft", „Kindheit", „Jugendjahre", „Führsorgeerziehung", „Bombennächte", „Gnade wird nicht gewährt"), wird im Zusammenhang mit den entsprechenden Blättern aus dem Dokumentations- und Stichwortteil nachskizziert. Mit Hilfe des Stichwortteils werden einzelne Aspekte wie Wohnverhältnisse und Schule, Erziehung und Dienstverpflichtung, Krieg und Bombennächte, Sondergerichte und „Volksschädlingsverordnung", Hinrichtung und Todesstrafe, als auch die Situation der Frauen im Nationalsozialismus sowie Rehabilitierung vertieft. Neben allgemeinen, bzw. regionalen Literaturhinweisen, bilden prägnante Kurzinformationen für die PädagogInnen den Inhalt des Begleitheftes, - neben den klarstrukturierten und visuell anregenden Arbeitsblättern, die eine Stärke der Materialien ausmachen. Nicht eine Flut von Information wird präsentiert, in der man droht unterzugehen, sondern das wesentliche zu den jeweiligen Themenfeldern, kurz und klar. Eine weitere Stärke ist, daß Vögel eine Sprache gefunden hat, die nicht belehrt und langweilt, sondern zum Reflektieren und Diskutieren anregt.

Die Arbeitsmaterialien sind für den Schulunterricht ab der 9. Klasse konzipiert und haben sich bereits in der politischen Jugendarbeit, sowie im Geschichtsunterricht in Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses bewährt, wie Reinhard Koch von Arbeit und Leben bei der Präsentation darstellte. Es würde keine reduzierte Blickweise auf „Gut oder Böse", „Täter oder Opfer" präsentiert und so nicht nur ein Entweder-Oder als Identifikationsmöglichkeit angeboten, betonte er, und dies, ohne dabei die gesellschaftlichen Bedingungen des Nationalsozialismus aus dem Blick zu verlieren.

Bernhild Vögel: Ein Kurzes Leben - der Fall Erna Wazinski, Arbeitsmatierialien für die schulische und außerschulische Jugendbildungsarbeit mit beiliegenden Begleitheft, Herausgeber: Arbeit und Leben Nds. e.V. in Zusammenarbeit mit dem Jugendring Braunschweig e.V., 1996, 20.- DM.

Bezugsadresse: Arbeit und Leben Nds. e.V., z.H. Reinhard Koch, Bohlweg 55, 38100 Braunschweig.

Andreas Speit

Neofaschismus in Lüneburg

Unter dem Titel "Neofaschismus in Lüneburg" erschien vor kurzem eine kommentierte Dokumentationsreihe, die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - BdA herausgegeben wird. Finanziell unterstützt wird diese Schriftenreihe vom AStA der FH, dem AStA der Universität, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Geschichtswerkstatt Lüneburg. Der erste Teil (52 S.) analysiert die Politik der Partei "Die Republikaner", der zweite Teil (88 S.) beschäftigt sich mit der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) in Lüneburg und Umgebung. Die Broschüren sind zum Preis von 5,- DM bzw. 6,- DM (plus 3,- DM Porto) zu bekommen - nach Überweisung des entsprechenden Betrages unter dem Stichwort "Neofa 1" (oder/und) "Neofa 2" auf das Konto: M. Braucks, VVN-BdA, Kto.-Nr. 50 26 16 68 bei der Sparkasse Lüneburg (BLZ 240 501 10). **Bezugsadresse: VVN-BdA, KV Lüneburg, Postfach 2901, 21332 Lüneburg.**

Antisemitismus in Österreich

Das Standardwerk "Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus" von Bruce Pauley, Professor für Geschichte an der University of Central Florida, hat das Zeug für einen Klassiker. Entstanden ist die Studie in 13jähriger Arbeit. Sie reicht vom Mittelalter bis zur Gegenwart, mit besonderer Betonung der Periode zwischen 1914 und 1938. Bereits daraus wird deutlich, daß der österreichische Antisemitismus keine Sache der illegalen, später legalen Nazis und sonstigen Rechtsextremisten war und ist; als böse Tradition begleitet er die Geschichte dieses Landes seit Jahrhunderten, bis heute, ja, er war hier zeitweise stärker als in anderen mittel- und westeuropäischen Ländern. Auch Einigkeit unter den Juden, so Pauleys pessimistisches Resümee, hätte an der Vernichtung nichts Wesentliches geändert.

Bruce Pauley: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Österreich-Wien. 475 Seiten, DM 67,-